

Ursula Hoffmann

Die Veränderungen in der Sozialstruktur des Ministerrates der DDR 1949–1969

Droste Verlag Düsseldorf

Inhalt

Theoretischer Bezugsrahmen

Einleitung	7
Die Grenzen der Anwendbarkeit von Macht und das Problem der Legitimität	8
Konsequenzen der Industrialisierung	10
Auswirkungen der Industrialisierung auf die Entscheidungsstruktur in Organisationen	13
Konvergenzen zwischen westlichen und östlichen Gesellschaftssystemen	14
Der Ministerrat als Forschungsgegenstand einer Elitestudie	16
Hypothesen, die sich aus dem theoretischen Bezugsrahmen ergeben	18

Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System der DDR

Ergebnisse von Untersuchungen über die DDR-Elite	19
Die organisatorische Entwicklung des Ministerrates	20
Die Wirtschaftsentwicklung der DDR	24

Die Veränderungen in der Sozialstruktur des Ministerrates der DDR 1949–1969

Methodologische Vorbemerkung	28
Soziale Merkmale aller untersuchten Ministerratsmitglieder	29
Die Provisorische Regierung der DDR von Oktober 1949 bis November 1950	34
Der Ministerrat im November 1950	34
Der Ministerrat von Dezember 1950 bis Juni 1953	35
Der Ministerrat von Juli 1953 bis November 1954	38
Der Ministerrat von Dezember 1954 bis Dezember 1956	41
Der Ministerrat von Januar 1957 bis November 1958	43
Der Ministerrat im Dezember 1958	45
Der Ministerrat von Januar 1959 bis Februar 1961	47
Der Ministerrat von März 1961 bis Juli 1962	47
Der Ministerrat von August 1962 bis November 1963	49

Der Ministerrat von Dezember 1963 bis Dezember 1965	51
Der Ministerrat von Januar 1966 bis Juli 1967	53
Der Ministerrat seit Juli 1967	55
Das Präsidium des Ministerrates	58
Ergebnisse der Untersuchung	
Die Parteizugehörigkeit der Ministerratsmitglieder	64
Fachressorts und Beschäftigung von Experten	
im Ministerrat	65
Karrieremuster der Ministerratsmitglieder	66
Die Verschmelzung von Ministerrat, Zentralkomitee und	
Politbüro der SED	68
Schluß	71
Anhang	
<i>Tabelle I</i>	
Name, Position und Zeit der Zugehörigkeit zum Ministerrat	
aller Mitglieder des Ministerrates 1949–1969	73
<i>Tabelle II</i>	
Zusammensetzung des Ministerrates zu verschiedenen	
Zeitpunkten	80
<i>Tabelle III</i>	
Ministerien und Organe des Ministerrates, die durch ihren	
Leiter dauernd oder vorübergehend im Ministerrat vertreten	
waren, und ihre personelle Besetzung in der Zeit von	
Oktober 1949 bis Dezember 1969	95
<i>Tabelle IV</i>	
Vergleich der Anzahl der SED-, ZK- und Politbüro-	
Mitglieder, der Altkommunisten sowie der Mitglieder mit	
einer Fachausbildung jeweils im Gesamtministerrat, im	
Präsidium des Ministerrates und bei den Leitern der mit	
wirtschaftlichen und technischen Aufgaben betrauten	
Ressorts	107
<i>Tabelle V</i>	
Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Ministerrates	
zu verschiedenen Zeitpunkten	109
<i>Tabelle VI</i>	
Statistische Überprüfung der Unterschiede in den	
Karrieremustern der Mitglieder des Ministerrates	110
Literaturverzeichnis	113
Abkürzungen	115

Theoretischer Bezugsrahmen

Einleitung

Da es bis heute keine befriedigende Theorie des sozialen Wandels gibt, wie sie zur Erklärung des Wandels in der Sozialstruktur des Ministerrates der DDR notwendig wäre, soll hier nur versucht werden, Wandlungsprozesse im Rahmen von empirisch einigermaßen gesicherten Hypothesen zu interpretieren.

Untersucht werden vor allem zwei Erklärungsansätze für sozialen Wandel:

1. Trends von Stabilisierungsprozessen in politischen Systemen nach der Machtübernahme durch eine neue Elite.
2. Gesamtgesellschaftliche Auswirkungen einer erfolgreichen industriellen Wirtschaft, besonders ihre Auswirkungen auf die Organisation von Entscheidungsprozessen. Es wird davon ausgegangen, daß diese Auswirkungen bis in die politische Elite hineinreichen und dabei auch die soziale Zusammensetzung der Elite in Richtung auf Anpassung an die Erfordernisse einer Industriegesellschaft beeinflussen.

Zur Prüfung dieser Ansätze wird der Ministerrat der DDR unter zwei Aspekten untersucht:

1. Untersuchung der Wandlungen in der Organisation und dem Aufgabebereich des Ministerrates. Die Annahme geht dahin, daß solche Wandlungen nicht zufällig sind, sondern in einem systematischen Zusammenhang mit der politischen Entwicklung der DDR stehen.
2. Untersuchung der Mitgliederstruktur des Ministerrates unter der Annahme, daß sie entsprechend der unter 1. genannten Veränderungen variiert, und daß ein Schluß von der Sozialstruktur der Ministerratsmitglieder auf die Verfolgung einer bestimmten Politik durch den Ministerrat, besonders im Hinblick auf wirtschaftliche Effizienz gezogen werden kann.

Die Grenzen der Anwendbarkeit von Macht und das Problem der Legitimität

Peter M. Blau, Karl W. Deutsch und Gerhard E. Lenski¹ haben in ihren Arbeiten betont, daß auf die Dauer keine Gesellschaft nur mit Hilfe von Gewaltanwendung und Zwang erfolgreich regiert werden kann, daß dazu vielmehr Legitimität notwendig ist². Blau³ kam zu diesem Ergebnis aufgrund seiner empirischen Untersuchungen in bürokratischen Organisationen. Er stellte fest, daß eine dauerhafte und effiziente Führung nur unter der Voraussetzung der Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen möglich ist. Diese Zustimmung verleiht der Herrschaft Legitimität und ermöglicht stabile Autorität. Die Normen der Unterordnung müssen Bestandteil des Wertsystems der Gruppe sein, erst dann ergeben sich die freiwillige Durchführung von Aufgaben und Akzeptierung von Anordnungen, die zu einer effektiven Operation erforderlich sind.

Zwang dagegen ist nicht sehr effektiv zur Beeinflussung von Verhalten, da er mit Bestrafungen verbunden ist, die immer auch für das Arbeitsziel unerwünschte emotionale Gegenreaktionen hervorrufen und außerdem ständige Überwachung erfordern. »Compliance can be enforced with sufficient power, but approval cannot be forced regardless of how great the power. Yet the effectiveness and stability of leadership depend on the social approval of subordinates, as several studies have shown⁴.«

Übertragen auf Gesellschaften bedeutet dies, daß eine Gesellschaft auf die Dauer nicht allein durch Zwangsmittel regiert werden kann. Zwang erfordert Überwachung der Bevölkerung, und diese kostet Zeit, Energie und Geld. Deutsch spricht in diesem Zusammenhang von den »Kosten der Macht«⁵. Diese Kosten bestehen in der Verengung der Wahlmöglichkeiten der Herrschenden und langfristig in einem Verlust an Lernfähigkeit, die die wesentlichste Eigenschaft für das Überleben von politischen Systemen darstellt.

Gewalt ist für Deutsch und Lenski zwar die Basis von Macht, ihre Anwendung kann aber nur in Krisensituationen effektiv sein, auf die Dauer führt sie zur Beeinträchtigung der politischen Stabilität. Legitimität hin-

¹ Blau, Peter M., *Exchange and Power in Social Life*, New York 1964. Deutsch, Karl W., *The Nerves of Government*, New York - London 1966. Lenski, Gerhard E., *Power and Privilege. A Theory of Social Stratification*, New York 1966

² Legitimität wird von Deutsch definiert als Konsens über Klassen und Quellen von Anordnungen, denen bevorzugte Beachtung, Befolgung und Unterstützung zuteil wird, und die in Zusammenhang mit den Werten der Gesellschaft stehen. Deutsch, a. a. O., S. 152

³ Blau, a. a. O., S. 200 ff.

⁴ Blau, a. a. O., S. 201

⁵ Deutsch, a. a. O., S. 125

gegen kann nur durch die Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung hervorgerufen werden, wie erträglicher Lebensstandard, soziale Sicherheit, Arbeitsplätze, Bildungsmöglichkeiten usw.⁶

Aus ähnlichen Überlegungen leitet Lenski vier Hypothesen über die Institutionalisierung von Macht ab:

a) Gewaltsam an die Macht gekommene Eliten tendieren zur Legitimierung ihrer Herrschaft durch Anpassung an das Wertsystem der Bevölkerung, es erfolgt nach einiger Zeit ein Übergang von der »rule of might« zur »rule of right«. Herrschaft erfolgt zunehmend durch Gesetze, die Ordnung und Vorhersehbarkeit im sozialen Bereich ermöglichen.

b) Die Interessen der Einzelmitglieder der Elite decken sich zunehmend weniger mit denen der Elite als Gruppe, die nunmehr auf Einhaltung von Gesetzen und Verträgen bedacht ist und persönliche Willkür auszuschalten versucht.

c) Die Elitemitglieder, die an der Machtergreifung beteiligt waren, werden nach und nach abgelöst, da zur Stabilisierung und dauerhaften Ausübung von Herrschaft andere Fähigkeiten erforderlich sind als zu ihrer Erringung.

Die Regierungsgewalt geht von den »Löwen« auf die »Füchse« über (Pareto). Damit ist auch ein Wandel in der Bedeutung ganzer Berufsklassen verbunden: die Bedeutung der militärischen Berufe nimmt ab, die der wirtschaftlichen Berufe und der Berufspolitiker nimmt zu.

d) Es besteht eine Tendenz zur Dezentralisierung der Macht. Während unter der Gewaltherrschaft die Machtausübung weitgehend in einem inneren Kreis von Mitgliedern der dominanten Elite und ihrer Agenten konzentriert ist, da unabhängige Machtzentren als Bedrohung aufgefaßt und gleichgeschaltet werden, können sich unter der legalen Herrschaft verschiedene Machtzentren im Rahmen der bestehenden Gesetze etablieren⁷. Institutionalisierte Macht unterscheidet sich auf zwei Weisen von nicht-institutionalisierter:

sie ist sozial akzeptiert

sie ist unpersönlicher, d. h. ihre Ausübung wird nicht durch besondere persönliche Fähigkeiten legitimiert, sondern durch die Einnahme von bestimmten Positionen⁸.

Auch Peter Christian Ludz⁹ greift in seiner Beschreibung der Wandlungsprozesse in der DDR ähnliche Gedankengänge auf. Der von ihm beschrie-

⁶ Deutsch, a. a. O., S. 125

Blau, a. a. O., S. 213

⁷ Lenski, a. a. O., S. 54 ff.

⁸ Lenski, a. a. O., S. 56 f.

⁹ Ludz, Peter Christian, *Partieelite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung*. Köln-Opladen 1968

bene Wandel von der totalitären zur autoritären Herrschaft entspricht dem von Lenski analysierten Prozeß der Institutionalisierung von Macht. Er nennt vor allem folgende Entwicklungen:

- a) Der kämpferische Gebrauch der Macht nimmt zugunsten von Vereinbarungen ab.
- b) Das Kontrollsystem wird flexibler und ermöglicht mehr Anpassungen der verschiedenen Organisationssysteme an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt.
- c) Das differenzierte Kontrollsystem wird durch Koordinierungsvereinbarungen ergänzt. Gruppenidentifikation löst den Massenterror ab¹⁰.
- d) Die sozialen Träger der revolutionären Ideologie, die sozialmarginale Positionen innehaben, werden zunehmend durch integrierte, nicht-marginale Personen abgelöst¹¹.

Konsequenzen der Industrialisierung

Eine große Zahl von Soziologen und politischen Wissenschaftlern hat sich in Untersuchungen mit den Auswirkungen der Industrialisierung auf die gesellschaftlich vorherrschenden Organisationsformen beschäftigt. Es soll hier nur auf zwei der neueren Arbeiten auf diesem Gebiet eingegangen werden, nämlich auf Gerhard Lenski¹² und John Kenneth Galbraith¹³. Eine Auseinandersetzung mit der sogenannten Konvergenztheorie soll nicht stattfinden, da die dort vorgebrachten Thesen nicht frei von normativen Implikationen sind und vor allem zu weitreichende und unüberprüfbare Schlüsse auf politische Entwicklungen ziehen¹⁴.

Zwar finden sich auch bei Lenski und Galbraith solche Implikationen, aber deren wesentliche Aussagen über die Auswirkungen der Industrialisierung sind überprüfbar und sollen hier kurz dargestellt werden. Dabei werden allerdings diejenigen Tendenzen, die nur der privatkapitalistischen Wirtschaftsform eigen sind, wie z. B. der Trend zu großen Kapitalgesellschaften und deren Mechanismen der Marktbeherrschung, nicht berücksichtigt, sondern nur jene grundlegenden, die sich – falls sie richtig sind – in beiden Gesellschaftssystemen, dem kapitalistischen und dem volksdemokratisch-sozialistischen, zeigen müssen. Alle Aussagen über die Konse-

¹⁰ Ludz, a. a. O., S. 3 f.

¹¹ Ludz, a. a. O., S. 26

¹² Lenski, a. a. O.

¹³ Galbraith, John Kenneth, Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968

¹⁴ Rose, Günther, Einige prinzipielle Bemerkungen zur Konvergenztheorie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1969, S. 926-950 und Ludz, a. a. O., S. 21 ff.

quenzen der Industrialisierung gehen von der Feststellung aus, daß durch die Erfindung neuer Technologien ein Zwang zu größerer Komplexität in der Produktion, zu stärkerer Spezialisierung, besserer Ausbildung sowie besserer Koordination und Planung entstand, der sich ständig verstärkt¹⁵. Die Formen der Wirtschaftssysteme werden deshalb nicht mehr in erster Linie von ideologischen Vorstellungen, sondern mehr von den Erfordernissen der Technologie und Organisation geprägt.

Von besonderer Bedeutung in diesem Prozeß ist, daß der Ausbildungsstand aller an der Industrieproduktion beteiligten Individuen höher und spezialisierter sein muß. An der Spitze der Ausbildungshierarchie stehen die akademisch ausgebildeten verwaltenden und technischen Spezialisten, deren Bedeutung für das Wirtschaftssystem zunehmend die der früheren Unternehmer übersteigt. Da Macht in einer Gesellschaft immer den rarsten Produktionsmitteln zukommt, erhöht sich die Macht der qualifizierten Spezialisten, und der Ausbildungsstatus wird für die Machtverteilung grundlegend¹⁶.

Mit dem enormen Zuwachs an Komplexität und Spezialisierung ist eine wachsende Inkompetenz der Vorgesetzten in Bezug auf die Arbeitsgebiete ihrer Untergebenen verbunden, die schon Max Weber in seiner Bürokratieanalyse feststellte¹⁷. In den kapitalistischen Ländern führte dies zur Ablösung der traditionellen Unternehmerherrschaft durch die Herrschaft der »Technostruktur«¹⁸, das heißt der Gruppe von Spezialisten in den führenden Positionen.

Diese Tatsache veränderte auch die Entscheidungsproblematik: die Inhaber von Entscheidungspositionen sind für ihre Entscheidungen auf die Informationen ihrer Untergebenen angewiesen und müssen diesen einen Teil ihrer Entscheidungsbefugnisse überlassen, sofern sie nicht ohne Sachkenntnis und damit unter Verzicht auf Effizienz Entscheidungen treffen wollen¹⁹. Dies gilt natürlich in besonderem Maße für Nichtspezialisten, z. B. Unternehmer, Kapitalisten oder reine Parteifunktionäre, trifft aber auch für fachlich qualifizierte Spezialisten zu. Die Spezialisierung bringt aus diesem Grund auch einen Trend zu Gruppenentscheidungen von Gleichgestellten auf allen Ebenen der Hierarchie mit sich. Diese Gruppen benötigen Autonomie, um verantwortlich entscheiden zu können.

¹⁵ Galbraith, a. a. O., S. 26 ff.

¹⁶ Lenski, a. a. O., S. 392

Galbraith, a. a. O., S. 72

¹⁷ Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Studienausgabe in 2 Bänden, Köln-Berlin 1964, 2. Halbband, S. 729 ff.

Lenski, a. a. O., S. 313

¹⁸ Galbraith, a. a. O., S. 76 ff.

¹⁹ Lenski, a. a. O., S. 313 f.

Die Veränderung der Entscheidungsstruktur zieht auch eine Veränderung im Motivationssystem der Beteiligten nach sich. Die Motivationen zur Durchführung einer Arbeit können in Zwang, finanzieller Belohnung, Identifizierung und Adaptation (perzipierte Möglichkeit der Anpassung von Organisationszielen an die eigenen Ziele) bestehen²⁰. Von diesen ist Zwang am wenigsten funktional für die Organisationsziele, da er leicht Entfremdung hervorruft und zu geringerer Arbeitsleistung führt. Je mehr er als Begleiterscheinung finanzieller Belohnungen verschwindet, desto mehr werden die Barrieren gegenüber Identifizierung abgebaut. Der Grad der Identifizierung und Adaptation ist abhängig vom Grad der Autonomie der Arbeitsgruppen und der Höhe der Position innerhalb der Hierarchie²¹. Identifizierung und Adaptation sind diejenigen Motivationen, die eine optimale Erreichung der Organisationsziele ermöglichen.

Die Tatsache, daß die Technostruktur über eine zunehmende Macht in industriellen Organisationen verfügt, garantiert, daß sie die Ziele der Organisation ihren eigenen Zielen bis zu einem gewissen Grad anpassen kann. Da eines ihrer wesentlichen Ziele – wie in jeder organisierten Gruppe – die Selbsterhaltung ist, hat sie eine Tendenz zur Stärkung der Autonomie der Organisationen, in denen sie Herrschaftsbefugnisse hat, da ihr diese Autonomie am besten ihre Selbsterhaltung ermöglicht²².

Gesamtgesellschaftlich haben diese Entwicklungen zur Folge, daß die Elite der Technostruktur, die den industriellen Sektor als den wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen beherrscht, Macht überlassen muß, wenn sie nicht Effizienz opfern will, einen Preis, den die meisten Eliten weder zahlen können noch wollen²³.

Das Bildungswesen muß ebenfalls den Erfordernissen der Technologie angepaßt und damit verbessert werden. Die Technostruktur ist, was das Bildungswesen und die Voraussetzungen für die Planung (zum Beispiel Regulierung der Gesamtnachfrage, Lohn- und Preisstabilität) betrifft, abhängig vom Staat. Aufgrund ihrer zunehmenden Bedeutung im industriellen Bereich ist es daher wahrscheinlich, daß sie versucht, ihre Autonomie auch in Richtung auf eine Zunahme ihrer politischen Macht zu verstärken, um alle für ihre Arbeit wesentlichen Faktoren unter Kontrolle zu bringen²⁴.

²⁰ Galbraith, a. a. O., S. 153 ff.

²¹ Galbraith, a. a. O., S. 170 ff.

²² Galbraith, a. a. O., S. 189 ff.

²³ Lenski, a. a. O., S. 336

²⁴ Galbraith, a. a. O., S. 446

Auswirkungen der Industrialisierung auf die Entscheidungsstruktur in Organisationen

Die moderne, systemtheoretisch orientierte Organisationssoziologie entwickelte in ständiger Auseinandersetzung mit Max Webers Bürokratiethorie²⁵ ein alternatives Organisationsmodell, das den sich wandelnden Umwelterfordernissen besser angepaßt ist²⁶.

Man kann diese beiden Idealtypen von Organisationsmodellen als »mechanistisches System« und »organisches System« bezeichnen²⁷.

Es sollen hier nur die wesentlichsten Kennzeichen beider Modelle dargestellt werden:

<i>mechanistisches Modell</i>	<i>organisches Modell</i>
statisch	flexibel
innovationsfeindlich	innovationsfördernd
festgelegter Organisationszweck	variable Definition der Leistungen, die das System an die Umwelt abführen muß
gleichförmige Aufgaben, die Sachwissen erfordern und von Individuen durchgeführt werden können, Anwendung vorgegebener Standards	ungleichförmige Aufgaben, die selbständige Problemlösungen und Teamarbeit von Experten erfordern, Neuschöpfung von Standards
hohe Kontrollierbarkeit der Arbeit	geringe Kontrollierbarkeit der Arbeit
Entscheidungen von Individuen	Entscheidungen von Gruppen
Befehlshierarchie	Sachautorität von Experten, »lokale Rationalität« (Naschold)
Informationsfluß überwiegend von oben nach unten	Informationsfluß in allen Richtungen
Disziplin und Loyalität der Organisationsmitglieder	Selbständigkeit und Verantwortungsbereitschaft der Organisationsmitglieder
Orientierung an Organisationsstandards	Orientierung an professionellen Standards

²⁵ Weber, a. a. O., 1. Halbband S. 160–167, 2. Halbband S. 703–738 und S. 1047–1062

²⁶ Die Merkmale dieses Modells wurden aus verschiedenen Aufsätzen entnommen, die in dem Band *Bürokratische Organisation*, hrsg. von Renate Mayntz, Köln-Berlin 1968 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 27) abgedruckt sind, insbesondere aus:

Burns, Tom und Stalker, G. M., *Mechanistische und organische Systeme des Managements*, S. 147–154

Gouldner, Alvin W. und Newcomb, Esther R., *Eine Untersuchung über administrative Rollen*, S. 239–248

Luhmann, Niklas, *Zweck-Herrschaft-System. Grundbegriffe und Prämissen Max Webers*, S. 36–55

Mayntz, Renate, *Max Webers Idealtypus der Bürokratie und die Organisationssoziologie*, S. 27–35

Zwar kommen diese beiden Idealtypen in der Realität nirgends rein vor, aber die Dynamik der Industrialisierung erfordert aufgrund der sich wandelnden Aufgaben politischer, wirtschaftlicher und kultureller Organisationen immer mehr die Merkmale des organischen Modells und die Zurückdrängung der des mechanistischen Modells, besonders in Organisationen, die schnell auf veränderte Umweltbedingungen reagieren müssen. Für viele Aufgabenstellungen bleibt aber der Organisationstyp des mechanistischen Modells auch heute noch brauchbar. Das bedeutet, daß Merkmale beider Organisationsmodelle nebeneinander aufzufinden sind, und zwar sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch innerhalb derselben Organisation.

Da die Personen, die in einem der beiden Organisationstypen beschäftigt sind, aufgrund der jeweils vorherrschenden unterschiedlichen Aufgabenstellung unterschiedliche Orientierungen im Hinblick auf ihren Arbeitsbereich entwickeln, entstehen Konflikte zwischen Bürokraten und Spezialisten, soweit deren Aufgabengebiete sich überschneiden.²⁸ Solche Konflikte sind heute in den meisten Organisationen und in allen Gesellschaften vorhanden. Von ihrem Ausgang hängt in starkem Maße die weitere Entwicklung ab.

Konvergenzen zwischen westlichen und östlichen Gesellschaftssystemen

Die Erfordernisse der Industrie bringen einen Trend zur Konvergenz in der Wirtschaftspolitik moderner Industriestaaten mit sich. Besonders wesentlich erscheinen hierbei die veränderten Aufgaben in der Wirtschaftsplanung, die die vermehrte Beschäftigung von Spezialisten mit sich bringt.

Scott, Richard, Konflikte zwischen Spezialisten und bürokratischen Organisationen, S. 201-216

Thompson, Victor A., Hierarchie, Spezialisierung und organisationsinterner Konflikt, S. 217-227

Interessant zu dieser Thematik ist auch:

Naschold, Frieder, Organisation und Demokratie, Stuttgart 1969

²⁷ Diese Begriffe stammen von Burns und Stalker, in: Bürokratische Organisation, a. a. O. Dazu schreibt Renate Mayntz: »Sie beschreiben die unter den gegensätzlichen Bedingungskonstellationen jeweils zweckmäßigen Organisationsformen modellhaft als ‚mechanistisches‘ bzw. ‚organisches System‘; das erste entspricht dem bürokratischen Strukturtypus, das zweite läuft in etwa auf das ‚professionelle Organisationsmodell‘ hinaus.« (Bürokratische Organisation, a. a. O., Einleitung, S. 16)

²⁸ Scott, a. a. O., untersucht diese Konflikte und nennt 4 hauptsächliche Konfliktbereiche: »(1) der Widerstand der Spezialisten gegen bürokratische Regeln; (2) die Zurückweisung von bürokratischen Standards durch die Spezialisten; (3) der Widerstand der Spezialisten gegen bürokratische Überwachung und (4) die bedingte Loyalität der Spezialisten gegenüber der Bürokratie«; S. 205

Da der Erfolg von wirtschaftlichen Organisationen vorwiegend von dem Ausmaß abhängt, zu dem die Anpassung an veränderte Umweltsbedingungen durch Einsatz von Experten und neuen Methoden der Arbeitsorganisation gelingt²⁹, kann man die Hypothese aufstellen, daß die beiden Variablen »wirtschaftlicher Erfolg« und »vermehrte Beschäftigung von Experten« miteinander korrelieren, und das Vorhandensein der einen jeweils Indikator für das gleichzeitige Vorhandensein der anderen ist.

In dem Maße, in dem ältere, nicht fachlich vorgebildete Kräfte durch Experten ersetzt werden, wird auch der wirtschaftliche Erfolg zunehmen. Zur wirtschaftlichen Effizienz gehört aber nicht nur die Beschäftigung von Experten, sondern auch ein beträchtlicher Entscheidungsspielraum für diese und eine Verringerung der möglichen Konfliktfronten zwischen ihnen und den Bürokraten. Daher wird dieser Prozeß außerdem mit Veränderungen der Arbeitsorganisation Hand in Hand gehen. Am effektivsten wird eine Organisation dann arbeiten, wenn ihre Leitung selbst aus Experten besteht, da nur in diesem Fall gewährleistet ist, daß die professionellen Standards Vorrang vor den bürokratischen haben.

Erst der Verzicht auf Entscheidungskompetenzen an der Spitze und deren Verlagerung auf untere Ebenen der Hierarchie schafft bei den Experten in der Organisation ein Gefühl der Identifikation mit der Organisation und gibt ihnen die Verantwortung, die sie zur Durchsetzung ihrer Problemlösungsvorschläge brauchen. Verweigert man ihnen diese Verantwortung, so werden sie sich nicht mit den Organisationszielen identifizieren und dementsprechend schlechtere Arbeit leisten.

In der Wirtschaftsführung sind also wegen der Ähnlichkeit der Aufgaben am ehesten gewisse Konvergenzen zwischen westlichen und östlichen Staaten zu erwarten³⁰. Diese wurden nun häufig als Indikator für weitgehende politische Konvergenzen betrachtet. »Die Konvergenztheore-

²⁹ Ersetzung von Steuerungs- durch Regelungsprozesse, vermehrte Entscheidungsbefugnisse auch auf den unteren Ebenen der Hierarchie, vermehrte Verarbeitung von Informationen aus allen Ebenen der Organisation, Verzicht auf willkürlich an der Organisationsspitze festgelegte Direktiven zugunsten von Gruppenentscheidungen der entsprechenden Experten.

³⁰ Diese werden allerdings nicht vollkommen sein, da es für ein Problem immer mehr als eine optimale Lösung gibt, und also auch unterschiedliche Maßnahmen zu gleicher wirtschaftlicher Effizienz führen können. Granick weist z. B. auf Unterschiede in den Ausbildungsvorgängen von amerikanischen und sowjetischen Managern hin, die wahrscheinlich auch zu unterschiedlichen Einstellungen und anderem Problemlösungsverhalten führen. Vgl. Granick, David, *The Red Executive. A Study of the Organization Man in Russian Industry*, Garden City - New York, 1961, S. 80 ff. Granicks Ergebnisse für die UdSSR-Manager im Vergleich zu amerikanischen sind: mehr Universitätsvorbildung; häufiger technisch-naturwissenschaftliche als wirtschaftswissenschaftliche Vorbildung; weniger Ausbildung in Menschenführung, dafür mehr persönliche Erfahrungen im Jugendverband auf diesem Gebiet; bereits während der Ausbildungszeit Produktionserfahrung.

tiker schließen aus dem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte in beiden Systemen bzw. aus der Identität technologischer Prozesse auf eine wachsende Ähnlichkeit und Annäherung der sozialen Strukturen, politischen Machtverhältnisse und Ideologien in beiden Systemen³¹. Rose, ein jüngerer DDR-Historiker³², betont ebenfalls die Ähnlichkeiten der Aufgaben und der im wirtschaftlichen Bereich angewandten Methoden, lehnt aber die Folgerungen westlicher Konvergenztheoretiker bezüglich einer weitergehenden Annäherung mit der Begründung ab, daß die Wirtschaft zwar den wesentlichen Faktor in jeder Gesellschaftsordnung darstellt und auch die Produktions-, Planungs- und Verwaltungsmethoden weitgehend bestimmt, nicht aber die gesamte Organisation des sozialen, kulturellen und politischen Lebens determiniert³³.

Die vorliegende Arbeit berücksichtigt deshalb keine weitergehenden Auswirkungen einer veränderten Wirtschaftspolitik im kulturellen, politischen und sozialen Bereich, über die nur Spekulationen möglich sind. Im Vordergrund steht vielmehr die Hypothese, daß die Anerkennung der Erfordernisse der modernen Industrie zu Veränderungen in der personellen Zusammensetzung und in der Entscheidungsstruktur derjenigen Organisationen führt, die für die Wirtschaftspolitik und ihre Durchführung verantwortlich sind³⁴.

Der Ministerrat als Forschungsgegenstand einer Elitestudie

Es scheint notwendig, noch einige Bemerkungen über die theoretische Relevanz des Forschungsgegenstandes zu machen. In der reichhaltigen elitentheoretischen Literatur wird allgemein davon ausgegangen, daß ein systematischer Zusammenhang zwischen Elite und Gesellschaft besteht, und daß man aus der empirischen Untersuchung von Eliten Rückschlüsse auf die entsprechenden Gesellschaften ziehen kann³⁵. Allerdings können diese Rückschlüsse nur sehr undifferenziert sein, da Hypothesen über die Art des Zusammenhangs zwischen Elite, Gesellschaft und Herrschafts-

³¹ Rose, a. a. O., S. 938

³² Er ist Mitarbeiter an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität in Ostberlin. (I. Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1969)

³³ Auch Ludz lehnt solche Versuche von Globaldeutungen gesellschaftlicher Entwicklungen ab und »beschränkt sich . . . auf die Feststellung empirisch nachweisbarer Regelmäßigkeiten.« (Ludz, a. a. O., S. 23)

³⁴ In der DDR sind dies die mit der Planung, Leitung, Durchführung und Kontrolle der volkswirtschaftlichen Aufgaben betrauten Organe des Staats- und Parteiapparates, im Staatsapparat von den Betriebsleitungen hinauf bis in den MR, im Parteiapparat von den Sekretariatsabteilungen für Wirtschaft in den Kreisen bis hinauf zum ZK.

³⁵ Zapf, Wolfgang, Wandlungen der deutschen Elite, München 1966, S. 12

system bisher noch fehlen. Immerhin scheinen Eliteuntersuchungen auch ohne solche Hypothesen sinnvoll zu sein, da die Mitglieder der Elite einen beträchtlichen – je nach Herrschaftssystem sogar dominierenden – Einfluß auf die politischen Entscheidungen und damit die Zukunfts- und Überlebenschancen einer Gesellschaft haben. Da die letzteren heute überwiegend von der Forcierung der Industrialisierung und der Ermöglichung eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums abhängen, muß die Elite eines hochindustrialisierten Landes – will sie nicht wirtschaftliche Rückschläge in Kauf nehmen – die Industrialisierung und die dazu notwendige Durchführung von wissenschaftlicher Grundlagenforschung, Entwicklung neuer Technologien und industrieller Produktion fördern und planen. Dieses Ziel läßt sich nur erreichen, wenn die Elitemitglieder bereit sind, wirtschaftlich-technischen Experten Entscheidungsbefugnisse einzuräumen und ihren eigenen Entscheidungsspielraum auf den durch die Erfordernisse der modernen Wirtschaft abgesteckten Rahmen zu beschränken. Das bedeutet langfristig, daß die Mitglieder der Technostruktur zunehmend Elitepositionen übernehmen, da nur sie als fachlich qualifizierte Kräfte überhaupt noch eine Chance der Kontrolle über die unter ihrer Leitung tätigen Experten haben. Sie lösen hier diejenigen alten Elitemitglieder ab, die ihre Positionen lediglich aufgrund von Herkunft, Kapitalbesitz oder Zugehörigkeit zu einer ideologisch einflußreichen Gruppe (z. B. Kirche oder Partei) eingenommen haben.

Nach diesen allgemeinen elitetheoretischen Überlegungen ist noch die Begründung zu erbringen, weshalb gerade der Ministerrat als Teil der Elite zum Untersuchungsgegenstand gewählt wurde.

Die Kontroverse um die Anwendung verschiedener Methoden der Identifizierung von Elitemitgliedern³⁶ ist bezüglich der DDR-Elite nicht relevant, da der Entscheidungs- und Reputationsansatz sowieso nicht anwendbar sind (man müßte hierzu in der DDR empirisch forschen können) und also, will man überhaupt eine Eliteuntersuchung für die DDR durchführen, nur der Positionsansatz in Frage kommt.

Nach diesem gehören die Mitglieder des Ministerrates unzweifelhaft zur Elite, wenn man – wie in Eliteuntersuchungen üblich – davon ausgeht, daß die Elite in einer Gesellschaft mindestens einige hundert Personen umfaßt. Selbst wenn man aber die Meinung mancher Forscher akzeptiert,

³⁶ Ludz, a. a. O., S. 37 ff. Es gibt 3 methodische Ansätze:

1. Entscheidungsansatz, bei dem empirisch der Einfluß von Personen auf Entscheidungen untersucht und die einflußreichsten Personen als Elitemitglieder identifiziert werden.
2. Reputationsansatz, bei dem Experten die ihrer Meinung nach einflußreichsten Personen auswählen.
3. Positionsansatz, bei dem die Inhaber der Positionen mit den größten formalen Entscheidungsbefugnissen als Elitemitglieder identifiziert werden.

daß in einem sozialistischen Staat wie der DDR die Elite nur einen kleineren Personenkreis umfaßt³⁷, so gehören die Ministerratsmitglieder als Spitze des zentralen Staatsapparates, zu dem ja in der DDR auch ein wesentlicher Teil der Wirtschaftsplanung und -exekutive gehört, von ihrer großen formalen Entscheidungsbefugnis her immer noch dazu³⁸.

Hypothesen, die sich aus dem theoretischen Bezugsrahmen ergeben

Die Hypothesen, die sich aus der Notwendigkeit der Legitimierung einer gewaltsam an die Macht gekommenen Elite (1) und den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft ergeben (2), bringen Auswirkungen in derselben Richtung mit sich.

(1) Übergang von persönlicher Willkür der Elitemitglieder zur Anwendung unpersönlicher Standards, Zunahme der Rechtssicherheit; zunehmende Anerkennung und Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung bezüglich materieller Wünsche, aber auch des Wertsystems;

Übergang von personengebundener Herrschaftsausübung zu positionengebundener, zugleich sukzessive Ersetzung alter, revolutionärer Elitemitglieder durch neue, die mehr von dauerhafter Herrschaftsausübung verstehen;

Tendenz zur Dezentralisierung der Macht, Entstehung neuer Machtzentren;

(2) Verbesserung des Ausbildungsniveaus, zunehmende Bedeutung des Ausbildungsstatus für die Machtverteilung;

zunehmende Notwendigkeit der Beschäftigung von Experten, damit zunehmende Bedeutung der Technostruktur;

Einführung neuer Organisationsformen mit veränderten Entscheidungsstrukturen;

Konflikte zwischen den mehr professionsorientierten Mitgliedern der Technostruktur und den mehr organisationsorientierten Bürokraten;

Tendenz zur Einnahme von Elitepositionen durch Mitglieder der Technostruktur.

³⁷ Dieser Ansicht scheint Richert zu sein, denn er behandelt nur einen kleinen Kreis von 100–150 Personen für den gesamten Zeitraum seit 1945. Vgl. Richert, Ernst, *Die DDR-Elite oder Unsere Partner von morgen?*, Reinbek 1968 (rororo aktuell Nr. 1038)

³⁸ Selbst bei Richert sind allein 26 der 39 augenblicklich amtierenden Ministerratsmitglieder erwähnt.

Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System der DDR

Ergebnisse von Untersuchungen über die DDR-Elite

Die ab 1945 mit Unterstützung der SMAD die Herrschaftspositionen in der damaligen SBZ übernehmende Führungsschicht wird von Hans Werner Prahl folgendermaßen charakterisiert:

»Mit der radikalen Entnazifizierung und der tiefgreifenden Umstrukturierung des Systems wurde in nahezu allen Bereichen ein Führungspersonal inthronisiert, das sich zuvor in der Praxis illegaler Arbeiterorganisationen, im Kampf gegen den Faschismus oder in der Emigration bewährt hatte. Dieses Personal hatte die Normen und Werthaltungen seines vorherigen Tätigkeitsfeldes internalisiert, sich nach den praktischen Erfordernissen qualifiziert und dabei eine homogene Mentalität ausgeprägt. Für die neuen Positionen war dieses Personal durchweg unterqualifiziert, seine fachliche Qualifikation war – soweit vorhanden – provisorisch.«³⁹

Prahl stellte weiter fest, daß in dieser Umbruchsituation bei der Besetzung der neustrukturierten Partei-, Wirtschafts- und Staatsapparate die Positionen primär nach Gesichtspunkten politischer Zuverlässigkeit und erst sekundär nach der fachlichen Qualifikation besetzt wurden. Mit der Technisierung, Mechanisierung und Automatisierung, der Änderung der politischen Situation und der Konsolidierung der politischen Führung verlor aber die politische Zuverlässigkeit an Bedeutung gegenüber der fachlichen Qualifikation und wurde vornehmlich auf den politischen Apparat beschränkt. Damit konnten nach und nach auch Experten in Elitepositionen aufsteigen.

Ludz fand diesen Trend ebenfalls und spricht von einer dadurch entstandenen latenten Elitenkonkurrenz zwischen den Angehörigen der »strategischen Clique« (den politisch zuverlässigen Parteifunktionären, vorwiegend Altkommunisten) und der »institutionalisierten Gegenelite⁴⁰« (der Gruppe der Experten in gehobenen Positionen). Diese Folgerung wird aber sowohl von Prahl als auch von Richert als zu überspitzt kritisiert⁴¹, obwohl Ludz ausdrücklich betont, daß die Konflikte zwischen

³⁹ Prahl, Hans Werner, *Intelligenz- und Elitegruppen in der DDR-Gesellschaft*, in: *Deutschland Archiv* 2/1970, S. 120–134, S. 128

⁴⁰ Ludz, a. a. O., S. 25 ff.

⁴¹ Prahl, a. a. O., S. 129, Richert, a. a. O., S. 10

diesen beiden Gruppen nur bei »grundsätzlich gleicher politischer Zielsetzung⁴²« bestehen. Prahl dagegen fand mehr einen Prozeß der gegenseitigen Assimilierung beider Gruppen, in dem die Mitglieder der strategischen Clique Lernprozessen ausgesetzt sind, und die Vertreter der institutionalisierten Gegendeliten bürokratische Muster akzeptieren.

Man kann Prahls Ergebnissen nach nicht von einer Tendenz zur »Technokratie« in der DDR sprechen. »Die ‚operative‘ Anleitung und Kontrolle der wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Apparate durch die jeweilige Parteiinstanz, die organisatorische Integration der Experten in die politischen und administrativen Apparate stellen institutionelle Antworten auf technokratische Tendenzen dar⁴³.« Allerdings stimmt Prahl den Ergebnissen von Ludz insoweit zu, daß auch die Parteizentrale die Formen ihrer Machtbehauptung und -entfaltung hat wandeln müssen⁴⁴. Entstehende Konflikte werden also nicht nur zu Lasten der Experten einseitig von der Parteiführung entschieden, sondern Kompromisse bei einem Übergewicht der politischen Argumente stellen die Regel dar. Bei den drei Autoren Ludz, Prahl und Richert, die sich mit der Entwicklung der DDR-Elite beschäftigt haben, lassen sich trotz teilweise verschiedener Standpunkte eine Reihe von Gemeinsamkeiten bezüglich der Veränderungen in der DDR-Elite finden, die in Übereinklang mit den im 1. Kapitel entwickelten Hypothesen stehen:

1. die Abkehr von der Verteilung von Ämtern nach politischer Zuverlässigkeit und die Entstehung einer Tendenz zur Laufbahngesellschaft mit einigermaßen stabilen Karrieremustern⁴⁵
2. das Vordringen von Experten bis in die politische Elite⁴⁶
3. eine zunehmend geringere Austauschbarkeit zwischen Positionen⁴⁷
4. ein Konfliktpotential zwischen Experten und Bürokraten.

Die organisatorische Entwicklung des Ministerrates

Hier sollen nur die groben Grundzüge der organisatorischen Entwicklung des Ministerrates skizziert werden, die Herstellung des Bezugs zwischen organisatorischen und personellen Veränderungen erfolgt erst im nächsten Kapitel.

⁴² Ludz, a. a. O., S. 44

⁴³ Prahl, a. a. O., S. 131

⁴⁴ Prahl, a. a. O., S. 129/130

⁴⁵ Ludz, a. a. O., S. 42; Prahl, a. a. O., S. 132; Richert, a. a. O., S. 11

⁴⁶ Ludz, a. a. O., S. 42; Prahl, a. a. O., S. 132

⁴⁷ Prahl, a. a. O., S. 132; Ludz, a. a. O., S. 326; Richert widerspricht allerdings dieser Feststellung und meint, gerade unter den jüngeren Elitemitgliedern sei eine hohe Austauschbarkeit gegeben, besonders zwischen Partei- und Staatsapparat; Richert, a. a. O., S. 109/110

Die rechtlichen Grundlagen der Regierungstätigkeit, die in den zahlreichen Gesetzen über den Ministerrat fixiert wurden, sind in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung, da es hier nur auf die faktischen Veränderungen ankommt. Sie bleiben deshalb ebenso wie das Verhältnis des Ministerrates zu Staatsrat, Volkskammer und Bezirks- und Kreisräten unberücksichtigt.

Die organisatorische Struktur des Ministerrates war von Anfang an polarisiert, was Richert darauf zurückführt, daß bei der Gründung der DDR-Regierung zwei gänzlich verschiedenartige Elemente miteinander verschmolzen wurden, nämlich die Deutsche Wirtschaftskommission einerseits und eine Reihe von Kontrollorganen sowie die Zentralverwaltung für Volksbildung andererseits⁴⁸. »Der Dualismus von ökonomischen und politischen Kräften, der fortan erhalten blieb, ist indes nicht nur historisch und nicht nur aus ‚Verunglückung‘ begründet; er beruht auch auf der zwangsläufig entstehenden Spannung zwischen Gewaltdenken und Orientierung auf den Nutzeffekt⁴⁹.«

Unterscheidet man nach diesem Kriterium 2 Gruppen von Ministerien und anderen im Ministerrat vertretenen Organen, so zeigt sich als erstes ein deutlicher Unterschied in der organisatorischen Kontinuität dieser Gruppen.

1. Die nicht mit wirtschaftlich-technischen Fachaufgaben betrauten Organe des Ministerrates weisen keine homogene Aufgabenstellung auf, sondern bestehen eigentlich aus 3 Untergruppen:

⁴⁸ Richert, Ernst, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Zweite, erweiterte und überarbeitete Auflage, Köln und Opladen 1963, S. 94

Die Deutsche Wirtschaftskommission wurde im Juni 1947 gegründet »zur genauen Abstimmung und Koordinierung der Arbeit der deutschen Verwaltungen« (SMAD-Befehl Nr. 138 vom 4. 6. 1947). Sie war bis zur Gründung der DDR-Regierung das oberste deutsche Organ auf wirtschaftspolitischem Gebiet.

Mit den Kontrollorganen meint Richert die »Deutsche Verwaltung des Innern, die am 1. 8. 1946 ihre Arbeit aufnahm, und der Polizei, Sicherheitsapparat und bewaffnete Kräfte unterstanden, sowie die »Zentrale Kontrollkommission« (später »Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle«), die seit 15. 6. 1948 mit der Kontrolle der Wirtschafts- und Verwaltungstätigkeit betraut war.

Die »Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung« war bereits am 10. 8. 1945 mit dem SMAD-Befehl Nr. 17 als eine von insgesamt 11 deutschen Zentralverwaltungen gegründet worden und blieb als selbständiges Organ bis zur Gründung der DDR-Regierung bestehen, während die anderen Zentralverwaltungen später der Deutschen Wirtschaftskommission unterstellt wurden.

(vgl. auch: SBZ von 1945–1954, Eine chronologische Übersicht; Taschenausgabe, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 3., durchgesehene Auflage, Bonn-Berlin April 1961 (Nachdruck März 1964), S. 19 f., S. 49 f., S. 64 ff., S. 223

⁴⁹ Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 94

a) Organe mit eigentlich politischen Aufgaben; unter ihnen befinden sich einige klassische Ministerien: die Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten, des Innern, der Justiz, für Kultur, und außerdem noch das Staatssekretariat für gesamtdeutsche bzw. westdeutsche Fragen.

b) Organe, die auf den Sektoren des Arbeits-, Gesundheits- und Bildungswesens tätig sind⁵⁰.

c) Kontrollorgane; hierzu gehören zum Beispiel die Ministerien für Staatssicherheit und für Nationale Verteidigung, die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, die Arbeiter- und Bauern-Inspektion und das Ministerium für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte.

Den im Ministerrat vertretenen Organen dieser 3 Untergruppen ist gemeinsam, daß sie mehr politische als wirtschaftlich-technische Aufgaben zu erledigen haben und eine relativ große Kontinuität ihrer organisatorischen Vertretung im Ministerrat aufweisen.

2. Die häufigsten und tiefgreifendsten Änderungen der organisatorischen Struktur des Ministerrates fanden dagegen in den Bereichen der Wirtschaftsplanung und -exekutive statt. Dies zeigt sich schon im dauernden Wechsel des Verhältnisses dieser beiden Aufgabenbereiche: bis 1958 wurden sie getrennt verwaltet, von der Staatlichen Plankommission einerseits und mehreren Produktionsministerien andererseits. Mit dem Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung des Staatsapparates vom Februar 1958 wurden sie unter der Staatlichen Plankommission vereinigt, bei gleichzeitiger Auflösung der Produktionsministerien. Im Juli 1961 wurden die Befugnisse der Staatlichen Plankommission wiederum auf die Planung beschränkt, und die Wirtschaftsleitung übernahm der neugegründete Volkswirtschaftsrat, bis dieser im Dezember 1965 schließlich wieder zugunsten einer Reihe von Produktionsministerien aufgelöst wurde.

Die Wandlungen in der organisatorischen Struktur des Ministerrates fanden also hauptsächlich im wirtschaftlichen Bereich statt, was die Folgerung nahelegt, daß sie überwiegend im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR standen.

Dieser Zusammenhang wird besonders deutlich, seit mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems die Wirtschaftspolitik zur Hauptaufgabe des Ministerrates erklärt wurde. Bereits im Juli 1962, als auf dem 16. ZK-Plenum die Konsequenzen aus der sich seit 1960 rapide ver-

⁵⁰ Die Entscheidung, die Organe des Arbeits- und Bildungswesens nicht zu den wirtschaftlich-technischen Fachressorts zu rechnen, wurde deshalb getroffen, da vermutet werden kann, daß auf diesen Sektoren mehr politische als fachliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden, da sie die idealen Transmissionsstellen zur Durchsetzung des Primats der Ideologie sind. Ein Indikator dafür ist, daß sie alle von Anfang an nur von SED-Mitgliedern geleitet wurden. Vermutlich nehmen sie eine Mittelposition zwischen den fachlichen und den mehr politischen Ressorts ein.

schlechternden Wirtschaftslage gezogen wurden, erhielt der Ministerrat diese neue Aufgabenstellung:

»Nach gründlicher Beratung wurde ein Beschluß gefaßt, in dem die neuen Aufgaben des Ministerrates und seines Präsidiums zur weiteren Festigung der sozialistischen Staatsmacht, insbesondere zur Stärkung ihrer ökonomischen Grundlagen, festgelegt wurden. Der Beschluß sieht vor, daß die Fragen der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Mittelpunkt der Arbeit der Regierung stehen müssen. Der Ministerrat hat zu gewährleisten, daß die heranreifenden neuen Probleme rechtzeitig erkannt und die zu ihrer Lösung erforderlichen Aufgaben und Maßnahmen wissenschaftlich exakt ausgearbeitet und ihm zur Beschlußfassung unterbreitet werden... Das Hauptaugenmerk ist darauf zu richten, den Inhalt des Planes und die Bilanzierung zu verbessern, das wissenschaftlich-technische Niveau der Produktion zu heben, den volkswirtschaftlichen Nutzeffekt aller Maßnahmen sowie die Qualität der Erzeugnisse der DDR und ihre Weltmarktfähigkeit zu erhöhen. In den nächsten Jahren ist das ökonomische Profil der DDR zu verändern, wobei vom wissenschaftlich-technischen Höchniveau auszugehen ist⁵¹«.

Mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems im Januar 1963 wurde diese veränderte Akzentuierung der Aufgabenstellung des Ministerrates noch deutlicher. In der »Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« vom 11. Juli 1964⁵² werden als Hauptaufgaben des Ministerrates und der Organe der Wirtschaftsführung genannt:

»Die mit den neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft verbundene wissenschaftlich fundierte Führungstätigkeit berührt vor allem die neue Funktion des Ministerrates und seiner Organe bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Diese neue Funktion besteht darin, den gesamten Reproduktionsprozeß unserer Volkswirtschaft wissenschaftlich begründet zu planen und zu leiten und dabei stets den höchsten ökonomischen Nutzeffekt der gesamten Wirtschaftstätigkeit zu erreichen...

Im Beschluß des Ministerrates über die Grundsätze der Arbeit des Ministerrates für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 7. Februar 1963 wurde bereits eindeutig festgestellt, daß die Leitung der Volkswirtschaft die Hauptfunktion des Ministerrates und seines Präsidiums ist. Das erfordert, die Arbeit des Ministerrates und seines Präsidiums auf die festgelegten volkswirtschaftlichen Grundaufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus zu konzentrieren, vor allem

auf die konsequente Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus,
auf die rasche Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes und die Steigerung der Arbeitsproduktivität,
auf die weitere Entwicklung der materiell-technischen Basis,
auf die Entwicklung der führenden Zweige der Volkswirtschaft,

⁵¹ Albrecht, Erhard, Die Notstandsregierung, in: SBZ-Archiv 14/1962, S. 209/210

⁵² abgedruckt in: Schenk, Fritz, Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik, Stuttgart 1969, S. 126 ff.

auf die Erhöhung der Akkumulation, die Erhöhung des volkswirtschaftlichen Nutzeffekts und den konzentrierten Einsatz der Mittel.

Die Lösung der neuen Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus macht ebenfalls eine bedeutende Erhöhung der Verantwortung der Staatlichen Plankommission, des Volkswirtschaftsrates und anderer Organe für die Leitung und Planung der Wirtschaft notwendig⁵³.«

Diese Tendenz hat inzwischen nicht nachgelassen, sondern wurde sogar Bestandteil der neuen Verfassung der DDR von 1968⁵⁴, deren Artikel 78–80 dem Ministerrat gewidmet sind. Artikel 78 lautet:

»1. Der Ministerrat organisiert im Auftrage der Volkskammer die Erfüllung der politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen sowie die ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben des sozialistischen Staates. Er ist ein kollektiv arbeitendes Organ.

2. Der Ministerrat arbeitet wissenschaftlich begründete Prognosen aus, organisiert die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus und leitet die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft⁵⁵.«

Die Wirtschaftsentwicklung der DDR

Wenn die im 1. Kapitel dargestellten theoretischen Annahmen richtig sind, dann müssen sich Rückschlüsse vom wirtschaftlichen Erfolg eines Staates auf Wandlungen in seiner Elite ziehen lassen. Um den behaupteten Zusammenhang zu prüfen scheint ein kurzer Abriß der Wirtschaftsentwicklung der DDR unentbehrlich.

Alle Autoren, die sich mit der Wirtschaft in der DDR beschäftigt haben, stellten fest, daß die Wirtschaft in der damaligen SBZ außergewöhnlich schlechte Ausgangsbedingungen hatte:

eine unausgewogene Wirtschaftsstruktur wegen der bis 1945 engen Verflechtung mit der Wirtschaft des gesamten Deutschen Reiches; ein weitgehend unbrauchbares Verkehrsnetz, das entsprechend der früheren Verflechtung vorwiegend in Ost-West-Richtung ausgebaut war, während nun vor allem eines in Nord-Süd-Richtung benötigt wurde; eine schmale Grundstoffbasis und schließlich zahlreiche Demontagen und hohe Reparationen⁵⁶. Die vorhandene Struktur genügte also keiner industriellen Wirtschaft⁵⁷. Dazu kam eine von Beginn an ungünstige Bevölkerungsstruktur, die durch die Binnenwanderung nach Westen noch verschlechtert wurde, da überwiegend junge und qualifizierte Personen abwander-

⁵³ abgedruckt in Schenk, a. a. O., S. 137/138

⁵⁴ Müller-Römer, Dietrich (Hrsg.), Ulbrichts Grundgesetz. Die sozialistische Verfassung der DDR. Mit einem einleitenden Kommentar von Dietrich Müller-Römer, Köln 1968

ten, während die Rentner dablieben⁵⁵. Trotz dieser Belastung verlief der wirtschaftliche Wiederaufbau in der DDR relativ zügig, so daß Schenk zu dem Schluß kommt, daß sich in der 1. Phase bis zur Gründung der DDR die Entwicklungsdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland in Grenzen hielt⁵⁹. In dieser Zeit wurden auch die beiden wichtigsten Voraussetzungen für eine Planwirtschaft geschaffen: Ende 1948 war a) die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel praktisch beseitigt, und b) der Ressortapparat geschaffen, der zur Planung und Leitung einer Volkswirtschaft notwendig ist⁶⁰.

In der 2. Phase der Wirtschaftsentwicklung von 1949–1955 ergaben sich relativ große Rückschläge für die DDR-Wirtschaft, die vor allem auf 3 Faktoren zurückzuführen sind:

- a) Überschätzung der Reserven aufgrund der guten Leistungen der ersten Nachkriegsjahre;
- b) Abwanderung von Fachkräften und Verringerung der Arbeitsproduktivität;
- c) Belastung durch politische Aufgabenüberhäufung der Wirtschaftsleitung und Eingriffe von politischen Instanzen ins Wirtschaftsleben⁶¹.

Die 3. Phase 1956–1962 war durch eine in den ersten Jahren einsetzende Konsolidierung gekennzeichnet, an die sich allerdings ab 1960 eine erneute Wirtschaftskrise anschloß. Die Konsolidierung wurde vor allem dadurch ermöglicht, daß Ende 1955 das Anreizsystem verbessert, und von der bisherigen detaillierten Planung zu einer flexibleren Rahmenplanung übergegangen wurde, die den Betrieben einen größeren Entscheidungsspielraum überließ. Richert nennt die Jahre von 1956 bis Anfang 1960 die »eigentlichen Jahre der ökonomischen Konsolidierung der DDR und eines, wenn auch bescheidenen, so doch stetigen Anstiegs des Konsums⁶²«.

1958 konnte endlich auch die Rationierung aufgehoben werden. Allerdings verleiteten die Fortschritte der Jahre 1957 und 1958 die politische Führung dazu, einen ehrgeizigen und nicht realisierbaren Siebenjahr-

⁵⁵ Müller-Römer, a. a. O., S. 100

⁵⁶ Vgl. u. a. Gleitze, Bruno, Die Industrie in der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin (West) 1964

Nawrocki, Joachim, Das geplante Wunder. Leben und Wirtschaften im anderen Deutschland, Hamburg 1967

Schenk, Fritz, a. a. O.

Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1965

⁵⁷ Nawrocki, a. a. O., S. 18 f.

⁵⁸ Nawrocki, a. a. O., S. 20

⁵⁹ Schenk, a. a. O., S. 38

⁶⁰ Schenk, a. a. O., S. 26

⁶¹ Schenk, a. a. O., S. 42/43

⁶² Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 132

plan für die Jahre 1959–1965 zu konzipieren, dessen wichtigster Bestandteil die »ökonomische Hauptaufgabe«, das heißt die Überholung der Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung war⁶³. Diese unrealistische Aufgabenstellung brachte schwere Planungsfehler mit sich, die zusammen mit der von der politischen Führung gegen den Rat der obersten Wirtschaftsmanager 1960 durchgeführte Vollkollektivierung⁶⁴ zu einer ersten Wirtschaftskrise führten, die auch durch die Eindämmung der Republikflucht durch den Bau der Berliner Mauer nicht behoben wurde, sondern eine Wirtschaftsreform unvermeidlich machte⁶⁵.

Die 4. Phase der Wirtschaftsentwicklung wurde bereits im Juli 1962 eingeleitet (vgl. S. 22), obwohl die offizielle Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL) erst im Januar 1963 erfolgte. Die neue Wirtschaftspolitik wurde definiert als »die organische Verbindung der wissenschaftlich fundierten Führungstätigkeit in der Wirtschaft und der wissenschaftlich begründeten, auf die Perspektive orientierten zentralen staatlichen Planung mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel⁶⁶«.

Die wichtigsten Maßnahmen des NÖSPL waren: drastische Reduzierung der Plankennziffern, Entwicklung der VVB zu selbständig wirtschaftenden »sozialistischen Konzernen«, Erarbeitung eines neuen Preis- und Zinssystems, verstärkte Orientierung des Außenhandels nach dem Westen und besonders die Einführung von individuellen Anreizen (ökonomische Hebel).

Das NÖSPL führte zu einem starken wirtschaftlichen Aufschwung in der DDR, der sich ab 1964 in erheblich vergrößerten Zuwachsraten dokumentierte. Allerdings war mit diesen Reformen eine Dynamik in Gang gesetzt worden, die der Kontrolle durch die Parteiführung zu entgleiten drohte. Um diese Dynamik wieder unter Kontrolle zu bringen, wurden bereits ab 1965 weitere Reformen gestoppt und die Selbständigkeit der Wirtschaftsführung teilweise wieder beschnitten.

Mit der Proklamierung des Ökonomischen Systems des Sozialismus (OSS) im April 1967 wurde schließlich die 5. Phase der Wirtschaftsentwicklung eingeleitet. In ihr wurden zwar keine großen Reformwerke mehr aufgenommen, aber die Errungenschaften des NÖSPL blieben bisher erhalten. Nawrocki weist darauf hin, daß die DDR seit 1964 kontinuierliche Wachstumsraten aufweist und im Ostblock eine wirtschaftliche Spitzen-

⁶³ Nawrocki, Joachim, Auferstanden aus Ruinen, Zwanzig Jahre DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv 9/1969, S. 941–952, S. 946

⁶⁴ Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 136

⁶⁵ Nawrocki, Auferstanden aus Ruinen, a. a. O., S. 941

⁶⁶ zitiert nach Nawrocki, Auferstanden aus Ruinen, a. a. O., S. 948

stellung erlangte, mit dem höchsten Lebensstandard, der modernsten Produktion und als wichtigster Investitionsgüterlieferant, wenn auch mit einem relativ geringen Außenhandel. Er meint zwar, daß die DDR mit diesen ersten 20 Jahren ihrer Wirtschaftsentwicklung nicht zufrieden sein kann, beendet seine Darstellung aber doch mit einem relativ positiven Resümee:

»Die Bevölkerung in Mitteldeutschland lebt heute wesentlich besser als vor dem Kriege, obwohl es an Wohlstand im westlichen Sinne noch weitgehend fehlt. Es gibt dort im Vergleich zur Vorkriegszeit heute weit weniger Leute, denen es außergewöhnlich gut geht, aber auch weit weniger, denen es außergewöhnlich schlecht geht. Das hat zwar ideologische und gesellschaftliche Gründe, erzeugt aber ein Gefühl der wirtschaftlichen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit, das in der Bundesrepublik nicht im gleichen Maße verbreitet ist⁶⁷.«

Die Analyse der Wirtschaftsentwicklung in der DDR zeigt also hohe Zuwachsraten für die Jahre 1956–1959 und seit 1964. Diesen wirtschaftlichen Erfolgen war jedesmal eine Reform der Wirtschaftsorganisationen vorausgegangen, in der den Bedingungen der industriellen Entwicklung besser Rechnung getragen wurde als vorher. Entsprechend den theoretischen Annahmen ist also zu vermuten, daß in der ersten Phase der wirtschaftlichen Konsolidierung, in der das industrielle Niveau auch ziemlich niedrig war, geringere und in der Zeit seit 1963 größere Veränderungen in der politischen Elite der DDR, und also auch im Ministerrat, stattgefunden haben, in deren Verlauf wirtschaftlich-technische Experten in wirtschaftspolitische Elitepositionen aufstiegen. Im nächsten Kapitel soll nun untersucht werden, ob diese Annahme zutrifft.

⁶⁷ Nawrocki, Auferstanden aus Ruinen, a. a. O., S. 952. Nawrocki nennt in einer Tabelle die Zuwachsraten des wirtschaftlichen Gesamtprodukts der DDR seit 1959 (jeweils Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Prozent): 1959: 10,7%; 1960: 6,6%; 1961: 3,7%; 1962: 3,3%; 1963: 4,2%; 1964: 7,4%; 1965: 9,5%; 1966: 6,5%; 1967: 8,3%; 1968: 7,1%. Vgl. Nawrocki, Auferstanden aus Ruinen, a. a. O., S. 948

Die Veränderungen in der Sozialstruktur des Ministerrates der DDR 1949–1969

Methodologische Vorbemerkung

Untersucht wurden 139 Personen, die alle irgendwann einmal im Verlauf der Jahre zwischen 1949 und 1969 Mitglied des Ministerrates waren. Es wurden die Merkmale Alter, soziale Herkunft, Parteizugehörigkeit, Berufsausbildung, Karriereverlauf nach 1945, Position unmittelbar vor Berufung in den und unmittelbar nach Abberufung aus dem Ministerrat, Position im Ministerrat, Dauer der Zugehörigkeit zum Ministerrat erhoben, außerdem die Mitgliedschaft in Volkskammer, ZK und Politbüro.

Im Zusammenhang mit den theoretischen Annahmen unmittelbar relevant sind besonders die Merkmale Alter, Berufsausbildung und bei SED-Mitgliedern auch noch der Zeitpunkt des Parteieintritts sowie Mitgliedschaft im Zentralkomitee und Politbüro⁶⁸.

Der Faktor technisch-wirtschaftlich-naturwissenschaftliche Fachausbildung wird als Indikator für den Typ des professionsorientierten Experten genommen, und zwar sowohl bei Fachschul- als auch bei Hochschulausbildung. Dies bedeutet natürlich nicht, daß jemand ohne einen solchen formalen Ausbildungsabschluß kein Experte sein kann, da man sich auch im Laufe langjähriger Erfahrung auf einem Gebiet zum Experten qualifizieren kann. Da ein Test der objektiven Qualifikation aber im vorliegenden Fall nicht möglich ist, kann nur ein formaler Ausbildungsabschluß als Indikator benutzt werden. Es wird davon ausgegangen, daß mit einer formalen qualifizierten Ausbildung einer Person die Wahrscheinlichkeit zunimmt, daß diese auch ein Experte ist, und weiter wird angenommen, daß mit dem Grad der Ausbildung auch die Qualifikation zunimmt, also ein abgeschlossenes Hochschulstudium eine höhere Qualifikationsstufe darstellt als eine Fachschulausbildung. Abgrenzungsprobleme gibt es dabei bei der Einschätzung des Studiums der Politökonomie, das einerseits wirtschaftlichen Fragen gewidmet, andererseits aber ideologisch ausgerichtet ist. Normalerweise wird ein abgeschlossenes Studium an der Parteihochschule nicht als Fachausbildung gewertet, aber in den beiden Fällen

⁶⁸ Es wurde nicht zwischen Kandidaten- und Mitgliederstatus in ZK und Politbüro unterschieden, der hier verwandte Begriff Mitgliedschaft umfaßt beides.

von Fred Oelßner und Alfred Lemnitz, die beide Professoren für Politökonomie waren, wird deren Ausbildung doch als Fachausbildung eingeordnet, da man davon ausgehen kann, daß bei einer Lehrtätigkeit auf dem Gebiet der Politökonomie neben dem ideologischen Wissen auch fundierte Kenntnisse wirtschaftlicher Prozesse vorhanden sind.

Im Folgenden wird unter dem Begriff Fachausbildung immer eine technisch-wirtschaftlich-naturwissenschaftliche Fachausbildung entsprechend der dieser Arbeit zugrundegelegten Hypothesen verstanden, und genauso wird der Begriff des Experten auf diesen Bereich eingeschränkt.

Entsprechend werden auch unter »Fachressorts« nur diejenigen Ministerien und Organe des Ministerrates verstanden, die mit wirtschaftlich-technischen Aufgaben betraut sind. Werden sie von einem Experten geleitet, so wird nach den im 1. Kapitel dargestellten Hypothesen vermutet, daß sie effizientere Arbeit leisten als wenn an ihrer Spitze ein Nicht-Fachmann steht. Für die anderen Ressorts lassen sich Effizienzkriterien viel schwerer finden, zum Beispiel Außenpolitik, Justizwesen, Kultur. Eine Mittelposition nehmen, wie schon auf S. 22 angedeutet, die Ressorts des Arbeits- und Bildungswesens ein, aber auch die Kontrollorgane⁶⁹. Da sie Einrichtungen zur Transmission des Primats der Ideologie sind, müßte ein Wandel in ihrer personellen Besetzung sogar noch weitergehende Schlüsse auf einen gesellschaftspolitischen Wandel zulassen.

Aus den Angaben über Mitgliedschaft im ZK und Politbüro läßt sich der Grad der Verschmelzung zwischen Partei- und Staatsführung entnehmen. Die Quellenlage für die im Zusammenhang der vorliegenden Untersuchung wesentlichen Merkmale ist relativ gut. Als Quellen wurden benutzt: das Archiv des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, die »SBZ-Biographie«, verschiedene Auflagen der Broschüre »SBZ von A bis Z« (11. Auflage: »A-Z«) Informationen aus dem SBZ-Archiv der Jahrgänge 1953 bis 1968 und aus dem Deutschland Archiv seit Erscheinungsbeginn, die Handbücher der Volkskammer und daneben selbstverständlich auch die sonstigen im Literaturverzeichnis angegebenen Bücher, soweit sie zusätzliche Angaben lieferten.

Soziale Merkmale aller untersuchten Ministerratsmitglieder

In diesem Kapitel sollen die für die Überprüfung der im theoretischen Teil entwickelten Hypothesen bedeutsamen Merkmale aufgeschlüsselt werden.

⁶⁹ Eine Ausnahme macht hier das Ministerium für Nationale Verteidigung, da Verteidigungspolitik nicht nach rein fachlichen Gesichtspunkten betrieben werden kann, sondern immer der politischen Zielsetzung bedarf, obwohl andererseits eine militärwissenschaftliche Ausbildung von den durch sie vermittelten Kenntnissen her eine Fachausbildung im hier definierten Sinne darstellt.

Zwei interessante, aber im theoretischen Zusammenhang unwichtige Merkmale sind die Geschlechterverteilung im Ministerrat und die soziale Herkunft der Ministerratsmitglieder.

Im gesamten Untersuchungszeitraum waren nur 6 Frauen Ministerratsmitglieder (von insgesamt 139 Personen), was darauf schließen läßt, daß es auch in der DDR – ähnlich wie in der BRD – für Frauen sehr schwierig ist, in die höchsten Positionen aufzusteigen.

Die soziale Herkunft der Ministerratsmitglieder war in 60 Fällen überhaupt nicht zu ermitteln, in 62 weiteren Fällen fanden sich unter der Rubrik »Beruf des Vaters« Angaben über Berufe der unteren Mittelschicht bzw. Unterschicht, d. h. Arbeiter, Landwirte und Angehörige handwerklicher Berufe, und nur in 17 Fällen waren Berufe der oberen Mittelschicht und Oberschicht (Beamte, Akademiker usw.) angegeben. Aus diesen Daten lassen sich schon wegen der hohen Ausfallquote keine Schlüsse ziehen, aber auch bei den vorhandenen Angaben dürfte tendenziell eher ein statusniedrigerer Beruf angegeben worden sein, um die »proletarische« Herkunft der Elitemitglieder in der DDR zu unterstreichen.

Altersstruktur:

1895 und früher geboren	12	1916–1920	9
1896–1900	11	1921–1925	17
1901–1905	20	1926–1930	24
1906–1910	23	1931–1935	4
1911–1915	17	unbekannt	2

Parteizugehörigkeit:⁷⁰

SED	116	NDPD	3
CDU	8	DBD	6
LDPD	5	parteilos	1

⁷⁰ Einige Bemerkungen über den Charakter der bürgerlichen Parteien in der DDR scheinen hier angebracht. CDU und LDPD entstanden im Sommer 1945 als selbständige Parteien und waren ihrem Selbstverständnis nach politische Sammelbecken für ehemalige Anhänger christlicher, liberaler und/oder nationaler Parteien. NDPD und DBD dagegen wurden im Sommer 1948 auf Betreiben der SMAD gegründet und waren nie selbständige Organisationen. Die NDPD sollte hauptsächlich ehemalige NSDAP-Mitglieder und -anhänger in die neu entstehende gesellschaftliche Ordnung integrieren, und die DBD sollte die Einflußnahme auf die Landbevölkerung ermöglichen. Die SED sicherte sich schon früh mit Unterstützung der SMAD einen wesentlichen Einfluß auf die politische Linie und die Kandidatenauswahl in den anderen Parteien durch deren Einbeziehung in den im Sommer 1945 gegründeten »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« (seit der Gründung der DDR im Oktober 1949: »Nationale Front des Demokratischen Deutschlands«). Seit 1952 wird die führende Rolle der SED von allen übrigen Parteien auch offiziell anerkannt.

Vgl. Weber, Hermann, Von der SBZ zur DDR, 1945–1968, Hannover 1968, S. 19 f. und 41 f., und Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 218 ff.

Wechsel der Parteizugehörigkeit:

Sehr viele der Altkommunisten gehörten früher zeitweilig der SPD und/oder USPD an und traten der KPD entweder bei ihrer Gründung, beim Zusammenschluß der KPD mit dem größten Teil der USPD im Dezember 1920 oder noch später bei. Ein so früher Zeitpunkt des Wechsels der Parteizugehörigkeit wird hier nicht berücksichtigt, vielmehr wird für die Zeit vor 1933 einheitlich die letzte Parteizugehörigkeit genommen.

Kein Wechsel oder unbekannt	114	früher SED, jetzt DBD	1
bis 1946 SPD, jetzt SED	5	früher NSDAP, jetzt SED	9
andere Parteien, jetzt CDU	3	früher NSDAP, jetzt CDU	1
andere Parteien, jetzt LDPD	1	früher NSDAP, jetzt NDPD	1
früher KPD, jetzt NDPD	1	früher NSDAP ⁷¹ , jetzt DBD	1
früher KPD, jetzt DBD	2		

Berufsausbildung:

Hier wurde der jeweils letzte Ausbildungsabschluß erfaßt, also bei den zahlreichen Fällen, in denen nach jahrelanger Berufstätigkeit noch ein Studium absolviert wurde, der Studienabschluß und nicht der Abschluß der ursprünglichen Ausbildung.

<i>Handwerkliche, industrielle oder landwirtschaftliche Lehre</i>	29
<i>kaufmännische Lehre, untere und mittlere Beamtenlaufbahn oder Äquivalent</i>	10
<i>Fachschulausbildung:</i>	
a) wirtschaftlich-technische Richtung	16
b) nicht wirtschaftlich-technische Richtung, z. B. Abschluß als Volksschullehrer, Verwaltungsakademie usw.	7
<i>Parteihochschule (sofern nicht außerdem Fachschul- oder Hochschulabschluß vorhanden ist)</i>	7
<i>abgeschlossenes Hochschulstudium:</i>	
technisch-wirtschaftlich-naturwissenschaftliche Fächer	48
andere Fächer	9
<i>Hochschulstudium ohne Abschluß</i>	3
<i>unbekannt</i>	10

Karriere seit 1945

(Sektor, in dem der berufliche Aufstieg überwiegend stattfand):

nicht eindeutig zuzuordnen, bzw. mehr als ein Wechsel zwischen den Sektoren bis zur Berufung in den Ministerrat	36
Parteiapparat und Massenorganisationen	16
Staatsapparat	45
Wirtschaft	5
kulturell-sozialer Sektor	7
erst Partei-, dann Staatsapparat	7
erst Wirtschaft, dann Staatsapparat	13
erst kulturell-sozialer Sektor, dann Staatsapparat	2
unbekannt	8

⁷¹ Die Zahl von 12 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern ist sehr niedrig, v. a. wenn man berücksichtigt, daß 5 von diesen 12 Personen nach 1920 geboren sind, also bei Kriegsende noch nicht einmal 25 Jahre alt waren.

Nach diesen Daten hatte nicht einmal die Hälfte der Mitglieder des Ministerrates eine Karriere ausschließlich im Staatsapparat hinter sich, ehe sie in den Ministerrat berufen wurde. Das Bild verschiebt sich aber zugunsten des Staatsapparates, wenn man untersucht, in welchem Sektor die Ministerratsmitglieder unmittelbar vor ihrer Berufung beschäftigt waren.

Tätigkeitsbereich, aus dem die Mitglieder des Ministerrates berufen wurden:

nicht eindeutig zuzuordnen	6
Staatsapparat	86
davon länger als 2 Jahre	79
Parteiapparat und Massenorganisationen	23
Wirtschaft	9
kulturell-sozialer Sektor	9
unbekannt	6

Position unmittelbar vor Berufung in den Ministerrat:

keinem der Sektoren zuzuordnen: 6

(es handelt sich hierbei um die Vorsitzenden der 5 DDR-Parteien 1949, Bolz, Goldenbaum, Grotewohl, Kastner und Nuschke sowie um den stellvertretenden SED-Vorsitzenden Ulbricht, die neben ihren Parteiämtern auch noch Positionen in anderen Sektoren innehatten)

Staatsapparat:

obere Ebene	1	mittlere Mitte	19
obere Mitte	64	untere Mitte	2

Parteiapparat und Massenorganisationen:

obere Ebene	3		
obere Mitte	7	mittlere Mitte	13

Wirtschaft:

obere Mitte	2		
mittlere Mitte	6	untere Mitte	1

kulturell-sozialer Sektor:

obere Mitte	8	mittlere Mitte	1
unbekannt:	6		

Dauer der Zugehörigkeit zum Ministerrat:

Die durchschnittliche Dauer der Zugehörigkeit zum Ministerrat beträgt fast 5 Jahre (4,77). Läßt man die etwa 25% der Mitglieder, die dem Ministerrat weniger als 2 Jahre angehörten, unberücksichtigt, so erhöht sich die durchschnittliche Zugehörigkeitsdauer auf 6 Jahre (104 Personen).

Alter bei Berufung und bei Abberufung aus dem Ministerrat:

	bei Berufung	bei Abberufung (100 Personen)
bis 30 Jahre	4	2
31-35 Jahre	14	3
36-40 Jahre	31	14
41-45 Jahre	25	14
46-50 Jahre	22	17
51-55 Jahre	25	16
56-60 Jahre	8	16
61-65 Jahre	6	10
66-70 Jahre	2	5
über 71 Jahre	-	2
unbekannt	2	1

(39 Personen sind noch Mitglied)

Das Durchschnittsalter bei der Berufung betrug 43-47 Jahre, bei der Abberufung 48,5-52,5 Jahre.

Position nach Abberufung aus dem Ministerrat:

Staatsapparat:

obere Ebene	1	mittlere Mitte	16
obere Mitte	25	untere Mitte	1

Parteiapparat und Massenorganisationen:

obere Ebene	3		
obere Mitte	1	mittlere Mitte	1

Wirtschaft:

obere Mitte	2		
mittlere Mitte	3	untere Mitte	1

kulturell-sozialer Sektor:

obere Mitte	4	mittlere Mitte	6
-------------	---	----------------	---

15 überwiegend ältere Personen hatten anschließend nur noch Ehrenämter inne, 2 wurden Pensionäre, 4 befanden sich in Haft⁷², 9 starben während ihrer Amtszeit, und bei 6 Personen ist die spätere Position unbekannt.

Mitgliedschaft in der Volkskammer 71

Mitgliedschaft im ZK 55

Mitgliedschaft im Politbüro 18

⁷² Es handelt sich hier um:

1. Rudolf Albrecht, DBD, Staatssekretär für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, verhaftet im Dezember 1952, Haftentlassungstermin unbekannt;
2. Georg Dertinger, CDU, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, verhaftet im Januar 1953, entlassen Juni 1960;
3. Max Fehner, SED (früher SPD), Minister der Justiz, verhaftet im Juli 1953, entlassen April 1956;
4. Karl Hamann, LDPD, Minister für Handel und Versorgung, verhaftet im Dezember 1952, entlassen Oktober 1956.

Die Provisorische Regierung der DDR von Oktober 1949 bis November 1950

Bei der Gründung der Provisorischen Regierung wurden zunächst der Ministerpräsident, 3 Stellvertreter des Ministerpräsidenten und 14 Minister berufen. Bereits im Februar 1950 wurde zusätzlich das Ministerium für Staatssicherheit gegründet, so daß die Regierung nun aus 19 Mitgliedern bestand.

Das Durchschnittsalter dieser 19 Personen betrug 1950 54,8 Jahre, was beträchtlich über dem Durchschnittsalter für den Gesamtzeitraum liegt (43–47 Jahre). Neun von ihnen gehörten der SED an, 4 der CDU, 3 der LDPD und je 1 der NDPD und der DBD, das 19. Mitglied (Reingruber) war parteilos. Die Vertreter der NDPD (Bolz) und der DBD (Goldenbaum) waren allerdings vor 1933 KPD-Mitglieder gewesen, Goldenbaum sogar als hauptamtlicher Funktionär und KPD-Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Schwerin. Außerdem fällt auf, daß alle drei in der Untersuchungsgruppe vorkommenden langjährigen SPD-Mitglieder im Ministerrat bereits der Provisorischen Regierung angehörten, nämlich Fechner, Grotewohl und Steinhoff. Von ihnen konnte nur Grotewohl seine Position auf die Dauer halten, während Steinhoff und Fechner 1952 bzw. 1953 abgelöst wurden.

Sechs der 19 Regierungsmitglieder hatten ein abgeschlossenes Studium absolviert, allerdings kann man davon nur zwei als Experten entsprechend der hier verwandten Kriterien einstufen, nämlich Hamann (Diplom-Landwirt) und Reingruber (Diplom-Ingenieur), die anderen waren Juristen. Zehn von ihnen kamen aus dem zuvor schon bestehenden Staatsapparat, davon sieben aus dem zentralen Staatsapparat (DWK, Zentralverwaltung) und drei aus den Länderverwaltungen. Dertinger kam aus dem Parteiapparat der CDU, Hamann aus dem der LDPD, Reingruber war vorher Professor für Bauwesen. Die sechs übrigen Regierungsmitglieder sind in ihrer vorherigen Position keinem Sektor direkt zuzuordnen und hatten beim Aufbau der DDR gleichzeitig mehrere wichtige Ämter innegehabt. Es sind die fünf Parteivorsitzenden Bolz (NDPD), Goldenbaum (DBD), Grotewohl (SED), Kastner (LDPD), und Nuschke (CDU) sowie Ulbricht, der Stellvertretende Vorsitzende der SED.

Der Ministerrat im November 1950

Von den Mitgliedern der Provisorischen Regierung wurden zwei nicht mehr in den im November 1950 neu gegründeten Ministerrat aufgenommen, nämlich Kastner (LDPD), der bereits im Juli 1950 als Stell-

vertreter des Ministerpräsidenten abberufen worden war, und Goldenbaum (DBD), der im November 1950 durch Paul Scholz (DBD) abgelöst wurde. Während Kastner in Ungnade fiel und wegen mehrerer Skandalaffären sowohl sein Ministeramt als auch seine LDPD-Mitgliedschaft verlor und 1956 in die BRD ging, blieb Goldenbaum Vorsitzender der DBD und Vizepräsident der Volkskammer und hat bis heute zahlreiche Ehrenämter inne.

Neun Mitglieder wurden neu in den Ministerrat aufgenommen. Von ihnen löste nur einer (Paul Scholz) einen alten Minister ab, die anderen übernahmen neugeschaffene Ämter: zwei Ministerien waren aufgegliedert worden, nämlich das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen in zwei und das Ministerium für Industrie in drei neue Ministerien. Neben diesen drei neuen Ministerposten waren die Staatssekretärsposten in vier neugeschaffenen Staatssekretariaten mit eigenem Geschäftsbereich besetzt und außerdem der Vorsitzende der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle in den Ministerrat berufen worden. Das durchschnittliche Alter der Neuaufgenommenen betrug 43,2 Jahre, lag also um über 10 Jahre unter dem der Mitglieder der Provisorischen Regierung. Der neue Ministerrat umfaßte damit 26 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 50,5 Jahren. Von den neu aufgenommenen Mitgliedern gehörten sechs der SED an, eines der NDPD und zwei der DBD, womit sich der Anteil der SED-Mitglieder im Ministerrat beträchtlich erhöhte (von neun auf fünfzehn Personen). Von den SED-Mitgliedern gehörten zehn zugleich dem ZK und vier (Grotewohl, Rau, Ulbricht, Zaisser) dem Politbüro an. Der Anteil der Experten im Ministerrat war durch die neuen Berufungen nicht gestiegen, obwohl es sich bis auf die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle bei den neugeschaffenen Ministerien und Staatssekretariaten um mehr fachliche als eigentlich politische Positionen handelte, nämlich die Ministerien für Arbeit, für Leichtmaschinen- und für Maschinenbau, sowie die Staatssekretariate für Berufsausbildung, für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft und für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Sechs der neuen Mitglieder kamen aus der oberen und mittleren Mitte des Staatsapparates, 3 aus der oberen und mittleren Mitte des Parteiapparates.

Der Ministerrat von Dezember 1950 bis Juni 1953

Im November 1951, Mai 1952 und April 1953 fanden jeweils größere organisatorische Veränderungen statt, bei denen teils durch Teilung, teils durch Neugründung von Ministerien bzw. Staatssekretariaten mit eige-

nem Geschäftsbereich die Berufung neuer Ministerratsmitglieder notwendig wurde, so daß zum Zeitpunkt der größten organisatorischen Differenzierung, im Juni 1953, der Ministerrat 40 Mitglieder umfaßte.

Von den organisatorischen Veränderungen ist besonders die vom Mai 1952 von Bedeutung, da sie durch das »Gesetz über die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik« eine gesetzliche Grundlage bekam und auch die einschneidendsten Änderungen mit sich brachte. Die Zahl der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, die bereits im November 1950 von drei auf fünf erhöht worden waren, stieg nun auf sechs. Es wurde auch bestimmt, daß die Staatssekretäre mit eigenem Geschäftsbereich mit beschließender Stimme an den Sitzungen des Ministerrates teilnehmen sollten (ob dies schon vorher der Fall war, konnte nicht ermittelt werden, ist aber wahrscheinlich). Am wesentlichsten aber war der § 7 des neuen Gesetzes, der die Regierung »ermächtigt und beauftragt, ihre Struktur den Erfordernissen der Wirtschaftspläne durch eigene Entschlüsse anzugewöhnen⁷³«. Zugleich wurden fünf Koordinierungs- und Kontrollstellen gegründet, deren Leiter Ministerratsmitglieder waren⁷⁴.

Ohne weitere gesetzliche Grundlage wurde dann im Juli 1952 das Präsidium des Ministerrates gegründet, dem neben dem Ministerpräsidenten und seinen Stellvertretern auch die Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstellen sowie einige weitere Minister angehörten.

Zwischen November 1950 und Juni 1953 waren sechs Mitglieder des Ministerrates ausgeschieden und 20 neu aufgenommen worden. Von den Ausgeschiedenen wurden drei verhaftet (Albrecht, DBD; Dertinger, CDU; Hamann, LDPD), zwei wurden abgelöst (Handke, SED; Steinhoff, SED) und einer verlor sein Ministeramt bei der Aufgliederung seines Ministeriums (Reingruber, ptl.). Handke erhielt eine Position der oberen Mitte im Staatsapparat, er wurde zunächst Botschafter in Rumänien, später stellvertretender Außenminister. Für seine Ablösung dürften vor allem Alters- und Gesundheitsgründe maßgebend gewesen sein – er war bereits 58 Jahre alt und hatte von 1934 bis 1945 in Zuchthäusern und KZs gesessen, davon sieben Jahre in Einzelhaft.

Steinhoff, der aus der SPD gekommen war, war ebenfalls bereits 60 Jahre alt und wurde anschließend Professor für Verwaltungsrecht und Institutsdirektor an der Humboldt-Universität. Seine Ausschaltung hatte be-

⁷³ SBZ von 1945 bis 1954. Eine chronologische Übersicht. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, 1956, S. 190/191

⁷⁴ Es waren dies: Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane (Werner Eggerath, SED), für Binnenhandel (Herbert Strampfer, SED), für Industrie und Verkehr (Heinrich Rau, SED), für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (Paul Scholz, DBD), für Unterricht, Wissenschaft und Kunst (Paul Wandel, SED).

reits 1950 begonnen, als er nicht mehr in das Politbüro gewählt worden war, während er noch bis 1954 dem ZK angehörte. Reingruber, der einzige parteilose Minister, war bei seiner Ablösung bereits 65 Jahre alt und kehrte anschließend wieder auf seinen Lehrstuhl für Eisenbahn- und Verkehrswesen an der TH Dresden zurück. Die drei Verhafteten gehörten alle nicht der SED an. Von ihnen war nur Hamann ein Fachmann. Schenk ist der Meinung, daß er zum Sündenbock für bestehende Versorgungsschwierigkeiten gemacht wurde⁷⁵.

Von den verbleibenden 20 Ministerratsmitgliedern gehörten 13 der SED, 3 der CDU, 2 der NDPD und je einer der DBD und der LDPD an. Die neu Aufgenommenen verteilten sich folgendermaßen auf die Parteien: SED 18, CDU und DBD je 1. Damit gehörten 31 der 40 Ministerratsmitglieder der SED an. Das Durchschnittsalter der Berufenen betrug 44,2 Jahre, das aller Mitglieder 48,5 Jahre, was eine weitere Senkung gegenüber der vorhergehenden Regierung bedeutet.

Von den neu Berufenen hatten 6 eine Fachschulausbildung im oben definierten Sinne, 2 davon sogar ein abgeschlossenes Studium (Harig als Diplom-Physiker und Dr. Werner Winkler als Chemiker). Die neuen Mitglieder kamen vorwiegend (14 von 20) aus dem Staatsapparat, wo sie Positionen der oberen und mittleren Mitte innegehabt hatten. Zwei kamen aus den Apparaten der Parteien und Massenorganisationen, zwei aus der Wirtschaft, bei den letzten beiden ist die vorherige Position unbekannt.

Unter den 18 neu aufgenommenen SED-Mitgliedern gehörten nur drei dem ZK und zwei dem PB an, was einen Rückgang der ZK- und PB-Mitglieder im Ministerrat bedeutete.

Allerdings waren mit den fünf wirtschaftlichen Koordinierungs- und Kontrollstellen im Mai 1952 zugleich auch Organe zur Überwachung der sehr zahlreich gewordenen Fachministerien und -staatssekretariate geschaffen worden, die dem Ministerpräsidenten direkt unterstanden, und deren Leiter Mitglied des Präsidiums des Ministerrates waren. Sie hatten Anweisungsbefugnisse gegenüber den Fachministerien. Vier von ihnen wurden von SED-Mitgliedern geleitet, von denen zwei zugleich dem ZK und einer dem PB angehörte. Der Leiter der 5. Koordinierungsstelle, Paul Scholz, gehörte zwar der DBD an, war aber bis 1948 KPD/SED-Mitglied gewesen.

Eine ähnliche Funktion dürfte die Staatliche Kommission für Handel und Versorgung innegehabt haben, die im Dezember 1952 gegründet worden war, und deren Leiterin Elli Schmidt (SED) ebenfalls dem ZK und dem PB angehörte.

⁷⁵ Schenk, a. a. O., S. 51

Es zeigt sich also deutlich einerseits ein Dezentralisierungsprozeß mit der Aufgliederung und Neukonstituierung verschiedener Organe des Ministerrates, andererseits ein gleichzeitiger Konzentrationsprozeß durch die Einrichtung von übergeordneten Koordinierungsstellen. In dieser Zeit traten aber sachliche Gesichtspunkte etwas mehr in den Vordergrund, was sich schon darin zeigt, daß nur zwei der neu aufgenommenen Ministerratsmitglieder aus dem Parteiapparat, 14 dagegen aus dem Staatsapparat und zwei aus der Wirtschaft kamen.

Der Ministerrat von Juli 1953 bis November 1954

Nach dem 17. Juni 1953 und den gleichzeitigen Auseinandersetzungen im Politbüro (Zaisser-Herrnstadt-Affäre⁷⁶) zeigte sich eine Veränderung der Politik im Staatsapparat und wiederum ein verstärkter Zentralisierungsprozeß. Bereits im Juli 1953 wurde Wilhelm Zaisser als einer der Hauptgegner von Ulbricht als Minister für Staatssicherheit abgelöst. Offensichtlich wurde aber nicht nur die Person, sondern auch das Amt für gefährlich gehalten. Um Verselbständigungstendenzen des Ministeriums entgegenzuwirken, wurde es in ein Staatssekretariat für Staatssicherheit umgewandelt und in das Innenministerium eingegliedert. Ebenfalls im Juli 1953 wurde Max Fechner (SED, früher SPD) als Justizminister durch Hilde Benjamin (SED, Altkommunistin seit 1927) abgelöst und Bernd Weinberger als Minister für Transportmittel- und Landmaschinenbau abberufen, ohne daß ein Nachfolger für ihn ernannt wurde. Bis Februar 1954 wurden sämtliche Koordinierungs- und Kontrollstellen sowie die Staatliche Kommission für Handel und Versorgung aufgelöst. Die Mini-

⁷⁶ Wilhelm Zaisser, Minister für Staatssicherheit, und Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur des »Neuen Deutschlands«, waren im Politbüro Wortführer einer Gruppe, die im Zusammenhang mit der Proklamation des »Neuen Kurses« durch die neue Führungsspitze der KPdSU nach dem Tod Stalins, in der DDR u. a. eine bessere Versorgung der Bevölkerung und eine neue Deutschlandpolitik (Neutralisierung Gesamtdeutschlands) anstrebte. Zaisser und Herrnstadt hatten zunächst die Unterstützung der KPdSU-Führung und fast der Hälfte der Politbüromitglieder (u. a. Elli Schmidt, Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Handel und Versorgung; Anton Ackermann, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; Hans Jendretzky, Erster Sekretär der Berliner SED-Bezirksleitung). Ihr parteiinternes Ziel war die Ablösung Ulbrichts von seinem Amt als Erster ZK-Sekretär. In dieser Situation kam Ulbricht der Aufstand vom 17. Juni zu Hilfe, der der KPdSU-Führung das Ausmaß der Unbeliebtheit der SED-Herrschaft in der DDR zeigte und sie zum militärischen Eingreifen und der Unterstützung Ulbrichts zwang. In der Folge wurden Zaisser, Herrnstadt und ihre Anhänger wegen »partei-feindlicher Fraktionsbildung« kritisiert und aus dem Politbüro, bzw. ZK sowie teilweise sogar aus der SED ausgeschlossen. Vgl. Richert, Die DDR-Elite, a. a. O., S. 17 f.

sterien für Allgemeinen Maschinenbau, für Transportmittel- und Landmaschinenbau und für Schwermaschinenbau wurden wieder zum Ministerium für Maschinenbau zusammengefaßt, ebenso das Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau mit den Staatssekretariaten für Chemie, für Energie und für Kohle zum Ministerium für Schwerindustrie. Dieser Konzentrationsprozeß fand seinen Höhepunkt und Abschluß im November 1954, als aus dem Ministerium für Eisenbahnwesen und den Staatssekretariaten für Kraftverkehr und Straßenwesen sowie für Schifffahrt wieder ein Ministerium für Verkehrswesen gebildet, und das Ministerium für Arbeit mit dem Staatssekretariat für Berufsausbildung zum Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung vereinigt wurde. Die Zahl der Mitglieder des Ministerrates sank in dieser Zeit von 40 auf 28.

Die Hälfte der Ministerratsmitglieder behielt ihre Position. Es handelte sich dabei durchweg um langjährige Mitglieder, deren gesamte Amtszeit zwischen 5,1 und 17,9 Jahren variierte. Ihr Durchschnittsalter betrug 1954 51,6 Jahre. Aus diesen Daten ergibt sich bereits, daß es sich überwiegend um ältere, zuverlässige Regierungsmitglieder handelte, von denen neun bereits der Provisorischen Regierung angehört hatten und fünf weitere im November 1950 berufen worden waren.

13 von ihnen waren SED-Mitglieder, davon gehörten 8 zugleich dem ZK und 5 sogar dem Politbüro an. Ebenfalls 13 waren Altkommunisten, darunter allerdings auch Lothar Bolz und Paul Scholz, die inzwischen der NDPD bzw. der DBD angehörten.

Das Durchschnittsalter der 20 aus dem Ministerrat ausgeschiedenen Personen betrug 1954 47,3 Jahre, lag also um über 4 Jahre unter dem der weiterhin amtierenden Mitglieder. 11 von ihnen waren Altkommunisten, von denen 4 (Elli Schmidt, Bernd Weinberger, Else und Wilhelm Zaisser) im Zusammenhang mit der Zaisser-Herrnstadt-Affäre abberufen und beruflich degradiert wurden. Zwei weitere Altkommunisten, Max Fritsch und Roman Chwalek erhielten ebenfalls nur sehr viel bedeutungslosere Positionen, es ist aber unbekannt, ob dies aus politischen oder fachlichen Gründen erfolgte.

eggerath und Gregor (ebenfalls langjährige KPD/SED-Mitglieder) waren anschließend in Positionen der oberen Mitte des Staatsapparates tätig. Dieser Positionswechsel von der oberen Ebene zur oberen Mitte des Staatsapparates kann aber nicht als berufliche Degradierung angesehen werden, da es bei den häufigen organisatorischen Umstrukturierungen des Ministerrates oft vorkam, und weniger den Personen als den Ämtern galt. Dafür spricht schon, daß Gregor 1958 wieder in den Ministerrat berufen wurde. Wollweber wurde Staatssekretär für Staatssicherheit, womit er zwar nicht mehr Mitglied des Ministerrates war, aber ein wesentlich wichtigeres, wenn auch unselbständiges Staatssekretariat leitete als vorher, das überdies be-

reits 1955 wieder in ein Ministerium umgewandelt wurde. Für Wandel und Ziller dagegen bedeutete das Ausscheiden aus dem Ministerrat einen Aufstieg in die obere Ebene des Parteiapparates als ZK-Sekretär.

Von den übrigen 9 Ausgeschiedenen wurde nur einer politisch degradiert, nämlich der aus der SPD gekommene Justizminister Max Fechner im Zusammenhang mit den Ereignissen am 17. Juni 1953. 5 von ihnen hatten anschließend Positionen der oberen Mitte inne, was ähnlich wie bei Gregor und Eggerath einen normalen Vorgang im Verlauf der häufigen organisatorischen Veränderungen darstellte und wahrscheinlich auch durch die in dieser Arbeit verwandte Kategorienbildung bedingt ist, die nur Positionen im Ministerrat als Positionen der oberen Ebene qualifiziert, obwohl von der Tätigkeit her wahrscheinlich ein Staatssekretärposten einem Ministerposten fast ebenbürtig ist. Dafür spricht auch schon, daß von den 20 Ausgeschiedenen 5 später wieder Positionen im Ministerrat erhielten. 3 weitere der 9 ausgeschiedenen Nicht-Altkommunisten waren anschließend in Positionen der mittleren Mitte tätig.

Die 8 neu aufgenommenen Mitglieder hatten 1954 ein Durchschnittsalter von 47,6 Jahren, unterschieden sich darin also nicht von den Ausgeschiedenen. Sie gehörten mit Ausnahme von Heinz Winkler (CDU), dem neuen Minister für Aufbau, alle der SED an. 3 davon waren Altkommunisten, ein weiteres neues Mitglied (Greta Kuckhoff) war im Zweiten Weltkrieg Mitglied der »Roten Kapelle« gewesen und hatte damit bereits eng mit der KPD zusammengearbeitet. 3 der Neuaufgenommenen können als Experten gelten (Erwin Kramer war Diplomingenieur, Greta Kuckhoff Diplom-Volkswirt, Heinz Winkler Architekt).

Unter den neu aufgenommenen SED-Mitgliedern gehörte keines dem Politbüro an und nur 3 dem ZK.

3 der 8 neuen Mitglieder kamen aus der oberen Mitte des Staatsapparates, je eines aus der mittleren Mitte der Wirtschaft (Winkler), der Massenorganisationen (Macher), und des Staatsapparates (Kasten als Oberbürgermeister von Rostock), bei einem ist die vorherige Position unbekannt (Kurt Stoph). Johannes R. Bechers berufliche Position (Schriftsteller und Präsident des Kulturbundes sowie der Deutschen Akademie der Künste) kann in die hier benutzten Kategorien nicht eingeordnet werden, da seine Hauptleistungen in seiner schriftstellerischen Tätigkeit bestanden, die keinem der institutionellen, hierarchisch gegliederten Sektoren zugeordnet werden kann.

Insgesamt hatten die Mitglieder des Ministerrates vom November 1954 ein Durchschnittsalter von 50,5 Jahren, es hatte sich also gegenüber dem Ministerrat vom Juni 1953 um etwa zwei Jahre erhöht. Die Zahl der SED-Mitglieder war von 31 auf 20 gesunken, was auch eine relative Senkung bedeutete von etwa drei Viertel auf zwei Drittel der gesamten

Ministerratsmitglieder. Vier weitere Ministerratsmitglieder gehörten der CDU, zwei der NDPD, je eines der LDPD und der DBD an. Von den 20 SED-Mitgliedern waren 11 zugleich im ZK und 5 im Politbüro. Damit ist der Ministerrat im November 1954 eher dem vom November 1950 als dem vom Juni 1953 ähnlich, sowohl was die Anzahl der Mitglieder als auch was das Durchschnittsalter betrifft, nur war die Anzahl der Nicht-SED-Mitglieder von 11 auf 8 gesunken.

Der Ministerrat von Dezember 1954 bis Dezember 1956

Bereits im April 1955 wurde im Ministerrat ein neuer Differenzierungsprozeß durch die Wiederaufgliederung des Ministeriums für Maschinenbau in zwei Ministerien (für Allgemeinen Maschinenbau und für Schwermaschinenbau) eingeleitet. Im November 1955 beschloß das Präsidium des Ministerrates weitere Maßnahmen zur »Verstärkung und Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates« und erließ eine neue Arbeitsordnung für den Ministerrat. Neben der Erhöhung der Zahl der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates von 7 auf 10 wurden 3 mit wirtschaftspolitischen Aufgaben befaßten Kommissionen neu gebildet, die von je einem Stellvertreter des Vorsitzenden geleitet wurden. Außerdem wurde das Ministerium für Schwerindustrie wieder in 3 selbständige Ministerien aufgliedert – für Berg- und Hüttenwesen, für Chemische Industrie und für Kohle und Energie – und das Staatssekretariat für Staatssicherheit wieder zum Ministerium erhoben. Im Januar 1956 wurde dann noch das Ministerium für Nationale Verteidigung gegründet.

Richert⁷⁷ beurteilte damals als wesentlichste dieser Maßnahmen die Schaffung der 3 Kommissionen – für Fragen der Konsumgüterproduktion und der Versorgung der Bevölkerung, für Fragen der Landwirtschaft und für Industrie und Verkehr – unter Leitung von Fred Oelßner (SED), Paul Scholz (DBD) und Fritz Selbmann (SED). Er sah eine Ähnlichkeit zwischen ihnen und den 1952/53 bestehenden 5 Koordinierungs- und Kontrollstellen lediglich insofern, als sich in der Einrichtung von solchen Zentralinstanzen das Bedürfnis nach einer Straffung der Führung ausdrückt, meinte aber, die Begleiterscheinungen beider Maßnahmen seien sehr unterschiedlich gewesen. Während 1952 gleichzeitig die Kompetenzen der regionalen Staatsorgane durch die Verwaltungsreform beschnitten wurden, fand 1955 eine Dezentralisierung des Verwaltungsapparates statt, u. a.

⁷⁷ Richert, Ernst, der Staatsapparat der »DDR« im Umbau. Ökonomischer Pragmatismus im Vordergrund, in: SBZ-Archiv 2/1956, S. 25–27

mit der Übertragung von Ermessensbefugnissen an die Bezirks- und Kreisräte.

In den beiden Jahren 1955 und 1956 wurden keine Ministerratsmitglieder abberufen⁷⁸, sondern es kamen 10 neue Mitglieder dazu, mit denen der Ministerrat schließlich 37 Personen umfaßte.

Von den 10 neu aufgenommenen Personen mit einem Durchschnittsalter (1956) von 46,1 Jahren, das also beträchtlich unter dem der bereits im November 1954 amtierenden Mitglieder lag (6 Jahre), gehörten 8 der SED an, einer (Erich Apel) war zu dieser Zeit noch parteilos, trat aber 1957 der SED bei, und einer (Hans Reichelt) war Mitglied der DBD. Als Experten sind 5 der 10 Personen zu bezeichnen (Erich Apel, Fred Oelßner, Hans Reichelt, Rudolf Steinwand und Werner Winkler). Auch Wollweber als Absolvent einer Militärschule kann als fachlich vorgebildet gelten. Bei 2 Personen ist die Ausbildung unbekannt, 2 hatten keine Fachausbildung, allerdings waren die letzteren auch nicht mit Fachaufgaben beschäftigt – Maron als Minister des Innern und Peplinski als Staatssekretär für Angelegenheiten der örtlichen Räte.

Bis auf Reichelt kamen alle 6 mit fachlichen Ressorts betrauten Minister aus der oberen Mitte des Staatsapparates, d. h. sie hatten bereits Erfahrung mit den anstehenden Aufgaben. Reichelt war 1953 bereits kurze Zeit Minister für Land- und Forstwirtschaft gewesen und hatte 1954/55 dann die Zentralschule für Agrarpolitik des ZK besucht und sich damit fachlich qualifiziert. Ebenfalls aus dem Staatsapparat kamen Maron und Wollweber (obere Mitte) und Peplinski (mittlere Mitte). Nur Oelßner wurde aus dem Parteiapparat übernommen, wo er vorher ZK-Sekretär (obere Ebene) gewesen war.

Von den insgesamt 37 Personen, die der Ministerrat Ende 1956 umfaßte, hatten damit 8 eine technisch-wirtschaftliche Fachausbildung. Ihr Durchschnittsalter betrug 51 Jahre, entsprach also dem vom November 1954, denn die Verjüngung durch die 10 neuen Mitglieder wog nicht auf, daß die 27 weiterhin amtierenden Mitglieder inzwischen zwei Jahre älter geworden waren.

⁷⁸ In einem Fall fehlen allerdings ausreichende Informationen für diese Feststellung, nämlich im Fall des Staatssekretärs für die Verwaltung der Staatsreserven Kurt Stoph (SED). Bei ihm ist unbekannt, wann er aus dem Ministerrat abberufen wurde, bzw. seit wann das von ihm geleitete Staatssekretariat nicht mehr im Ministerrat vertreten war (beides scheint bereits vor Dezember 1956 der Fall gewesen zu sein).

Im April 1957 fand eine weitere organisatorische Veränderung statt, die von Carola Stern für bedeutsam gehalten wurde, nämlich die Gründung eines Wirtschaftsrates beim Ministerrat. Sein Vorsitzender wurde Leuschner, Mitglieder waren außerdem Oelßner, Rau, Rumpf, Scholz und Selbmann. Mit Ausnahme von Scholz gehörten sie der SED und zugleich dem ZK an, Leuschner, Oelßner und Rau sogar dem Politbüro. Vermutlich wurden zugleich die 3 Kommissionen aufgelöst, da ihre Leiter nun Mitglieder des Wirtschaftsrates waren⁷⁹. »Vorerst soll der Wirtschaftsrat als zentrales Koordinierungsorgan sowohl die Planausarbeitung als auch die Planverwirklichung und die Kontrolle über die Planerfüllung überwachen und damit ‚eine einheitliche umfassende Leitung des gesamten Wirtschaftsablaufs‘ gewährleisten. Gleichzeitig wird ihm das Recht zugestanden, wenn nötig kurzfristig Korrekturen an den Wirtschaftsplänen vorzunehmen und solche Planziffern zu verändern, die nicht den Realitäten entsprechen, sowie unter Ausschaltung des bisherigen umständlichen Instanzenweges über die schnelle Zuteilung materieller und finanzieller Mittel und über Sofortmaßnahmen zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu entscheiden⁸⁰.«

Das bedeutete eine Konzentration von Befugnissen für die Wirtschaftspolitik auf die mit den wichtigsten wirtschaftlichen Ressorts befaßten Ministerratsmitglieder und eine Ausschaltung der anderen Präsidiumsmitglieder aus den wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Die Tätigkeit der 3 Kommissionen und anschließend des Wirtschaftsrates ermöglichte eine ökonomische Konsolidierung und hohe Zuwachsraten in der DDR-Volkswirtschaft. Zwar hatte von den Mitgliedern des Wirtschaftsrates außer Oelßner keiner eine Fachausbildung, aber die übrigen Mitglieder verfügten über eine langjährige Erfahrung in der Wirtschaftsplanung und -verwaltung, die sie in diesem selbständig entscheidenden Gremium erfolgreich einzusetzen und zu koordinieren verstanden. Sie setzten sich für eine in erster Linie durch sachliche Gesichtspunkte bestimmte, pragmatische Wirtschaftspolitik ein und gerieten schließlich in Konflikt mit der SED-Führungsgruppe um Ulbricht, die den Primat der Partei gegenüber der Wirtschaftsführung betonte. Dieser

⁷⁹ Carola Stern schließt dies daraus, daß Leuschner auf der 30. ZK-Tagung Ende Januar 1957 nach einer anerkennenden Beurteilung der Tätigkeit der 3 Kommissionen erklärt hatte, daß nunmehr neue organisatorische Formen für die zentrale Lenkung der Wirtschaft gefunden werden müßten (vgl. Stern, Carola, Wirtschaftskabinett in der Sowjetzone, in: SBZ-Archiv 9/1957, S. 129/130). Ein entsprechender Beschluß wurde anscheinend nicht veröffentlicht, jedenfalls wird er in den benutzten Quellen nirgends erwähnt.

⁸⁰ Stern, Wirtschaftskabinett in der Sowjetzone, a. a. O., S. 129

Konflikt war Bestandteil einer letzten großen Auseinandersetzung im Politbüro zwischen Ulbricht und seinen Anhängern einerseits und einer auf Ablösung Ulbrichts hinarbeitenden Gruppe andererseits, und auch diesmal setzte sich Ulbricht durch (wie schon 1953 in der Auseinandersetzung mit Zaisser und Herrstadt, s. S. 38)⁸¹. Seine Gegner verloren ihre Partei- und Staatsmänner, der Wirtschaftsrat wurde Anfang 1958 aufgelöst, Oelßner, Selbmann und Wollweber als Wortführer der Opposition gegen Ulbricht in der Staatsführung aus dem Ministerrat abberufen.

Mit dem Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates vom 11. 2. 1958 wurde dann wieder ein Zentralisierungs- und Konzentrationsprozeß im Ministerrat eingeleitet, allerdings gekoppelt mit einem Dezentralisierungsprozeß auf unterer Ebene (Kompetenzübertragung an regionale und untergeordnete Dienststellen in der Verwaltung sowie an die Wirtschaftsführung). Ziel der Maßnahmen war die Einheit von straffer zentraler Planung und Leitung und größtmöglicher Teilnahme der Werktätigen an der Lenkung von Staat und Wirtschaft⁸².

Die Befugnisse der Staatlichen Plankommission wurden auf die Wirtschaftsleitung ausgedehnt, während sie bisher nur die Planung betreut hatte. Zugleich sollten 8 Produktionsministerien und das Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft aufgelöst werden. Ihre Aufgaben wurden teils von den wieder zu selbständigen wirtschaftlichen Einheiten gemachten Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), den Wirtschaftsräten der Bezirke und teils – was die grundsätzlichen, zentral zu lösenden Aufgaben betraf – von der Staatlichen Plankommission übernommen. Die neugebildeten Wirtschaftsräte der Bezirke erhielten eine doppelte Unterstellung, nämlich unter die Staatliche Plankommission und unter die Räte der Bezirke. Damit waren alle zentralen wirtschaftlichen Aufgaben bei der Staatlichen Plankommission konzentriert, die nun die Funktion eines Wirtschaftskabinetts übernahm, denn ihr gehörten auch einige Fachminister an. Die Auflösung der Produktionsministerien wurde mit Wirkung vom 1. 8. 1958 durchgeführt. Damit war der Ministerrat bereits um 9 Personen verkleinert worden. Dieser Konzentrationsprozeß wurde durch die Regierungsbildung im Dezember 1958 noch verstärkt.

⁸¹ Im Politbüro gehörten zu dieser Gruppe: Fred Oelßner, Mitglied des Wirtschaftsrates; Karl Schirdewan, ZK-Sekretär für Kader und Stellvertreter Ulbrichts; Gerhart Ziller, ZK-Sekretär für Wirtschaft. Prominente ZK-Mitglieder waren Ernst Wollweber, Minister für Staatssicherheit und Fritz Selbmann, Mitglied des Wirtschaftsrates. Ziller beging im Dezember 1957 Selbstmord, die übrigen wurden auf der 35. ZK-Sitzung im Februar 1958 aus dem ZK ausgeschlossen.

⁸² SBZ von 1957–1958. Eine chronologische Übersicht. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1960, S. 184–187

Bei der Regierungsbildung im Dezember 1958 wurde der Ministerrat noch weiter verkleinert. Staatssekretariate mit eigenem Geschäftsbereich und andere Regierungsorgane waren mit Ausnahme des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen und der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle nicht mehr vertreten. Dafür wurde der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission als Mitglied des Ministerrates berufen. Selbst das Präsidium wurde verkleinert und auf den Vorsitzenden und seine 8 Stellvertreter beschränkt (im Dezember 1956 hatten ihm noch der Vorsitzende, seine 10 Stellvertreter und 3 weitere Minister angehört). Durch alle genannten Maßnahmen zusammen war der Ministerrat 1957 und 1958 von 37 auf 23 Mitglieder geschrumpft.

Zwischen Dezember 1956 und Dezember 1958 schieden 22 der ursprünglich 37 Personen aus, 3 weitere, die in der Zwischenzeit berufen worden waren, wurden im Dezember 1958 ebenfalls abberufen. Das Durchschnittsalter dieser 25 Personen betrug 1958 51,4 Jahre. (Der Homogenität der Zahlen wegen wurde auch bei Nuschke, der bereits 1957 starb, das Jahr 1958 bei der Berechnung zugrundegelegt.) Bei den Ausgeschiedenen lassen sich 3 Hauptgruppen unterscheiden:

a) die im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Schirde-
wan-Fraktion Abberufenen (s. S. 44). Es handelt sich hierbei um Oelßner,
Selbmann und Wollweber und 2 weitere Personen, deren Zugehörigkeit
zu dieser Gruppierung zwar fraglich ist, die aber ebenfalls wegen
politisch abweichendem Verhalten abberufen wurden, nämlich Greta
Kuckhoff, die Präsidentin der Deutschen Notenbank und Fritz Lange,
der Minister für Volksbildung. Ihr Durchschnittsalter lag mit 58 Jahren
weit über dem der anderen Ausgeschiedenen. Sie alle waren SED-Mit-
glieder und Altkommunisten, 4 von ihnen gehörten bis 1958 dem ZK,
Oelßner sogar dem Politbüro an. Bis auf Selbmann wurden sie entweder
pensioniert oder auf politisch völlig unbedeutende Ehrenämter abgeschoben.
Selbmann erhielt die Position eines Stellvertreters des Vorsitzenden
der Staatlichen Plankommission, was darauf hinweist, daß er trotz seines
Mangels an formaler Fachausbildung in der zentralen Wirtschaftsplanung
und -leitung wegen seiner fachlichen Qualifikation und Erfahrungen un-
entbehrlich war (er war später noch bis 1965 stellvertretender Vorsitzen-
der des Volkswirtschaftsrates).

b) die Leiter von wirtschaftlichen Ministerien und Staatssekretariaten, die
im Zusammenhang mit der Übertragung ihrer Befugnisse an die Staat-
liche Plankommission abberufen wurden, und deren Amt anschließend
nicht mehr im Ministerrat vertreten war. Das war bei 13 Personen der

Fall, die mit einem Durchschnittsalter von 45,5 Jahren wesentlich jünger als die Mitglieder der anderen Gruppen waren. 12 von ihnen waren SED-Mitglieder, 5 hatten eine technisch-wirtschaftlich-naturwissenschaftliche Fachausbildung, 3 davon sogar als Hochschulabsolventen. Sie waren bis auf eine Ausnahme auch weiterhin im Staatsapparat tätig, 6 in Positionen der oberen Mitte und 6 in solchen der mittleren Mitte, so daß man überwiegend nicht von einem großen Statusverlust sprechen kann. Nur Apel ging in den Parteiapparat als Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro, was einen Aufstieg in die obere Ebene bedeutete. 11 von ihnen waren vor und nach ihrer Abberufung aus dem Ministerrat mit wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigt.

c) von den übrigen 7 Ausgeschiedenen waren 3 gestorben (Becher, Nuschke und Heinz Winkler) und 4 in ihren Positionen abgelöst worden. Für die Ablösung Steidles dürften Altersgründe ausschlaggebend gewesen sein (er war 60 Jahre alt), bei den anderen 3 Abberufenen ist der Grund für die Ablösung unbekannt. 2 von ihnen (Peplinski und Streit) waren anschließend in Positionen der mittleren Mitte im Staatsapparat tätig, der Dritte (Gerhard Harig) wurde Professor für Geschichte der Naturwissenschaften, was er früher bereits gewesen war.

Unter den 15 im Ministerrat verbliebenen Personen befanden sich 10 SED- und 2 DBD-Mitglieder sowie je ein Mitglied der NDPD, LDPD und CDU. Nur 2 von ihnen waren erst nach der Regierungsbildung im November 1954 in den Ministerrat aufgenommen worden, die anderen amtierten länger, 6 sogar schon seit 1949. Ihr Durchschnittsalter betrug 1958 51,9 Jahre, unterschied sich also kaum vom Durchschnittsalter aller Abberufenen.

8 Mitglieder waren seit Januar 1957 neu in den Ministerrat aufgenommen worden, 4 davon bei der Regierungsbildung im Dezember 1958, 4 schon vorher. Sie waren 1958 durchschnittlich 50,5 Jahre alt, also 1,5 Jahre jünger als die bereits länger amtierenden Mitglieder. Nur einer (Max Sefrin - CDU) gehörte nicht der SED an, er war als Nachfolger für den verstorbenen Nuschke in den Ministerrat berufen worden, zunächst als Stellvertreter des Vorsitzenden, dann auch als Gesundheitsminister, wobei er den ausscheidenden Luitpold Steidle (ebenfalls CDU) ersetzte. 4 von ihnen hatten eine Fachausbildung, davon einer (Mielke) eine militärwissenschaftliche, 5 von ihnen kamen aus der oberen Mitte des Staatsapparates, einer aus der mittleren Mitte (es handelt sich hier um Ernst Scholz, der allerdings erst 1956 ein wirtschaftliches Studium abgeschlossen hatte und anschließend Sonderbeauftragter des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel in den arabischen Staaten gewesen war). Sefrin kam aus dem Parteiapparat der CDU und Lemnitz hatte als Rektor der Hochschule für Ökonomie in Karls-

horst eine Position der oberen Mitte im kulturell-sozialen Sektor innegehabt.

Der Ministerrat von Januar 1959 bis Februar 1961

Auch in dieser Periode wurde, wie schon in den beiden ersten Wahlperioden, der Ministerrat nach einem Zeitpunkt größter Aufgabenkonzentration bei der Regierungsbildung im Verlauf der nächsten Jahre wieder vergrößert, allerdings nicht so stark – die Mitgliederzahl nahm nur um 3 Personen zu – und auch auf eine andere Weise, da keine Ministerien aufgegliedert wurden, sondern 2 neue Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates (mit besonderem Aufgabenbereich, aber ohne Fachressort) sowie ein zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission berufen wurden.

4 Personen schieden in diesem Zeitraum aus dem Ministerrat aus. Von ihnen wurden 2 abgelöst (Gregor und Wach), Loch starb im Juli 1960 und Ulbricht schied aus, als er im September 1960 den Vorsitz im neugebildeten Staatsrat übernahm. Gregor blieb in einer Position der oberen Mitte als Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, ab Juli 1961 des Volkswirtschaftsrates, während der Verbleib von Wach unbekannt ist.

Von den 7 neu aufgenommenen Mitgliedern gehörte nur Max Suhrbier (LDPD) nicht der SED an. (Er wurde Nachfolger von Hans Loch im Präsidium des Ministerrates.) 2 von ihnen hatten eine Fachausbildung, und bis auf Hans Bentzien, der Sekretär für Kultur und Volksbildung der SED-Bezirksleitung Halle gewesen war, kamen alle aus der oberen Mitte des Staatsapparates.

Insgesamt änderte sich in dieser Zeit nicht viel in der Struktur des Ministerrates, und diese Tatsache wird erst interessant, wenn man diese relative Kontinuität mit der grundlegenden Umstrukturierung der kommenden zweieinhalb Jahre vergleicht.

Der Ministerrat von März 1961 bis Juli 1962

Zwar wurde im Juli 1961 die gesamte zentrale Wirtschaftsplanung und -leitung umstrukturiert, für den Ministerrat hatte dies aber wenig personelle Konsequenzen. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission wurde mitsamt seinen beiden im Ministerrat vertretenen Stellvertretern abberufen, Leuschner blieb aber weiterhin Mitglied des Präsidiums des Ministerrates. Der Aufgabenbereich der Staatlichen Plankommission wur-

de aufgeteilt in Wirtschaftsplanung einerseits (unter dem alten Namen) und Wirtschaftsleitung andererseits, wofür der Volkswirtschaftsrat neu gebildet wurde. Personell wichtig ist, daß die neuen Leiter dieser beiden wirtschaftspolitisch bedeutsamsten Apparate (Karl Mewis und Alfred Neumann) aus dem Parteiapparat der SED kamen und weder wirtschaftspolitische Erfahrungen noch eine Fachausbildung aufwiesen. Dafür waren sie beide Altkommunisten und Mitglieder des Politbüros. Richert führt diese einschneidende personelle Veränderung darauf zurück, daß sich die Wirtschaftsführung in den Jahren seit 1956 so weit von der politischen Führung emanzipiert hatte, daß sie sich offen gegen die forcierte Kollektivierung 1960 wandte und auch die anschließenden, von der SED proklamierten Bemühungen um »Störfreimachung« in ihrer Plandirektive für 1962 nicht genügend berücksichtigt hatte. Er urteilt weiter: »Mit dieser Zwischenlösung war zwar die Verantwortung für das Durcheinander in der Planexekutive . . . jenen ‚Nur-Politikern‘ übertragen worden, die ohne Zweifel die Schuld an der Entwicklung hatten. Auf der anderen Seite waren damit zugleich alle Möglichkeiten verbaut, auf unbürokratische, sachgemäße Weise jene Korrekturen vorzunehmen, deren dieses Planungssystem nun einmal angesichts unvorhergesehener Ereignisse und ganz besonders dann bedarf, wenn das volkswirtschaftliche Proportionalgefüge erst einmal aus den Fugen geraten ist⁸³.« Die weitere grundlegende Umbildung im Juli 1962 sieht er als einen ersten Schritt zu einer Generalbereinigung an, deren 2. Phase schließlich im Januar 1963 in Gang gesetzt wurde. Tatsächlich wurde im Juli 1962 die Position der wirtschaftlichen Führung wieder verstärkt, indem neben den Ersten Stellvertretern der Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und des Volkswirtschaftsrates auch der Präsident der Deutschen Notenbank und der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik neu berufen wurden. Außerdem wurden Erich Apel und Gerhard Grüneberg als Minister ohne Geschäftsbereich in das Präsidium aufgenommen, die zwar beide aus dem Parteiapparat kamen, aber dort beide mit Wirtschaftsfragen beschäftigt waren, Apel als ZK-Sekretär und Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro und Grüneberg als ZK-Sekretär für Landwirtschaft. 5 der Mitglieder des Ministerrates vom Februar 1961 waren im Juli 1962 nicht mehr Mitglied, ein weiteres war in der Zwischenzeit sowohl berufen als auch abberufen worden (Hans Frühauf als Staatssekretär für Forschung und Technik). Diese 6 Personen waren 1962 durchschnittlich 53,3 Jahre alt. 3 von ihnen wurden durch einen Nachfolger abgelöst (Frühauf, Girnus und Wabra), Hieke und Meiser waren im Juli 1961 bei der Umstrukturierung der Wirtschaftsführung abberufen worden, und Rau war

⁸³ Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 137/138

bereits im März 1961 gestorben. Von den 6 Abberufenen hatte nur einer, nämlich Frühauf eine Fachausbildung vorzuweisen. Frühauf und Girnus waren anschließend als Professoren tätig, Meister und Hieke behielten noch einige Zeit ihre Positionen als Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission (ihr weiterer Verbleib ist unbekannt), und Wabra wurde Stellvertreter des Leiters der Zollverwaltung der DDR, so daß von einem steilen Abstieg bei allen 5 noch lebenden nicht gesprochen werden kann, wenn auch die Übernahme einer Professur im allgemeinen den Rückzug der betreffenden Person aus der Politik bedeutet.

Die 12 inzwischen berufenen Personen waren mit einem Durchschnittsalter von 48,5 Jahren wesentlich jünger als die schon seit vor Februar 1961 amtierenden Mitglieder (Durchschnittsalter 54,7 Jahre), obwohl darunter eine Reihe von Altkommunisten war, die den Durchschnitt anhoben (Jendretzky, Mewis, Neumann). Sie waren ausnahmslos SED-Mitglieder, 6 gehörten gleichzeitig dem ZK und 2 dem Politbüro an. 9 von ihnen hatten eine wirtschaftlich-technisch-naturwissenschaftliche Fachausbildung, davon 6 sogar ein abgeschlossenes Studium, was eine bedeutende Anhebung des Ausbildungsniveaus bedeutete. Die Hälfte der neu Berufenen kam aus dem Staatsapparat (5 aus der oberen, einer aus der mittleren Mitte), Gießmann kam aus der oberen Mitte des kulturell-sozialen Sektors (Rektor der Hochschule für Maschinenbau), Weiz aus der Wirtschaft (mittlere Mitte – 1. Stellvertreter des Werkleiters im VEB Zeiss/Jena). Ein Drittel kam aus dem Parteiapparat der SED, alles Spitzenfunktionäre der oberen Ebene und oberen Mitte, nämlich die 3 ZK-Sekretäre Apel, Grüneberg und Neumann und der 1. Vorsitzende der SED-Bezirksleitung Rostock, Karl Mewis. Interessant sind die unterschiedlichen Motive, die für ihre Berufung ausschlaggebend waren: während Mewis und Neumann zur Blockierung der wirtschaftlich pragmatisch orientierten Kräfte berufen worden waren, sollten Apel und Grüneberg die Wirtschaft gerade wieder auf einen pragmatischen Kurs zurückbringen, allerdings spricht die Berufung von Parteifunktionären dafür, daß versucht werden sollte, die Wirtschaftsentwicklung künftig mehr unter Parteikontrolle zu halten.

Der Ministerrat von August 1962 bis November 1963

Von Januar bis November 1963 wurde im Anschluß an den VI. Parteitag der SED die bereits im Juli 1962 begonnene Umstrukturierung des Ministerrates fortgesetzt. Sie stand nun in engem Zusammenhang mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, dessen Durchführung dem Ministerrat als Hauptaufgabe

übertragen worden war. Die organisatorischen Veränderungen waren quantitativ nicht sehr bedeutsam: Gründung des Landwirtschaftsrates, der analog zum Volkswirtschaftsrat gebildet wurde, sowie des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse und gleichzeitig Auflösung des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft; Gründung des Komitees der Arbeiter- und Bauern-Inspektion und gleichzeitig Auflösung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle.

Sehr viel bedeutsamer war, daß die drei wesentlichen zentralen wirtschaftlichen Institutionen – Staatliche Plankommission, Volks- und Landwirtschaftsrat – ab November 1963 jeweils mit ihren Vorsitzenden und 2 Stellvertretern im Ministerrat vertreten waren, womit sie gegenüber den anderen Ressorts sehr stark aufgewertet wurden. Die 10 ausgeschiedenen Mitglieder hatten 1963 ein Durchschnittsalter von 53,8 Jahren und unterschieden sich darin nicht von den verbleibenden Mitgliedern. 9 von ihnen gehörten der SED an, darunter waren 4 ZK- und 2 Politbüromitglieder. Die Hälfte von ihnen hatte eine Fachausbildung. 4 schieden vermutlich aus Altersgründen aus: Burmeister, 75 Jahre; Jendretzky, 66 Jahre; Lemnitz, 58 Jahre; Maron, 60 Jahre. Sie hatten anschließend nur noch Ehrenämter inne: Jendretzky als Mitglied des Sekretariats und des Präsidiums des Bundesvorstandes der FDGB, Lemnitz als Vorsitzender der Staatlichen Kommission zur Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems, Maron als Leiter des Instituts für Meinungsforschung, Burmeister wurde pensioniert.

Rauch war bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Mewis, Müller und Ernst Scholz verblieben im Staatsapparat, verloren allerdings an Status: Mewis, der zuvor heftig kritisiert worden war und seine Mitgliedschaft im Politbüro verloren hatte, wurde Botschafter in Polen und verlor damit seinen politischen Einfluß; Müller und Scholz erhielten Positionen der mittleren Mitte, was wohl bedeutet, daß sie den durch die Durchführung des NÖSPL auf den Ministerrat zukommenden Aufgaben nicht gewachsen gewesen waren, obwohl sie beide fachlich vorgebildet waren. Über Curt-Heinz Merkel ist nur bekannt, daß er 1963 ein Studium aufnahm. Lediglich Grüneberg stieg nach seiner Abberufung aus dem Ministerrat auf und bekam als Leiter des Büros für Landwirtschaft beim Politbüro eine hohe Position im Parteiapparat.

Symptomatisch im Zusammenhang mit den personellen Veränderungen war der Eklat, der sich bei der Berufung des Vorsitzenden des neugegründeten Landwirtschaftsrates ergab. Zunächst wurde am 7. 2. 1963 mit Karl-Heinz Bartsch (SED) ein erstklassiger Fachmann für Landwirtschaftsfragen berufen, der sowohl Professor für Tierzucht- und Haustiergenetik als auch stellvertretender Leiter der Abteilung Landwirtschaft

beim ZK war, und erst im Januar 1963 sowohl in das ZK als auch in das Politbüro berufen worden war. Am 8. 2. enthüllten Westberliner Zeitungen seine ehemalige Zugehörigkeit zur NSDAP und Waffen-SS, worauf er am 9. 2. aus ZK, Politbüro und Ministerrat ausgeschlossen wurde, weil er der Partei diese politische Vergangenheit verschwiegen hatte. Als Nachfolger wurde Georg Ewald berufen, Absolvent der Parteihochschule und ebenfalls seit Januar 1963 ZK- und Politbüro-Mitglied, der vorher 1. Bezirkssekretär der SED in Neubrandenburg gewesen war. Die Affäre um Bartsch zeigt deutlich eine Tendenz bezüglich der Ämterbesetzung in der DDR: Die SED-Führung geht mehr und mehr dazu über, Experten in die Partei zu integrieren (durch Berufung in ZK und Politbüro), andererseits greift sie aber bei politischen Schwierigkeiten mit ihnen sofort wieder auf Parteifunktionäre – wenn auch zunehmend fachlich qualifizierte – zurück.

Die 13 neu berufenen Ministerratsmitglieder unterschieden sich schon in ihrem Durchschnittsalter beträchtlich von den abberufenen und verbleibenden (39,2 Jahre gegenüber 53,8 bzw. 53,2). Damit sank auch das Durchschnittsalter aller Ministerratsmitglieder im November 1963 auf 48,2 Jahre, im Juli 1962 hatte es noch 51,8 Jahre betragen.

Die Aufgenommenen waren bis auf eine Ausnahme SED-Mitglieder. Allein 10 von ihnen wurden in Fachressorts berufen. 8 hatten eine fachliche Ausbildung, 2 waren Absolventen der Parteihochschule (Ewald und Schürer), und nur 3 hatten keine Fachausbildung vorzuweisen. 7 kamen aus der oberen Mitte des Staatsapparates, wo sie sogar überwiegend im selben Ressort gearbeitet hatten. Schulze und Grünheid hatten Positionen der mittleren Mitte in der Wirtschaft innegehabt, Donda war Leiter des Instituts für Statistik an der Hochschule für Ökonomie gewesen. Lucht kam aus dem Apparat der Massenorganisationen (Präsident der VdK), und nur Ewald und Matthes kamen aus dem Parteiapparat (obere und mittlere Mitte).

Der Ministerrat von Dezember 1963 bis Dezember 1965

In den Jahren 1964 und 1965 setzte sich der im Juli 1962 begonnene Prozeß der Aufgabenaufgliederung im Ministerrat weiter fort und fand seinen Höhepunkt im Dezember 1965, als der Ministerrat schließlich 49 Personen umfaßte.

Die organisatorischen Veränderungen vor Dezember 1965 betrafen vor allem den Volkswirtschaftsrat. Im Februar und November 1964 wurden noch 2 weitere Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates berufen, so daß dieser zuletzt mit 5 Personen im Ministerrat vertreten

war. Im Dezember 1965 wurde dann wieder ein neuer Weg beschritten, indem der Volkswirtschaftsrat aufgelöst und dafür 9 Produktionsministerien sowie einige weitere Staatliche Ämter gegründet wurden, die überwiegend wirtschaftliche bzw. bildungs- und arbeitspolitische Aufgaben hatten.

Bereits im Juni 1964 war aber als Gegengewicht zu den wirtschaftlichen Institutionen, die primär nach pragmatischen wirtschaftstheoretischen Gesichtspunkten geleitet wurden, wieder ein neues Kontrollorgan geschaffen worden: das Ministerium für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte, das zunächst von einem reinen Parteifunktionär geleitet wurde (Kurt Seibt), der allerdings bereits im Dezember 1965 wieder durch einen wirtschaftlichen Fachmann des Staatsapparates abgelöst wurde (Fritz Scharfenstein), so daß nunmehr auch die Leitung der wirtschaftspolitischen Kontrollorgane (der Arbeiter- und Bauern-Inspektion und des Ministeriums für Anleitung und Kontrolle) in Händen von Wirtschaftsexperten lagen.

1964 und 1965 wurden 6 Mitglieder des Ministerrates vom November 1963 abgelöst, 2 weitere wurden sowohl berufen als auch abberufen (Kurt Seibt und Erich Pasold). Bis auf Max Suhrbier, den abgelösten Vertreter der LDPD im Ministerrat, gehörten alle diese Personen der SED an. Von ihnen hatten Apel, Pasold und Wetzel Fachressorts innegehabt, und Bruno Leuschner war überwiegend mit Fachaufgaben im Präsidium beschäftigt gewesen.

3 der 8 Personen starben in dieser Zeit (Apel, Grotewohl und Leuschner). Die beiden letzteren hatten keine Fachausbildung, dafür waren beide jahrelang in zentralen Positionen im Ministerrat tätig gewesen. Erich Apel, 1955–1958 Minister für Schwermaschinenbau, seit 1963 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und qualifizierter Fachmann (Ingenieur und Dr. oec.), beging im Dezember 1965 Selbstmord, der von westlicher Seite als Protest gegen die Erzwingung eines langfristigen Wirtschaftsabkommens mit der UdSSR zuungunsten der DDR-Wirtschaft interpretiert wurde⁸⁴. Von den übrigen 5 Ausgeschiedenen schied nur Pasold im Zusammenhang mit den organisatorischen Veränderungen im Dezember 1965 aus, die übrigen wurden in ihren Ämtern abgelöst. Während Pasold anschließend als Generaldirektor der VVB Chemieanlagenbau eine wichtige Position in der Wirtschaft bekam, wurden die anderen deutlich degradiert: Wetzel auf eine Position der mittleren Mitte als Generaldirektor der Auslands-Rückversicherungs-AG, Lucht sogar auf eine der unteren Mitte als Vorsitzender des Rates des Kreises Strausberg, wäh-

⁸⁴ vgl. Spittmann, Ilse, Kurswechsel – und was nun? in: SBZ-Archiv 3/1966, S. 33/34

rend Seibt und Suhrbier nur noch Ehrenämter innehatten. Bei den neu Berufenen dagegen überwogen jüngere Personen. Bereits im November 1963 war das Durchschnittsalter der Ministerratsmitglieder durch die Aufnahme jüngerer Fachleute auf 48,2 Jahre gesunken; inzwischen waren 19 Personen neu dazugekommen, durch die es sich 1965 weiter auf 45,5 Jahre verringerte, was alle bisherigen Regierungen unterbot. 13 dieser 19 Mitglieder hatte eine Fachausbildung, 2 weitere hatten ein Studium an der Parteihochschule absolviert, und Wünsche war Diplom-Jurist. Nur Dietrich, Herrmann und Winzer hatten keine qualifizierte Berufsausbildung vorzuweisen, sondern lediglich die Volksschule und anschließend eine Lehre absolviert. Von ihnen hatte nur Helmut Dietrich als Präsident der Deutschen Notenbank ein Fachressort zu verwalten, wofür er allerdings jahrelange Erfahrung im Bankwesen mitbrachte. Mit Ausnahme von Kurt Wünsche, dem Nachfolger von Max Suhrbier für die LDPD im Präsidium, gehörten alle Neuaufgenommenen der SED an. Unter ihnen befanden sich aber nur 3 ZK-Mitglieder und kein Angehöriger des Politbüros, allerdings wurden 6 von ihnen 1967 neu in das ZK aufgenommen, einer sogar in das PB (Halbritter).

11 kamen aus dem Staatsapparat, 9 davon aus der oberen Mitte, 4 aus der Wirtschaft, darunter 2 ehemalige Generaldirektoren von VVB. Je einer kam aus der mittleren Mitte des Parteiapparates, der Massenorganisationen und des kulturell-sozialen Sektors, während Fichtner bis zu seiner Berufung zuerst in der DDR, dann in der UdSSR studiert hatte (vorher war er in der mittleren Mitte des Staatsapparates beschäftigt gewesen).

Entsprechend ihrer qualifizierten Vorbildung waren 12 dieser 19 Personen mit der Leitung von Fachressorts beauftragt, 2 weitere, die vorher Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gewesen waren, übernahmen vermutlich fachliche Aufgaben im Präsidium (Rauchfuß und Weiss).

Der Ministerrat von Januar 1966 bis Juli 1967

Bis zur Regierungsbildung im Juli 1967 änderte sich rein organisatorisch nichts außer der Gründung des Staatssekretariats für die Koordinierung der Leitung, des Einsatzes und der Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung, die allerdings nach der 1961 bereits erfolgten Gründung des Staatssekretariats für Forschung und Technik ein weiterer Hinweis darauf ist, daß die politische Führung der DDR die wissenschaftliche Entwicklung zunehmend für wichtiger hält. Dieser Trend läßt sich verstärkt nachweisen durch die Erhebung der Staatssekretariate für das Hoch- und

Fachschulwesen und für Forschung und Technik zu Ministerien und der Berufung von Herbert Weiz, dem bis Juli 1967 amtierenden Staatssekretär für Forschung und Technik zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates (alles im Juli 1967).

Dagegen gab es in der Zwischenzeit zwei spektakuläre Ablösungen, nämlich die von Hans Bentzien und von Siegbert Löschau (Bentzien wurde als Minister für Kultur durch Klaus Gysi, Löschau als Minister für chemische Industrie durch Günter Wyschofsky abgelöst). Beide waren bei ihrer Ablösung erst 39 bzw. 37 Jahre alt, beide waren gegen Ende ihrer Amtszeit scharf kritisiert worden und wurden anschließend beruflich auf Positionen der unteren Mitte abgeschoben, Bentzien als Leiter des Verlags »Neues Leben«, Löschau als Werkmeister einer kleinen chemischen Fabrik. Jedoch war nur bei der Ablösung Bentziens eine Abkehr vom bisherigen Trend zur Verjüngung und Verfachlichung zu erkennen: der neue Kultusminister Gysi war bereits 54 Jahre alt und schon 1931 der KPD beigetreten, allerdings hatte er als Diplom-Volkswirt eine Fachausbildung. Löschau dagegen wurde durch den gleichaltrigen Fachmann Wyschofsky ersetzt. Für die Ablösung von Willy Rumpf im Dezember 1966 dagegen dürften vor allem Altersgründe maßgebend gewesen sein, denn er war bereits 63 Jahre alt und schon seit November 1950 Mitglied des Ministerrates gewesen. Er verblieb auch im ZK, während Löschau seine ZK-Mitgliedschaft zugleich mit seinem Ministeramt verlor. Die Ersetzung Rumpfs durch den erst 38 Jahre alten Diplom-Wirtschaftler Siegfried Böhm bestätigt deutlich die reibungslose Ablösung verdienter älterer Ministerratsmitglieder, die im Juli 1967 noch deutlicher hervortrat.

Im Juli 1967 wurde der Ministerrat, der inzwischen auf 50 Personen angewachsen war, drastisch auf 39 Mitglieder verkleinert. 15 Personen wurden bei der Regierungsbildung abberufen, unter denen sich deutlich 2 Gruppen unterscheiden lassen:

a) 4 verdiente, ältere, langjährige Ministerratsmitglieder: Benjamin, Bolz, Scholz und Wittkowski. Sie waren 57 bis 65 Jahre alt und amtierten mit Ausnahme von Wittkowski bereits seit Anfang der fünfziger Jahre. Alle 4 waren Altkommunisten. Die beiden SED-Mitglieder Benjamin und Wittkowski behielten ihre Mitgliedschaft im ZK und übernahmen auch jetzt noch fachlich anspruchsvolle Ämter: Benjamin wurde Professor an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, Wittkowski Präsident der Deutschen Notenbank bzw. der Staatsbank der DDR. Auch Bolz (NDPD-Vorsitzender) und Scholz (stellvertretender DBD-Vorsitzender) behielten ihre Parteiämter, übernahmen daneben allerdings nur noch Ehrenämter, Bolz als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Scholz als Vorsitzender der Interparlamentarischen Gruppe.

b) die übrigen 11 Abberufenen waren die Leiter der Ressorts, die der Verkleinerung des Ministerrates zum Opfer gefallen waren. Außer Reichelt waren sie alle SED-Mitglieder, ihr Durchschnittsalter betrug nur 42,0 Jahre, lag also um 3 Jahre unter dem des neuen Ministerrates.

Die Tatsache, daß 7 von ihnen ihre Positionen im Staatsapparat behielten, Herrmann 1967 ins ZK und Kleiber sogar ins Politbüro aufgenommen wurde, weist darauf hin, daß diese Abberufungen keineswegs eine Abkehr von der bisherigen Politik bedeuteten (was sich auch deutlich an den Neuberufungen nachweisen läßt), sondern lediglich der Straffung der Arbeit des nach und nach zu groß und schwerfällig gewordenen Ministerrates dienten. Auch 3 andere Abberufene, deren Verbleib bekannt ist (über Geyer war nichts in Erfahrung zu bringen), wurden nicht bedeutend degradiert: Dietrich mußte seine Position an die ebenfalls ausgeschiedene Margarete Wittkowski abgeben und wurde Vizepräsident der Deutschen Notenbank, Markowitsch wurde Werkleiter des VEB Eisenhüttenkombinat Eisenhüttenstadt, beides Positionen der mittleren Mitte, während Grünheid als Generaldirektor der VVB Industrieanlagenmontage und Stahlbau sogar eine wichtige Position der oberen Mitte in der Wirtschaft übernahm.

4 Personen wurden im Juli 1967 neu in den Ministerrat berufen, 2 als Minister und 2 als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates. Die beiden neuen Minister Prey und Singhuber ersetzten keine ausgeschiedenen, sondern ins Präsidium aufgestiegene Ministerratsmitglieder (Weiz und Fichtner). Die beiden anderen Berufenen, Flegel (NDPD) und Titel (DBD), ersetzten die ausgeschiedenen Präsidiumsmitglieder Bolz und Scholz für diese beiden Parteien. Alle 4 sind Experten mit abgeschlossenem Hochschulstudium (2 Diplom-Wirtschaftler, 1 Chemieingenieur und 1 Diplom-Agrarökonom).

Der Ministerrat seit Juli 1967

Die Veränderungen im Ministerrat seit Juli 1967 waren minimal. Im November 1967 wurde Julius Balkow als Stellvertreter des Vorsitzenden abberufen. Im Juli 1968 übernahm Alfred Neumann die Position des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden und gab sein Ministeramt für Materialwirtschaft ab, auf das im August 1968 Erich Haase berufen wurde. Dies stellt eine Kontinuität dar, wie es sie vorher noch nie gegeben hat, nämlich nur 1 Abberufung und eine Berufung in einem Zeitraum von zwei-

einhalb Jahren⁸⁵. Die durchschnittliche Amtszeit der gegenwärtig 39 Ministerratsmitglieder beträgt 5,9 Jahre, liegt also um etwas über 1 Jahr höher als die aller Mitglieder des Ministerrates seit 1949. 17 von ihnen, also fast die Hälfte, wurden im Dezember 1965 und später berufen (Gruppe III). 15 wurden zwischen Juli 1962 und November 1965 in den Ministerrat aufgenommen, also zu einer Zeit, zu der der Umbruch in der Aufgabenstellung des Ministerrates durch die Einführung des NOSPL stattfand (Gruppe II). Nur 7 amtieren bereits seit vor Juli 1962 (Gruppe I).

Vergleicht man diese 3 Gruppen hinsichtlich Parteizugehörigkeit, ZK- und PB-Mitgliedschaft, Anzahl von Altkommunisten, Fachausbildung und Durchschnittsalter 1969 und zum Zeitpunkt ihrer jeweiligen Berufung, so ergibt sich folgendes Bild:

	insgesamt	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III
1. Mitgliederzahl	39	7	15	17
2. SED-Mitglieder	34	6	14	14
3. ZK-Mitglieder	25	6	11	7
4. PB-Mitglieder	4	2	1	1
5. Altkommunisten	9	6	2	1
6. Fachausbildung	29	4	9	16
7. Durchschnittsalter 1969	47,0	60,9	47,8	41,6
8. Durchschnittsalter bei Berufung	41,9	49,0	42,3	38,6

Die 3 Gruppen unterscheiden sich in 5 dieser 8 Merkmale deutlich. Der Anteil der Nicht-SED-Mitglieder ist in allen sehr gering und blieb sich in all den vielen Jahren gleich, nur daß zwischen Dezember 1965 und Juli 1967 3 ältere Vertreter der anderen Parteien durch 3 jüngere ersetzt wurden. Der Anteil der Altkommunisten nahm dagegen signifikant ab von 100% (alle 6 in Gruppe I) auf 14% (2 von 14 in Gruppe II) auf 6% (1 von 14 in Gruppe III). Auch der Anteil der ZK-Mitglieder nahm ab, allerdings zwischen Gruppe I und II nur geringfügig, dagegen beträchtlich von Gruppe II nach Gruppe III. Dieses Bild verändert sich allerdings etwas, wenn man zusätzlich den Zeitpunkt der Aufnahme in das ZK berücksichtigt. Von den 6 ZK-Mitgliedern der Gruppe I wurde

⁸⁵ Auch 1970 änderte sich nicht viel an diesem Bild der Kontinuität: Im September 1970 wurde Ernst-Joachim Gießmann (SED) durch seinen Stellvertreter Hans-Joachim Böhme (SED) als Minister für Hoch- und Fachschulwesen abgelöst und im Dezember 1970 Erwin Kramer (SED) als Minister für Verkehrswesen ebenfalls durch seinen Stellvertreter (Otto Arndt, SED). Kramer hatte sein Amt bereits seit November 1954 innegehabt und war zum Zeitpunkt seiner Ablösung bereits 68 Jahre alt, Gießmann war zwar erst 51 Jahre alt, aber ebenfalls schon seit Juli 1962 Ministerratsmitglied.

nur einer, Erwin Kramer, erst im Zusammenhang mit seiner Berufung in den Ministerrat ins ZK aufgenommen, die anderen gehörten ihm schon vor ihrer Berufung an. Von den 11 ZK-Angehörigen der Gruppe II gehörten ihm 4 bereits vor ihrer Berufung an, 4 wurden im Zusammenhang mit ihrer Berufung ins ZK aufgenommen und 3 sogar erst nach ihrer Berufung (1967). Von den 7 ZK-Mitgliedern der Gruppe III dagegen gehörten ihm nur 2 bereits vor ihrer Berufung an, 5 wurden erst 1967 aufgenommen. Man kann daraus schließen, daß die SED-Führung immer mehr dazu übergeht, bewährte Ministerratsmitglieder in das ZK zu berufen, während früher umgekehrt überwiegend bewährte ZK-Mitglieder in den Ministerrat berufen wurden (zur Überprüfung dieser Hypothese s. S. 69 und Tabelle VI, S. 112).

Bei der Politbüromitgliedschaft dagegen zeigen sich keine so großen Unterschiede. Die insgesamt 4 Politbüromitglieder stellen einen so geringen Anteil an allen Gruppen, daß man darüber keine Aussagen machen kann. Der Anteil der Experten dagegen nahm deutlich zu, allerdings wesentlich mehr zwischen Gruppe II und Gruppe III als zwischen den beiden ersten. In der Gruppe III ist sogar Kurt Wünsche, der als einziger keine wirtschaftlich-technisch-naturwissenschaftliche Fachausbildung vorweisen kann, Akademiker (Diplomjurist).

Auch in der Altersstruktur sind deutliche Unterschiede zu erkennen, die schon zum Zeitpunkt der Berufung bestanden und nicht durch die unterschiedliche Dauer der Zugehörigkeit zum Ministerrat hervorgerufen werden.

Das Präsidium des Ministerrates

Das Präsidium des Ministerrates wurde erst im Anschluß an das im Mai 1952 erlassene Gesetz über die Regierung der DDR im Juli 1952 gegründet⁸⁶. Es wurde zunächst als »operatives Organ« des Ministerrates installiert und damit dem Anschein nach dem gesamten Ministerrat als eine Art Exekutivorgan unterstellt. Seine Gründung erfolgte ohne gesetzliche Verankerung und wurde nur im »Neuen Deutschland« vom 17. 7. 1952 bekanntgegeben⁸⁷. Dort wurden seine Aufgaben folgendermaßen definiert: »Die operative Lösung laufender Fragen, die sich aus der Leitung der Volkswirtschaft und der staatlichen Verwaltungsorgane ergeben, sowie die Kontrolle der Tätigkeit der Koordinierungs- und Kontrollstellen beim Ministerrat⁸⁸.«

Hinsichtlich der Bedeutung des Präsidiums besteht kein Zweifel, daß es das eigentliche Entscheidungsgremium im Ministerrat ist. Nach dem Gesetz über den Ministerrat vom November 1954 nimmt das Präsidium die Geschäfte des Ministerrates wahr, wenn dieser nicht tagt. Seine Entscheidungen gelten als Entscheidungen des Ministerrates⁸⁹. Damit hat es auf Staatsebene eine dem Politbüro vergleichbare Rolle⁹⁰.

Seine Heraushebung als operatives Führungsorgan bedeutet, »daß dort die Alltagsarbeit der Regierung, so weit sie überressortmäßig ist, nahezu monopolmäßig erledigt wird. Demgemäß sind alle oder fast alle Ministerien durch einen verantwortlichen Dezernenten im Präsidium vertreten, der in der Regel für mehrere Ministerien zuständig ist. Das kommt zugleich der Hauptaufgabe zugute, die das Präsidium zu erfüllen hat, näm-

⁸⁶ Für die Untersuchung seiner personellen Zusammensetzung werden allerdings auch der Ministerpräsident und seine Stellvertreter vor Juli 1952 als Mitglieder dieses Gremiums untersucht.

⁸⁷ Gesetzlich fixiert wurde es erst im Gesetz über den Ministerrat vom 16. 11. 1954.

Vgl. Richert, *Macht ohne Mandat*, a. a. O., S. 94 f. und Leissner, Gustav, *Die Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Sonderdruck aus: *Verwaltung und öffentlicher Dienst in der SBZ*, Stuttgart 1962, S. 151

⁸⁸ zitiert nach Leissner, *Die Verwaltung in der SBZ*, a. a. O., S. 151

⁸⁹ Haupt, Lucie, *Volksherrschaft und Staatsaufbau*, Berlin (Ost) 1967, S. 63
Fricke, Karl Wilhelm, *Machtkonzentration im Staatsrat*, in *SBZ-Archiv* 24/1963, S. 373–375

⁹⁰ Richert, *Macht ohne Mandat*, a. a. O., S. 97

lich als Koordinierungsorgan für die Gesamtheit staatlicher und besonders zentral gelenkter staatlicher Maßnahmen zu wirken und die essentiell so wichtige Anpassung der Organisationsstruktur des Staatsapparates an diese Maßnahmen vorzunehmen⁹¹.«

Leissner kommt hinsichtlich der Bedeutung des Präsidiums zu einem ähnlichen Schluß wie Richert:

»Alle Entscheidungen von größerer Bedeutung sind in der Praxis dem Präsidium des Ministerrates ausschließlich vorbehalten entgegen dem Wortlaut des § 5 des Gesetzes vom 16. November 1954. Nach diesem würde dem Präsidium nach rechtsstaatlichen Begriffen lediglich eine Vertretungsvollmacht für den Fall der Behinderung des Gesamtministerrates zustehen. In Wahrheit stellt das Präsidium des Ministerrates eine eigene Behörde dar, mit einem völlig abgeordneten Apparat. Dieser – obwohl nur ein Organ eines Kollegiums – besitzt eine Fülle von besonderen Einzelzuständigkeiten und hat als ein Organ der Staatsgewalt genau wie alle Ministerien die Rechtspersönlichkeit ausdrücklich zugesprochen bekommen. Die Sonderstellung des Präsidiums des Ministerrates wird eindeutig klargestellt durch die überragende Stellung, die dem Büro des Präsidiums des Ministerrates eingeräumt ist⁹².«

Richert führt die Notwendigkeit der Gründung des Präsidiums auf die durch die Vergrößerung des Ministerrates nach November 1950 entstandene, zunehmende Schwerfälligkeit des Gesamtministerrates zurück, die die angestrebte Einheitlichkeit des Regierens nicht mehr erlaubte. So wurde der Ministerrat, der nur alle 6 Wochen zusammentritt, praktisch weitgehend zu einem Ensemble der Chefs oberster Verwaltungen⁹³.

Das Präsidium hat im wesentlichen 2 Funktionen: die »wirtschaftlich-organisatorische« und die »kulturell-erzieherische« Leitung der staatlichen Tätigkeit, von denen die erste ein großes Übergewicht hat⁹⁴. Richert meint sogar, das Präsidium bilde in seinem Kern ein »konzentriertes Wirtschaftskabinett⁹⁵«.

Man kann im Präsidium, dem von Anfang an immer der Vorsitzende des Ministerrates, seine Stellvertreter und zeitweilig auch einige Ressortminister angehört haben, ziemlich deutlich unterscheiden zwischen Mitgliedern, die ihm als Person angehören und solchen, die ihm kraft Position angehören. Letzteres wird als gegeben angenommen, wenn verschiedene Inhaber derselben Position längere Zeit im Präsidium vertreten waren.

Kraft Position gehören ihm an:

- a) je ein Vertreter der übrigen Blockparteien. Seit Mai 1952 sind CDU, LDPD, NDPD und DBD ständig im Präsidium vertreten;
für die CDU: Oktober 1949 bis Dezember 1957 Otto Nuschke
seit Februar 1958 Max Sefrin

⁹¹ Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 97

⁹² Leissner, a. a. O., S. 151

⁹³ Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 95

⁹⁴ und ⁹⁵ Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 98 und 99.

- für die LDPD: Oktober 1949 bis Juli 1950 Hermann Kastner
 November 1950 bis Juli 1960 Hans Loch
 Dezember 1960 bis Dezember 1965 Max Suhrbier
 seit Dezember 1965 Kurt Wünsche
- für die NDPD: November 1950 bis Juli 1967 Lothar Bolz
 seit Juli 1967 Manfred Flegel
- für die DBD: Mai 1952 bis Juli 1967 Paul Scholz
 seit Juli 1967 Werner Titel

Als Beweis dafür, daß diese Personen dem Präsidium kraft Position angehören, kann gelten, daß außer ihnen immer nur SED-Mitglieder dem Präsidium angehört haben.

b) der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission seit Juli 1952, mit Ausnahme der Zeit zwischen Juli 1961 und Juli 1962.

November 1950 bis Mai 1952 Heinrich Rau, der dem Präsidium auch noch nach seiner Ablösung durch Bruno Leuschner angehörte,

Juli 1952 bis Juli 1961 Bruno Leuschner, der ihm ebenfalls noch nach seiner Ablösung durch Karl Mewis angehörte,

Juli 1962 bis Januar 1963 Karl Mewis,

Januar 1963 bis Dezember 1965 Erich Apel, der bereits im Juli 1962 als Minister ohne Geschäftsbereich in das Präsidium berufen worden war, seit Dezember 1965 Gerhard Schürer.

Die Unterbrechung der Repräsentation des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission zwischen Juli 1961 und Juli 1962 ist wahrscheinlich auf die damalige Umbruchsituation mit der Änderung der Aufgabenstellung der staatlichen Plankommission und der Ablösung Leuschners durch Mewis zurückzuführen.

c) Der Minister der Finanzen:

November 1950 bis November 1955 Hans Loch

November 1955 bis Dezember 1958 und

November 1963 bis Dezember 1966 Willy Rumpf

seit Dezember 1966 Siegfried Böhm

Hans Loch war zugleich Vertreter der LDPD im Präsidium, und Willy Rumpf wurde bereits im November 1954 ins Präsidium berufen, als er noch Staatssekretär für die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft war. Letzteres scheint darauf hinzuweisen, daß Rumpf schon als Staatssekretär für die Finanzpolitik von großer Bedeutung war⁹⁶. Lediglich von

⁹⁶ vgl. Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 152, Anmerkung: . . . »Dr. Loch, lernte als Finanzminister den von ihm zu vertretenden Staatshaushaltsplan erst wenige Minuten, ehe er über seine nicht sekretierten Teile referieren mußte, kennen; bis dahin hatte der Plan in der Schublade des SED-Staatssekretärs Rumpf gelegen, der ihn mit ZK, StPK, Sowjets und anderen Stellen ausgearbeitet hatte.«

Dezember 1958 bis November 1963 war der Finanzminister nicht zugleich Mitglied des Präsidiums, und das war die Zeit, in der dieses lediglich 9 bzw. 10 Personen umfaßte.

d) der Vorsitzende des Landwirtschaftsrates seit seiner Gründung im Februar 1963. Außer der spektakulären Ablösung von Bartsch nach 2 Tagen hat der Vorsitzende allerdings noch nicht gewechselt, aber vieles spricht dafür, daß er, ähnlich wie der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission für die Industrie, der Repräsentant der Landwirtschaft im Präsidium ist.

Richert weist darauf hin, »daß die »Repressionsgewalt«, also Armee, Polizei, Sicherheit und auch Justiz im Präsidium anscheinend keine Vertretung hat⁹⁷«.

Dies läßt sich auch aus neueren Daten bestätigen. Nur 6 der insgesamt 42 Mitglieder des Präsidiums seit 1949 können überwiegend als Exponenten von Kontrollfunktionen angesehen werden⁹⁸. Ähnlich ist es mit den Organen des Arbeits- und Bildungswesens⁹⁹.

Um einige Ergebnisse Richerts zu überprüfen und festzustellen, ob auch im Präsidium ein Wandel stattfand, werden die Präsidiumsmitglieder nach den Kategorien Fachausbildung, frühere und/oder gleichzeitige Tätigkeit in wirtschaftlich-technischen Fachressorts des Staatsapparates¹⁰⁰, Partei-, ZK- und Politbüromitgliedschaft und langjährige KPD-Zugehörigkeit untersucht, und zwar für 5 Perioden der Entwicklung des Ministerrates.

⁹⁷ Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 98

⁹⁸ (1) Friedrich Dickel als Innenminister November 1963 bis Dezember 1965

(2) Werner Eggerath, als Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane Juli 1952 bis Februar 1954

(3) Fritz Lange, als Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle Juli 1952 bis November 1954, später Minister für Volksbildung

(4) Kurt Seibt, als Minister für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte Juni 1964 bis Dezember 1965

(5) Willi Stoph, der dem Präsidium seit November 1954 angehörte, zunächst als Innen-, dann als Verteidigungsminister; er war von Juli 1960 bis September 1964 mit der allseitigen Koordinierung und Kontrolle der Beschlüsse des ZK der SED und des Ministerrates im Staatsapparat beauftragt.

(6) Walter Ulbricht, der aufgrund seiner Parteiposition als Exponent von Kontrollfunktionen gelten muß, von Oktober 1949 bis September 1960

⁹⁹ (1) Alexander Abusch als Stellvertreter des Vorsitzenden für Kultur und Erziehung seit Februar 1961

(2) Fritz Lange als Minister für Volksbildung November 1954 bis Dezember 1958

(3) Paul Wandel als Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst von Juli 1952 bis Januar 1954

¹⁰⁰ mit dieser Kategorie soll erfaßt werden, ob Mitglieder des Präsidiums vermutlich als Exponenten eines Fachressorts oder eher aus politischen Gründen berufen wurden.

	I	II	III	IV	V
Mitglieder insgesamt	18	12	20	17	16
Fachausbildung	3	2	7	8	10
Fachressorts	9	7	13	13	10
SED-Mitglieder	12	7	16	13	12
gleichzeitig im ZK	10	7	14 ¹⁰¹	9 ¹⁰¹	11
gleichzeitig im PB	6	5	8	3	4

Das Kürzel Fachressort steht in dieser Tabelle für frühere und/oder gleichzeitige Tätigkeit in einem wirtschaftlich-technischen Fachressort als Minister oder auch Staatssekretär.

Periode I: Oktober 1949 bis Dezember 1958

Periode II: Januar 1959 bis Juni 1962

Periode III: Juli 1962 bis November 1965

Periode IV: Dezember 1965 bis Juni 1967

Periode V: seit Juli 1967

Geht man davon aus, daß frühere oder gleichzeitige Tätigkeit in einem Fachressort ein brauchbarer Indikator dafür ist, daß die betreffende Person auch im Präsidium vorwiegend fachliche Aufgaben ausführt, so bestätigt sich Richerts Einschätzung des Präsidiums als konzentriertes Wirtschaftskabinet. Das gilt sogar für die Zeit seit 1963 (dem Erscheinungstermin der neuesten Auflage von »Macht ohne Mandat«) verstärkt. Eine Ausnahme machen hier nur die Vertreter der übrigen Blockparteien, die überwiegend aus dem Parteiapparat kamen, während im jetzigen Präsidium von den SED-Mitgliedern nur Abusch und Stoph noch nie in einem Fachressort tätig waren. Außerdem scheint wichtig, daß in diesem Wirtschaftskabinet heute vorwiegend Experten sitzen. Ihr Anteil in diesem Gremium hatte bis Juli 1962 nur ein Sechstel betragen und ist seitdem auf über die Hälfte gestiegen.

Allerdings trifft Richerts Feststellung, daß im Präsidium gleichzeitig die Verbindung mit der Parteispitze der SED am engsten ist, ebenfalls zu¹⁰². Von Anfang an gehörten immer fast sämtliche Mitglieder der SED im Präsidium zugleich auch dem ZK an. Wegen der gewandelten Bedeutung des ZK bedeutet diese Personalunion heute aber wohl weniger eine Sicherung der Durchsetzung des Parteiwillens im Ministerrat, sondern mehr die gleichzeitige Mitarbeit von Experten in 2 wirtschaftspolitisch wichtigen und wirksamen Gremien¹⁰³.

¹⁰¹ die beiden SED-Mitglieder in Periode III, die nicht gleichzeitig dem ZK angehörten, Dickel und Weiss, wurden 1967 aufgenommen, 3 in Periode IV – neben Weiss noch Böhm und Rauchfuß – ebenfalls (Ausnahme war Zimmermann, der als Minister für Schwermaschinen- und Anlagenbau dem Präsidium von Dezember 1965 bis Juli 1967 angehörte).

¹⁰² Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 96

¹⁰³ Ludz, a. a. O., S. 97 ff. über den Funktionswandel des ZK.

Der Anteil der Politbüromitglieder im Präsidium dagegen sank deutlich. Bis Juli 1962 betrug er noch die Hälfte, inzwischen sank er auf ein Drittel. Dies deutet auf eine Tendenz zur institutionellen Trennung von Staats- und Parteiapparat hin, die sich bis in das Präsidium des Ministerrates – als nach dem Staatsrat höchstes Organ des Staatsapparates – hinauf erstreckt¹⁰⁴.

Im Präsidium sind also dieselben Tendenzen wirksam wie im gesamten Ministerrat, nämlich personell eine deutliche Zunahme von Experten, eine beträchtliche Verjüngung des Durchschnittsalters¹⁰⁵ und damit verbunden eine Zurückdrängung der Altkommunisten, und organisatorisch eine Bedeutungszunahme der wirtschaftlich-technischen Fachaufgaben.

¹⁰⁴ Unter den Leitern der Fachressorts war der Anteil der PB-Mitglieder ohnehin schon immer gering, es handelte sich im wesentlichen um Leuschner, Rau und vorübergehend Oelßner vor Juli 1961, und seitdem um Neumann, Apel und Ewald, vorübergehend auch Mewis.

¹⁰⁵ Juni 1953: 53,1 Jahre; Dezember 1958: 55,2 Jahre; Juli 1962: 54,0 Jahre; Dezember 1965: 49,6 Jahre; Juli 1967: 46,6 Jahre. Das Durchschnittsalter der Präsidiumsmitglieder war aber zu diesen Zeitpunkten immer höher als das aller Ministerratsmitglieder, vgl. Tabelle V.

Ergebnisse der Untersuchung

Die Parteizugehörigkeit der Ministerratsmitglieder

Der Artikel 92 der Verfassung der DDR vom Oktober 1949 bestimmte, daß alle Fraktionen der Volkskammer mit mehr als 40 Abgeordneten im Verhältnis ihrer Stärke durch Minister oder Staatssekretäre in der Regierung vertreten sein sollten. Diese Bestimmung wurde allerdings nicht eingehalten. Mampel kam zu dem Ergebnis: »Infolge der Einheitslistenwahl konnte das wahre Stärkeverhältnis der Parteien niemals festgestellt werden . . . Die Stärke der Fraktionen . . . war daher von Anfang an manipuliert. Aber auch der so entstandene Proporz wurde bei der Regierungsbildung nicht eingehalten. Die SED besetzte von Anfang an alle Schlüsselministerien¹⁰⁶.« In der neuen Verfassung der DDR ist ein solcher Passus auch nicht mehr enthalten.

Tabelle IV zeigt deutlich, daß der Anteil der SED-Mitglieder im Ministerrat laufend zugenommen und der der Mitglieder anderer Parteien entsprechend abgenommen hat. Während die SED in der Provisorischen Regierung nicht einmal die Hälfte der Ministerratsmitglieder stellte (8 von 18), gehören ihr von den heute 39 Mitgliedern 34 an. Die Anzahl der Vertreter anderer Parteien betrug bis Dezember 1958 immer zwischen 8 und 11 Personen, seit Dezember 1958 nur noch 6, seit Juli 1967 sogar nur noch 5.

Noch deutlicher zeigt sich diese Zurückdrängung, wenn man die Positionen betrachtet, die die Vertreter der Blockparteien im Ministerrat einnehmen. Seit Mai 1952 stellt jede der anderen Parteien einen der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates. Während aber bis Dezember 1958 auch einige Leiter von wirtschaftlich-technischen Ressorts anderen Parteien angehörten, wurden sie seitdem, parallel mit deren Bedeutungszunahme, aus diesen Ressorts abgedrängt. Heute leitet nur noch ein Vertreter der Blockparteien ein als Fachressort zu qualifizierendes Amt, nämlich Rudolph Schulze das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, und dieses ist relativ unbedeutend. Anfang der fünfziger Jahre dagegen hatten außerdem die Ministerien für Aufbau, der Finanzen, für Handel

¹⁰⁶ Mampel, Siegfried, Die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Text und Kommentar, Ffm-Berlin 1962, S. 268.

und Versorgung, für Land- und Forstwirtschaft und für Leichtindustrie sowie die Staatssekretariate für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und für Kraftverkehr und Straßenwesen einen Leiter, der nicht der SED angehörte. Die beiden Staatssekretäre wurden 1952 und 1953 abberufen, und ihre Ämter wurden bald darauf in größere Ministerien eingegliedert. Die Ministerien für Handel und Versorgung, der Finanzen und für Aufbau wurden 1953, 1955 und 1958 von der SED übernommen, das Ministerium für Leichtindustrie wurde 1958 aufgelöst, und mit der Gründung des Landwirtschaftsrates wurde auch an die Spitze der Landwirtschaft ein SED-Mitglied gestellt, wenn auch Hans Reichelt als Stellvertreter des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates dem Ministerrat noch bis Juli 1967 angehörte. Bei den anderen Ressorts war der Rückgang nicht ganz so stark: die NDPD stellte noch bis Juni 1965 den Außenminister, die CDU noch heute den Gesundheitsminister. 1967 ging sogar die Leitung des Justizministeriums neu an die LDPD über. Die anderen Parteien haben also im Ministerrat zunehmende Verluste in Kauf nehmen müssen, sowohl was die Anzahl der von ihr gestellten Ministerratsmitglieder als auch was die Bedeutung der von ihnen geleiteten Ministerien betrifft. Domänen der SED im Ministerrat dagegen waren von Anfang an das Arbeits- und Bildungswesen¹⁰⁷, die Kontrollorgane und zunehmend die wirtschaftlich-technischen Fachressorts. Die 5 Vertreter der anderen Parteien im jetzigen Ministerrat stellen nur noch 4 der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und die Minister für Gesundheitswesen, der Justiz und für Post- und Fernmeldewesen.

Fachressorts und Beschäftigung von Experten im Ministerrat

Schon immer waren 50% der Mitglieder des Ministerrates Leiter von wirtschaftlich-technischen Fachressorts. Dieser Anteil ging nur zwischen Dezember 1958 und Juli 1962 zurück, um dann bis November 1963 wieder auf die alte Höhe anzusteigen. Rein organisatorisch läßt sich also keine Bedeutungszunahme dieser Ressorts erkennen.

Betrachtet man allerdings ihre personelle Besetzung, so fällt auf, daß der Prozentsatz der Experten unter den Leitern der Fachressorts im Juli 1962 sprunghaft von 30% (Februar 1961) auf 64% zunahm und seitdem kontinuierlich weiter gestiegen ist¹⁰⁸. Allerdings nahm der Anteil der Ex-

¹⁰⁷ In der Provisorischen Regierung war Luitpold Steidle (CDU) Minister für Arbeit und Gesundheitswesen, aber schon 1950 wurde dieses Ministerium geteilt in eines für Arbeit und eines für Gesundheitswesen, wobei Steidle das letztere übernahm.

¹⁰⁸ November 1963: 68%; Dezember 1965: 73%; Juli 1967: 74%; Dezember 1969: 79%

perten im gesamten Ministerrat ebenfalls deutlich zu, wenn er hier auch langsamer stieg¹⁰⁹. Man kann daraus schließen, daß die Fachressorts hier den Schrittmacher spielten, und dann – nach der Bewährung von Experten in diesen Ressorts – die weitere Entwicklung beschleunigt erfolgte. Selbst die Organe des Arbeits- und Bildungswesens und die Kontrollorgane werden heute überwiegend von Experten geleitet¹¹⁰. Auffällig ist nur, daß die Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und des Landwirtschaftsrates (Schürer und Ewald) als Leiter der wichtigsten wirtschaftlichen Staatsorgane keine Fachausbildung haben, sondern Absolventen der Parteihochschule sind. Auch der ehemalige Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates (Neumann), der heute Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates ist, hat keine Fachausbildung. Alle 3 sind Mitglieder des Präsidiums und zugleich des Politbüros. Dies könnte ein Indiz dafür sein, daß es der Parteiführung noch nicht ratsam erscheint, die oberste Spitze der Wirtschaftsleitung an die Experten abzugeben¹¹¹. Abgesehen von diesen 3 Personen können aber im Ministerrat nicht wie im Zentralkomitee Zentren der Beharrung und des Wandels unterschieden werden, sondern die Beschreibung von Ludz, der Ministerrat sei ein Zentrum der Dynamik in der DDR, trifft nach den hier dargestellten Ergebnissen auf den gesamten Ministerrat zu¹¹².

Karrieremuster der Ministerratsmitglieder

Es soll hier überprüft werden, inwieweit die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen über die DDR-Elite auch auf die Mitglieder des Ministerrates zutreffen. Zu diesem Zweck wurden statistische Tests durchgeführt, die zeigen sollen, ob Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Ministerratsmitgliedern systematisch sind oder auf Zufall beruhen können (vgl. Tabelle VI).

¹⁰⁹ Februar 1961: 30%; Juli 1962: 52%; November 1963: 56%; Dezember 1965: 63%; Juli 1967: 74%

¹¹⁰ eine Ausnahme stellt das Ministerium für Volksbildung dar, das von Margot Honecker geleitet wird.

¹¹¹ Richert interpretiert diese Tatsache anders: Neumann erscheint ihm »fast funktionslos« (S. 63), Ewald hält er für einen sehr fähigen Organisator (S. 65/66), und die Staatliche Plankommission hat seiner Meinung nach an Bedeutung verloren, womit Schürers Position geschwächt wurde (S. 63). Nach Neumanns Berufung zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates im Juni 1968 dürfte sich Richerts Interpretation über dessen schwache Stellung aber als ein Fehlschluß erwiesen haben, denn die Position des Ersten Stellvertreters war immer sehr bedeutsam, früher hatten sie vorübergehend Ulbricht und Stoph innegehabt. (Alle Seitenangaben beziehen sich auf Richert, Die DDR-Elite, a. a. O.)

¹¹² Ludz, a. a. O., S. 257

Zuerst wurde das bisher wesentlichste Ergebnis überprüft, nämlich die Zunahme von wirtschaftlich-technisch-naturwissenschaftlich ausgebildeten Experten im Ministerrat. Schon aus Tabelle IV ist zu entnehmen, daß sich ihr Anteil an allen Ministerratsmitgliedern seit Beginn der sechziger Jahre beträchtlich erhöht hat. Der Test, bei dem die Umbesetzung des Ministerrates im Juli 1962, der Beginn der veränderten Wirtschaftspolitik, als Kriterium für die Abteilung der Ministerratsmitglieder genommen wurde, ergab, daß seit Juli 1962 der Anteil der in den Ministerrat berufenen Experten wesentlich größer ist als vorher (Tabelle VI).

Im Zusammenhang mit der Ablösung älterer, nicht fachlich ausgebildeter Ministerratsmitglieder sank auch das Durchschnittsalter der Ministerratsmitglieder, was sich schon in Tabelle V zeigt. In Tabelle VI wurde überprüft, inwieweit Altersunterschiede bei der Berufung in den Ministerrat vor und ab Juli 1962 festzustellen sind. Hier ergab sich eine deutliche Tendenz zur Verjüngung.

Schließlich wurde noch überprüft, ob die Ergebnisse von Ludz und Prahl zutreffend sind, daß die Apparate heute tendenziell auseinandertreten und damit die Austauschbarkeit zwischen den Positionen geringer geworden ist. Es zeigte sich allerdings, daß im Ministerrat eine gerade umgekehrte Tendenz festzustellen ist. Während nämlich die Hälfte der vor Juli 1962 berufenen Ministerratsmitglieder eine Karriere überwiegend im Staatsapparat hinter sich hatte, hatten fast alle später Berufenen vor ihrer Berufung häufiger gewechselt. Von den 89 vor Juli 1962 berufenen Ministerratsmitgliedern hatten 44 eine Karriere überwiegend im Staatsapparat hinter sich, von den 50 später berufenen nur 7. Dieser Unterschied zeigt sich allerdings nicht so eindeutig, wenn man die Positionen betrachtet, aus denen die Ministerratsmitglieder berufen wurden (Tabelle VI).

	vor Juli 1962 berufen	ab Juli 1962 berufen
Berufung aus:		
Staatsapparat	58 (62,2%)	28 (56%)
Parteiapparate und Massenorganisationen	12 (13,4%)	11 (22%)
Wirtschaft	3 (3,4%)	6 (12%)
kulturell-sozialer Sektor	4 (4,5%)	5 (10%)
keinem der Sektoren zuzuordnen (vgl. S. 32)	6 (6,7%)	

Auch nach Juli 1962 wurde also immer noch über die Hälfte der Ministerratsmitglieder aus Positionen des Staatsapparates in den Ministerrat

berufen, auch wenn sie wesentlich seltener eine Karriere ausschließlich im Staatsapparat hinter sich hatten.

Die Ergebnisse von Ludz und Prahl über den verringerten Positionswechsel zwischen den verschiedenen Sektoren gelten also nicht für den Ministerrat, vielmehr ist für diesen eine gerade umgekehrte Tendenz festzustellen. Allerdings stellte auch Ludz fest, daß die Fluktuation im Staatsapparat höher ist als in anderen Sektoren. »Der Staatsapparat stellt demgegenüber eine Art Sammelbecken für Funktionäre aus anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen dar und weist deshalb, im ganzen gesehen, eine höhere Fluktuationsrate auf¹¹³.«

Da sich zugleich ein wesentlicher Altersunterschied zwischen den vor und ab Juli 1962 berufenen Ministerratsmitgliedern ergab, scheint die Aussage Richerts zutreffen, daß gerade die jüngeren, mit wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigten Spitzenfunktionäre häufig wechseln. »Spitzenfunktionäre sind in erstaunlichem Maße von einem zum anderen Apparat hinübergewechselt. Diese Eliten sind weitgehend untereinander austauschbar, also anders als im Repressionsapparat oder in der Diplomatie. Die Arbeitsmaterie hat hier den Vorrang, nicht die Frage, ob einer zur ‚Partei‘ oder ‚Regierung‘ gehört¹¹⁴.«

Die zusätzliche Überprüfung des Zusammenhangs von Alter und Karriere überwiegend im Staatsapparat ergab die Richtigkeit der Feststellung Richerts. Allerdings wurden auch die 1921 und später geborenen Ministerratsmitglieder noch zur Hälfte aus Positionen des Staatsapparates berufen (Tabelle VI).

Die Analyse der horizontalen Mobilität ergab also, daß die nach 1921 geborenen und/oder nach Juli 1962 berufenen Ministerratsmitglieder wesentlich seltener eine Karriere überwiegend im Staatsapparat hinter sich hatten und tendenziell auch häufiger aus anderen Sektoren in den Ministerrat berufen wurden. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, daß die im Ministerrat zu lösenden Aufgaben heute sowohl anspruchsvoller als auch mit mehr Befugnissen ausgestattet sind als vor der ökonomischen Neuorientierung im Juli 1962, denn diese beiden Kriterien machen eine Position für Experten erst attraktiv.

Die Verschmelzung von Ministerrat, Zentralkomitee und Politbüro der SED

55 der untersuchten Ministerratsmitglieder, das heißt fast die Hälfte der SED-Mitglieder im Ministerrat, waren vorübergehend oder dauernd auch

¹¹³ Ludz, a. a. O., S. 223

¹¹⁴ Richert, Die DDR-Elite, a. a. O., S. 109

Mitglied im ZK. Von ihnen wurden nur 4 erst nach ihrem Ausscheiden aus dem Ministerrat ins ZK aufgenommen (Manfred Ewald, Handke, Herrmann und Kleiber). Es soll hier nun überprüft werden, wie bei den 51 übrigen, die gleichzeitig dem ZK und dem Ministerrat angehörten, der Zusammenhang zwischen den Zeitpunkten der Berufung in den Ministerrat und der Aufnahme in das Zentralkomitee der SED ist, besonders, ob die auf S. 57 aufgestellte Hypothese zutrifft, daß heute eher bewährte Ministerratsmitglieder ins ZK aufgenommen werden, während früher eher bewährte ZK-Mitglieder in den Ministerrat berufen wurden, d. h. eine Tendenz zur Integration von im Staatsapparat bewährten Experten in die politische Führungsspitze besteht, während früher umgekehrt politische Zuverlässigkeit (Indikator: ZK-Mitgliedschaft) die Voraussetzung für die Berufung in den Ministerrat war. Wieder wurde der Juli 1962 als Scheidepunkt genommen. Tabelle VI zeigt, daß vor Juli 1962 etwa zwei Drittel der ZK-Mitglieder im Ministerrat dem ZK schon vor ihrer Berufung angehörten¹¹⁵, nach Juli 1962 dagegen nicht ganz die Hälfte. Die Hypothese ist damit bestätigt.

Betrachtet man den Anteil der ZK-Mitglieder an allen SED-Mitgliedern im Ministerrat zu verschiedenen Zeitpunkten¹¹⁶, so zeigen sich deutlich 2 Tiefpunkte im Juni 1953 und Dezember 1965. Im Juni 1953 hatte die Dezentralisierung des Ministerrates mit damals 40 Mitgliedern ihren ersten Höhepunkt erreicht, sie wurde allerdings nach den politischen Auseinandersetzungen im Juni und Juli 1953 rückgängig gemacht und wohl als mißlungenes Experiment betrachtet. Im Dezember 1965 war die Dezentralisierung noch größer (der Ministerrat umfaßte 49 Mitglieder, von denen 43 der SED, aber nur 19 auch dem ZK angehörten). Diesmal scheint sie sich allerdings besser bewährt zu haben, wenn auch im Juli 1967 die Mitgliederzahl auf 39 reduziert wurde (womit sie nur knapp unter der Anzahl von 1953 und höher als zu allen sonstigen Zeitpunkten liegt). Allerdings ist seitdem der Anteil der ZK-Mitglieder an allen SED-Mitgliedern im Ministerrat so groß wie nie zuvor (26 bzw. 25 von 34). Diese Zunahme ist aber nicht auf eine erneute Kontrolle der Wirtschaftsfunktionäre durch Parteifunktionäre zurückzuführen, sondern auf

¹¹⁵ alle Mitglieder, die 1949 und 1950 in den Ministerrat berufen wurden, wurden in die erste Kategorie eingeordnet (gehörten dem ZK schon vor Berufung an), sofern sie 1950 dem Politbüro angehörten, da das ZK erst im Juli 1950 gegründet wurde. Die Mitglieder, die im selben Jahr sowohl in das ZK als auch in den Ministerrat berufen wurden, wurden in die 2. Kategorie eingeordnet (gleichzeitig oder später ins ZK aufgenommen). Der Unterschied bleibt aber etwa gleich, wenn man sie unberücksichtigt läßt.

¹¹⁶ November 1950: 66%; Juni 1953: 39%; November 1954: 55%; Dezember 1956: 52%; Dezember 1958: 65%; Februar 1961: 60%; Juli 1962: 63%; November 1963: 63%; Dezember 1965: 44%; Juli 1967: 76%

die zunehmende Integration von Experten in die politische Führungsspitze, denn allein 8 der 26 ZK-Mitglieder vom Juli 1967 waren erst im April 1967 in das ZK aufgenommen worden, und sie alle amtierten schon länger. Ludz schließt aus diesen Daten:

»Die Verschiebung zugunsten der Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees im Ministerrat von 1967 geht nicht auf Kosten der Wirtschaftsfunktionäre. Sie scheint vielmehr eine Tendenz zum Ausdruck zu bringen, die schon im Aufstieg Günter Mittags zum Vollmitglied des Politbüros deutlich wurde: Die strategische Clique bemüht sich, die Vertreter der institutionalisierten Gegenelite zu ‚integrieren‘. Es wird abzuwarten sein, ob der festgestellte Prozeß einer Verselbständigung des Staats- gegenüber dem Parteiapparat durch diese neueste Entwicklung aufgehalten wird. Als Ergebnis der Analyse des Ministerrates im Rahmen der Untersuchung des Zentralkomitees sei deshalb an dieser Stelle lediglich festgehalten, daß auch nach Auflösung des Volkswirtschaftsrates die Wirtschaft in der DDR in zunehmendem Maße von Wirtschaftsfachleuten geleitet wird¹¹⁷.«

Die 18 in der Untersuchungsgruppe vorkommenden Politbüromitglieder weisen folgende soziale Merkmale auf:

bis 1900 geboren:

6 (Grotewohl, Jendretzky, Rau, Steinhoff, Ulbricht, Zaisser).

1901–1910 geboren:

5 (Leuschner, Mewis, Neumann, Oelßner, Elli Schmidt)

1911–1920 geboren:

2 (Apel, Stoph)

1921 und später geboren:

5 (Bartsch, Ewald, Grüneberg, Halbritter, Kleiber)

Altkommunisten:

10

wirtschaftlich-technische Fachausbildung: 6 (5 davon sind keine Altkommunisten).

Einer gehörte zum Zeitpunkt seiner Berufung in den Ministerrat dem Politbüro nicht mehr an (Jendretzky), ein anderer wurde erst nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerrat in das Politbüro aufgenommen (Kleiber).

Alle übrigen 16 Politbüromitglieder im Ministerrat, die beiden Gremien gleichzeitig angehörten, waren auch Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates, was dessen Bedeutung unterstreicht. Die Anzahl der Politbüromitglieder im Ministerrat war immer sehr gering (sie schwankte zwischen 3 im Dezember 1965 und 7 im Juni 1953), aber sie können wohl als Exponenten der politischen Führung im Ministerrat bezeichnet werden, was durch ihre Zugehörigkeit zum Präsidium unterstrichen wird.

¹¹⁷ Ludz, a. a. O., S. 244

Die Ergebnisse bestätigen deutlich die Hypothese, daß die Sozialstruktur des Ministerrates sich in den letzten 20 Jahren stark in Richtung auf eine Zunahme von wirtschaftlich-technisch ausgebildeten Experten und zugleich jüngeren Personen verändert hat, wobei zwischen diesen beiden Variablen ein enger Zusammenhang besteht.

Die Überprüfung der anderen im 1. Kapitel entwickelten Hypothesen konnte hier nicht geleistet werden, es gibt aber Anzeichen dafür, daß auch diese zutreffen.

So bemüht sich z. B. die Regierung der DDR seit Beginn der sechziger Jahre in zunehmendem Maße um eine Legitimitätsbasis in der Bevölkerung. Richert sieht sogar in der Zuschneidung des Staatsrates auf die Person Ulbrichts einen solchen Versuch, Legitimität zu gewinnen: »Das Air eines milden Herrschers, das er schon in der programmatischen Erklärung und dann bei der Neuordnung der Bearbeitung von Eingaben aus der Bürgerschaft sowie in den Direktiven zur Rechtspflege auszustrahlen versucht, legt die Vermutung nahe, daß hier ein weiteres Motiv für seine Entscheidung liegen dürfte, den Staatsrat als obersten Apparat so auf seine Person zuzuschneiden¹¹⁸.«

In dieser Aussage Richerts ist zugleich auch der Punkt der Rechtssicherheit angesprochen, die in der DDR heute zunehmend vorhanden ist und auch von der politischen Führung angestrebt wird. Ein Indiz für die Bemühung um Vermittlung eines Gefühls der Rechtssicherheit könnte die Ablösung Hilde Benjamins als Justizminister im Juli 1967 sein, da diese mindestens im Westen immer als Exponent einer Terrorjustiz galt. Ihr Nachfolger Wünsche dagegen ist ein unbelasteter junger DDR-Bürger, der dazu noch nicht einmal der SED angehört.

Ein weiteres Anzeichen für die Bemühungen der DDR-Führung um Legitimität ist die seit der Einführung des NÖSPL verstärkte Anerkennung der »materiellen Interessiertheit«, die mit dem System der ökonomischen Hebel zu einem individuellen Anreizsystem für die Werktätigen ausgebaut werden sollte, was heute allerdings wieder etwas in den Hintergrund getreten ist. Auch die Betonung der Legitimität der »Arbeiter- und Bauernmacht« in zahlreichen Reden und Aufsätzen deutet in dieselbe Richtung¹¹⁹.

Außerdem läßt sich eine gewisse Dezentralisierung der Macht und eine damit Hand in Hand gehende Veränderung im Organisationsgefüge, be-

¹¹⁸ Richert, Macht ohne Mandat, a. a. O., S. 78

¹¹⁹ z. B. Artikel von Dr. Hajo Herbell im Neuen Deutschland vom 20. 11. 1966, abgedruckt in: Weber, Hermann, Von der SBZ zur DDR, 1945-1968, a. a. O., S. 323/324

sonders der Wirtschaft, aber auch des Staats- und Parteiapparates, feststellen, wie die Ergebnisse von Ludz und der weiter oben genannten wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen zeigen¹²⁰.

Als letzter wesentlicher Faktor kann noch der Aufschwung in fast allen Wissenschaftsbereichen in der DDR genannt werden, die zunehmende Anwendung der Kybernetik, mathematischer Methoden in der Wirtschaftswissenschaft und anderer neuer Wissenschaftszweige, und auch die Bemühungen um die Entwicklung einer »komplexen wissenschaftlichen Leitungstätigkeit«, die heute in der DDR zunehmend in Fachzeitschriften, auf Kongressen und sogar auf Parteitag diskutiert werden.

¹²⁰ vgl. Anmerkung 56, S. 25 und außerdem:
Leptin, Gert, Das »Neue Ökonomische System« Mitteldeutschlands, in: Wirtschaftsreformen in Osteuropa, hrsg. von Karl C. Thalheim und Hans-Hermann Höhmann, Köln 1968

Tabelle I

Name, Position und Zeit der Zugehörigkeit zum Ministerrat aller Mitglieder des Ministerrates 1949–1969

1. Abusch, Alexander (SED, vorher KPD), * 1902
Minister für Kultur Dezember 1959 – Februar 1961
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Februar 1961
2. Albrecht, Rudolf (DBD, vorher SED) * 1902
Staatssekretär für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie November 1950 – Dezember 1952
3. Apel, Erich (ptl., seit 1957 SED), * 1917, † 1965
Minister für Schwermaschinenbau April 1955 – März 1958
Minister ohne Geschäftsbereich und Mitglied des Präsidiums des Minister-
rates Juli 1962 – Januar 1963
Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Stellvertreter des Vor-
sitzenden des Ministerrates Januar 1963 – Dezember 1965
4. Balkow, Julius (SED), * 1909
Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Juli 1961 – März 1965
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates März 1965 – November 1967
5. Bartsch, Karl-Heinz (SED, vorher NSDAP), * 1923
Vorsitzender des Landwirtschaftsrates und Mitglied des Präsidiums des
Ministerrates 7. Februar 1963 – 9. Februar 1963
6. Becher, Johannes R. (SED, vorher KPD), * 1891, † 1958
Minister für Kultur Januar 1954 – Oktober 1958
7. Benjamin, Hilde (SED, vorher KPD), * 1902
Minister der Justiz Juli 1953 – Juli 1967
8. Bentzien, Hans (SED, vorher NSDAP), * 1927
Minister für Kultur Februar 1961 – Januar 1966
9. Böhm, Siegfried (SED), * 1928
Minister der Finanzen und Mitglied des Präsidiums des Ministerrates seit
Dezember 1966
10. Bolz, Lothar (NDPD, vorher KPD und SED), * 1903
Minister für Aufbau Oktober 1949 – Oktober 1953
Minister für Auswärtige Angelegenheiten Oktober 1953 – Juni 1965
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates November 1950 – Juli 1967
11. Burmeister, Friedrich (CDU, vorher DDP), * 1888, † 1968
Minister für Post- und Fernmeldewesen Oktober 1949 – November 1963
12. Chwalek, Roman (SED, vorher KPD), * 1898
Minister für Arbeit November 1950 – April 1953
Minister für Eisenbahnwesen April 1953 – November 1954
13. Dertinger, Georg (CDU), * 1903, † 1968
Minister für Auswärtige Angelegenheiten Oktober 1949 – Januar 1953

14. Dickel, Friedrich (SED, vorher KPD), * 1913
Minister des Innern seit November 1963
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates November 1963 – Dezember 1965
15. Dietrich, Helmut (SED), * 1922
Präsident der Deutschen Notenbank Juni 1964 – Juli 1967
16. Donda, Arno (SED), * 1930
Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik August 1963 – Juli 1967
17. Eggerath, Werner (SED, vorher KPD), * 1900
Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane bzw. für die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsgewalt und Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Mai 1952 – Februar 1954
18. Ewald, Georg (SED), * 1926
Vorsitzender des Landwirtschaftsrates, bzw. des Rates für Landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft und Mitglied des Präsidiums des Ministerrates seit Februar 1963
19. Ewald, Manfred (SED, vorher NSDAP), * 1926
Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport Juli 1952 – Dezember 1958
20. Fechner, Max (SED, vorher SPD), * 1892
Minister der Justiz Oktober 1949 – Juli 1953
21. Feldmann, Wilhelm (NDPD, vorher NSDAP), * 1910
Minister für Leichtindustrie November 1950 – Juli 1958
22. Fichtner, Kurt (SED, 1945 SPD), * 1916
Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates für Metallurgie und Kali November 1964 – Dezember 1965
Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kaliindustrie Dezember 1965 bis Juli 1967
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Juli 1967
23. Flegel, Manfred (NDPD), * 1927
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Juli 1967
24. Fritsch, Max (SED, vorher KPD), * 1904
Staatssekretär für Kohle und Energie November 1951 – April 1953
Staatssekretär für Kohle April 1953 – November 1953
25. Frühauf, Hans (SED, vorher NSDAP), * 1904
Staatssekretär für Forschung und Technik Juni 1961 – Juli 1962
26. Georgi, Rudi (SED), * 1927
Minister für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau seit Dezember 1965
27. Geyer, Helmut (SED, 1945 SPD), * 1920
Leiter des Staatlichen Amtes für Arbeit und Löhne Dezember 1965 – Juli 1967
28. Gießmann, Ernst-Joachim (SED, vorher NSDAP), * 1919
Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen Juli 1962 – Juli 1967
Minister für Hoch- und Fachschulwesen seit Juli 1967
29. Girnus, Wilhelm (SED, vorher KPD), * 1906
Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen Februar 1957 – Juli 1962
30. Goldenbaum, Ernst (DBD, vorher KPD und SED), * 1898
Minister für Land- und Forstwirtschaft Oktober 1949 – November 1950
31. Goschütz, Richard (SED), * 1905, 1906 oder 1907
Minister für Kohle und Energie November 1955 – Juli 1958
32. Gregor, Kurt (SED, vorher KPD), * 1907
Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel September 1952 bis November 1954
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Dezember 1958 – Juli 1960
33. Grotewohl, Otto (SED, vorher SPD), * 1894, † 1964
Vorsitzender des Ministerrates Oktober 1949 – September 1964

34. Grüneberg, Gerhard (SED), * 1921
Minister ohne Geschäftsbereich und Mitglied des Präsidiums des Minister-
rates Juli 1962 – Februar 1963
35. Grünheid, Karl (SED), * 1931
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für
Jahresplanung März 1963 – Dezember 1965
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für
Perspektivplanung Dezember 1965 – Juli 1967
36. Gysi, Klaus (SED, vorher KPD), * 1912
Minister für Kultur seit Januar 1966
37. Haase, Erich (SED), * 1929 (?)
Minister für Materialwirtschaft seit August 1968
38. Halbritter, Walter (SED), * 1927
Leiter des Amtes für Preise beim Ministerrat seit Dezember 1965
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates seit Juli 1967
39. Hamann, Karl (LDPD), * 1903
Minister für Handel und Versorgung Oktober 1949 – Dezember 1952
40. Handke, Georg (SED, vorher KPD), * 1894, † 1962
Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Oktober 1949 bis
September 1952
Minister beim Ministerrat für Zwecke der Koordinierung und Kontrolle
Mai 1952 – September 1952
41. Harig, Gerhard (SED, vorher KPD), * 1902
Staatssekretär für Hochschulwesen Februar 1951 – Februar 1957
42. Herrmann, Joachim (SED), * 1929
Staatssekretär für gesamtdeutsche bzw. westdeutsche Fragen Dezember
1965 – Juli 1967
43. Hieke, Walter (SED), * 1915
Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für die
Fragen der Wirtschaftsräte Juli 1960 – Juli 1961
44. Hoffmann, Heinz (SED, vorher KPD), * 1910
Minister für Nationale Verteidigung seit Juli 1960
45. Honecker, Margot (SED), * 1927
Minister für Volksbildung seit November 1963
46. Jeczmonka, Rudolf (SED), * 1920 (?)
Staatssekretär für Energie April 1953 – November 1953
47. Jendretzky, Hans (SED, vorher KPD), * 1897
Staatssekretär für Angelegenheiten der örtlichen Räte Februar 1958 – De-
zember 1958
Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle Novem-
ber 1961 – Mai 1963
48. Junker, Wolfgang (SED), * 1929
Minister für Bauwesen seit Februar 1963
49. Kasten, Karl (SED), * 1909
Staatssekretär für örtliche Wirtschaft November 1953 – Juli 1958
50. Kastner, Hermann (LDPD, vorher DDP), * 1886, † 1957
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Oktober 1949 – Juli 1950
51. Kerber, Erwin (SED), * 1908
Leiter des Staatlichen Komitees für Materialverwaltung August 1952 bis
November 1954
52. Kleiber, Günther (SED), * 1931
Staatssekretär für die Koordinierung der Leitung, des Einsatzes und der
Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung Dezember 1966 – Juli 1967
53. Koch, Helmut (SED), * 1922
Staatssekretär für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Juli 1958 – Dezember 1958
Leiter des Staatlichen Komitees für Erfassung und Aufkauf landwirtschaft-
licher Erzeugnisse Februar 1963 – Juli 1967

54. Krack, Erhard (SED), * 1930
Minister für bezirksgeleritete Industrie und Lebensmittelindustrie seit Dezember 1965
55. Kramer, Erwin (SED, vorher KPD), * 1902
Minister für Verkehrswesen seit November 1954
56. Kuckhoff, Greta (SED), * 1902
Präsident der Deutschen Notenbank 1954 – April 1958
57. Kührig, Heinz (SED), * 1929
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates November 1963 – Juli 1967
58. Laabs, Hans-Joachim (SED), * 1922
Minister für Volksbildung März 1954 – November 1954
59. Lange, Fritz (SED, vorher KPD), * 1898
Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle November 1950 – November 1954
Minister für Volksbildung November 1954 – Dezember 1958
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Juli 1952 – Dezember 1958
60. Lemnitz, Alfred (SED, vorher KPD), * 1905
Minister für Volksbildung Dezember 1958 – November 1963
61. Leuschner, Bruno (SED, vorher KPD), * 1910, † 1965
Vorsitzender der Staatlichen Plankommission Mai 1952 – Juli 1961
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Juli 1952 – November 1955
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates November 1955 – Februar 1965
62. Lilie, Helmut (SED), * 1923
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für Jahresplanung Dezember 1965 – Juli 1967
63. Loch, Hans (LDPD) * 1898, † 1960
Minister der Finanzen Oktober 1949 – November 1955
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates November 1950 – Juli 1960
64. Löschau, Siegbert (SED), * 1929
Minister für chemische Industrie und Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Dezember 1965 – Mai 1966
65. Lucht, Gerhard (SED), * 1913
Minister für Handel und Versorgung Oktober 1963 – März 1965
66. Macher, Friedrich (SED), * 1922
Minister für Arbeit und Berufsausbildung Dezember 1953 – Juli 1958
Leiter des Staatlichen Komitees für Arbeit und Löhne August 1958 – Dezember 1958
67. Markowitsch, Erich (SED, vorher KPD), * 1913
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates Juli 1962 – Dezember 1965
Leiter des Staatlichen Amtes für Berufsausbildung Dezember 1965 – Juli 1967
68. Maron, Karl (SED, vorher KPD), * 1903
Minister des Innern Juli 1955 – November 1963
69. Matthes, Heinz (SED, vorher NSDAP), * 1927
Vorsitzender des Komitees der Arbeiter- und Bauern-Inspektion seit Mai 1963
70. Mayer, Willi (SED), * 1906 (?)
Staatssekretär für Bauwirtschaft November 1951 – Januar 1953
71. Meiser, Hugo (SED), * 1921
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für die Koordinierung der Perspektivpläne und Jahresvolkswirtschaftspläne Juli 1960 – Juli 1961
72. Merkel, Curt-Heinz (SED, vorher NSDAP), * 1919
Minister für Handel und Versorgung Juli 1959 – Oktober 1963

73. Mewis, Karl (SED, vorher KPD), * 1907
Vorsitzender der Staatlichen Plankommission Juli 1961 – Januar 1963
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Juli 1962 – Januar 1963
74. Mielke, Erich (SED, vorher KPD), * 1907
Minister für Staatssicherheit seit November 1957
75. Müller, Rudolf (SED), * 1911
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Juli 1962 – März 1963
76. Neumann, Alfred (SED, vorher KPD), * 1909
Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates Juli 1961 – Dezember 1965
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Juli 1962 – März 1965
Minister für Materialwirtschaft Dezember 1965 – Juni 1968
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates März 1965 – Juni 1968
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Juni 1968
77. Nuschke, Otto (CDU, vorher DDP), * 1883, † 1957
Stellvertreter des Ministerpräsidenten bzw. Vorsitzenden des Ministerrates Oktober 1949 – Dezember 1957
78. Oelßner, Fred (SED, vorher KPD), * 1903
Vorsitzender der Kommission für Fragen der Konsumgüterproduktion und der Versorgung der Bevölkerung November 1955 – April 1957
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates November 1955 – Februar 1958.
79. Overbeck, Heinz (SED), Geburtsjahr unbekannt
Staatssekretär für die Verwaltung der Staatsreserven September 1952 bis Mai 1953
80. Pasold, Erich (SED), * 1921
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates und Vorsitzender des Komitees für Chemieanlagenbau Februar 1964 – Dezember 1965
81. Peplinski, Franz (SED), * 1910
Staatssekretär für Angelegenheiten der örtlichen Räte Oktober 1956 bis Februar 1958
82. Prey, Günter (SED), * 1930
Minister für Wissenschaft und Technik seit Juli 1967
83. Rau, Heinrich (SED, vorher KPD), * 1899, † 1961
Minister für Planung Oktober 1949 – November 1950
Vorsitzender der Staatlichen Plankommission November 1950 – Mai 1952
Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr Mai 1952 – November 1953
Minister für Maschinenbau November 1953 – April 1955
Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel April 1955 – März 1961
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Nov. 1950 – bis März 1961
84. Rauch, Heinz (SED, vorher KPD), * 1914, † 1962
Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik Juli 1962 – Dezember 1962
85. Rauchfuß, Wolfgang (SED), * 1931
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Dezember 1965
86. Reichelt, Hans (DBD, vorher NSDAP), * 1925
Minister für Land- und Forstwirtschaft bzw. Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft Mai 1953 – November 1953 und März 1955 – Februar 1963
Stellvertreter des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates November 1963 bis Juli 1967
87. Reingruber, Hans (ptl.), * 1888, † 1964
Minister für Verkehr Oktober 1949 – April 1953
88. Rickelen, Dirk van (SED), * 1925 (?)
Staatssekretär für Chemie, Steine und Erden November 1951 – April 1953

89. Rumpf, Willy (SED, vorher KPD), * 1903
Staatssekretär für die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft November 1950 – November 1955
Minister der Finanzen November 1955 – Dezember 1966
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates November 1954 – Dezember 1958 und November 1963 – Dezember 1966
90. Scharfenstein, Fritz (SED), * 1925
Minister für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte seit Dezember 1965
91. Schmidt, Elli (SED, vorher KPD), * 1908
Leiter der Staatlichen Kommission für Handel und Versorgung im Range eines Ministers Dezember 1952 – Herbst 1953
92. Schmidt, Martin (SED, vorher KPD), * 1905
Präsident der Deutschen Notenbank April 1958 – Dezember 1958
93. Scholz, Ernst (SED, vorher KPD), * 1913
Minister für Bauwesen August 1958 – Februar 1963
94. Scholz, Paul (DBD, vorher KPD und SED), * 1902
Minister für Land- und Forstwirtschaft November 1950 – Mai 1952
Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft Mai 1952 – November 1953
Minister für Land- und Forstwirtschaft November 1953 – März 1955
Leiter der Kommission für Fragen der Landwirtschaft November 1955 bis April 1957
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Mai 1952 – Juli 1967
95. Schröder, Wilhelm (DBD), * 1913
Minister für Land- und Forstwirtschaft Juni 1952 – Mai 1953
96. Schulze, Rudolph (CDU), * 1918
Minister für Post- und Fernmeldewesen seit November 1963
97. Schürer, Gerhard (SED), * 1921
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für Perspektivplanung März 1963 – Dezember 1965
Vorsitzender der Staatlichen Plankommission seit Dezember 1965
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Dezember 1965 – Juli 1967
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Juli 1967
98. Sefrin, Max (CDU), * 1913
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Februar 1958
Minister für Gesundheitswesen seit Dezember 1958
99. Seibt, Kurt (SED, vorher KPD), * 1908
Minister für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte und Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Juni 1964 – Dezember 1965
100. Selbmann, Fritz (SED, vorher KPD), * 1899
Minister für Industrie Oktober 1949 – November 1950
Minister für Schwerindustrie November 1950 – November 1951
Minister für Hüttenwesen und Erzbergbau November 1951 – November 1953
Minister für Schwerindustrie November 1953 – November 1955
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates November 1954 – November 1955
Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr November 1955 – April 1957
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates November 1955 – September 1958
101. Sieber, Günter (SED), * 1930
Minister für Handel und Versorgung seit März 1965
102. Siebold, Klaus (SED), * 1930
Minister für Grundstoffindustrie seit Dezember 1965
103. Singhuber, Kurt (SED), Geburtsjahr unbekannt
Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kaliindustrie seit Juli 1967

104. Sölle, Horst (SED), * 1924
Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel bzw. für Außenwirtschaft seit März 1965
105. Steger, Otfried (SED, vorher NSDAP), * 1926
Minister für Elektrotechnik und Elektronik seit Dezember 1965
106. Steidle, Luitpold (CDU, vorher NSDAP), * 1898
Minister für Arbeit und Gesundheitswesen Oktober 1949 – November 1950
Minister für Gesundheitswesen November 1950 – Dezember 1958
107. Steinhoff, Karl (SED, vorher SPD), * 1892
Minister des Innern Oktober 1949 – Mai 1952
108. Steinwand, Rudolf (SED, vorher KPD), * 1906
Minister für Berg- und Hüttenwesen November 1955 – Juli 1958
109. Stoph, Kurt (SED), * 1912
Staatssekretär für die Verwaltung der Staatsreserven Dezember 1953 bis April 1956
110. Stoph, Willi (SED, vorher KPD), * 1914
Minister des Innern Mai 1952 – Juni 1955
Minister für Nationale Verteidigung Januar 1956 – Juli 1960
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates November 1954 – Juli 1962
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Juli 1962 – September 1964
Vorsitzender des Ministerrates seit September 1964
111. Strampfer, Herbert (SED, vorher NSDAP), * 1913
Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Binnenhandel und Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Juli 1952 – November 1953
112. Streit, Hermann (SED, vorher KPD), * 1909
Staatssekretär für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse November 1950 – Februar 1958
113. Suhrbier, Max (LDPD), * 1902, † 1971
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dezember 1960 – Dezember 1965
114. Titel, Werner (DBD), * 1931
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Juli 1967
115. Ulbricht, Walter (SED, vorher KPD), * 1893
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Oktober 1949 – November 1955
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates November 1955 bis September 1960
116. Wabra, Ernst (SED, vorher KPD), * 1907
Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle Dezember 1958 – November 1961
117. Wach, Curt (SED, vorher KPD), * 1906
Minister für Handel und Versorgung Februar 1953 – Juli 1959
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates November 1954 – Dezember 1958
118. Wächter, Erich (CDU), * 1908
Staatssekretär für Kraftverkehr und Straßenwesen April 1953 – Oktober 1953
119. Wandel, Paul (SED, vorher KPD), * 1905
Minister für Volksbildung Oktober 1949 – August 1952
Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst Mai 1952 – Januar 1954
Mitglied des Präsidiums des Ministerrates Juli 1952 – Januar 1954
120. Weinberger, Bernd (SED, vorher KPD), * 1884, † 1957
Minister für Transportmittel- und Landmaschinenbau Januar 1953 – Juli 1953
121. Weiprecht, Ernst-Heinrich (SED), * 1912

- Staatssekretär für Kraftverkehr und Straßenwesen Oktober 1953 – November 1954
122. Weiss, Gerhard (SED), * 1919
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit März 1965
 123. Weiz, Herbert (SED), * 1927
Staatssekretär für Forschung und Technik Juli 1962 – Juli 1967
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Juli 1967
 124. Westphal, Kurt (SED, vorher KPD), * 1913
Minister für Lebensmittelindustrie Juni 1953 – Juli 1958
 125. Wetzel, Rudolf (SED), * 1921
Präsident der Deutschen Notenbank Juli 1962 – Juni 1964
 126. Wiesner, Rudolf (SED), * 1927
Staatssekretär für Berufsausbildung November 1950 – November 1954
 127. Winkler, Heinz (CDU), * 1910, † 1958
Minister für Aufbau November 1953 – Juni 1958
 128. Winkler, Werner (SED, vorher NSDAP), * 1913
Staatssekretär für Chemie April 1953 – November 1953
Minister für Chemische Industrie Juni 1956 – Juli 1958
 129. Winzer, Otto (SED, vorher KPD), * 1902
Minister für Auswärtige Angelegenheiten seit Juni 1965
 130. Wittik, Johann (SED), * 1923
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates November 1963 – Dezember 1965
Minister für Leichtindustrie seit Dezember 1965
 131. Wittkowski, Margarete (SED, vorher KPD), * 1910
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Februar 1961 – Juli 1967
 132. Wollweber, Ernst (SED, vorher KPD), * 1898, † 1967
Staatssekretär für Schifffahrt April 1953 – Juli 1953
Minister für Staatssicherheit November 1955 – November 1957
 133. Wunderlich, Helmut (SED), * 1919
Minister für Allgemeinen Maschinenbau Januar 1953 – November 1953 und April 1955 – Juli 1958
 134. Wünsche, Kurt (LDPD), * 1919
Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates seit Dezember 1965
Minister der Justiz seit Juli 1967
 135. Wyschofsky, Günter (SED), * 1929
Minister für chemische Industrie seit Mai 1966
 136. Zaisser, Else (SED, vorher KPD), * 1898
Minister für Volksbildung August 1952 – Oktober 1953
 137. Zaisser, Wilhelm (SED, vorher KPD), * 1893, † 1958
Minister für Staatssicherheit Februar 1950 – Juli 1953
 138. Ziller, Gerhart (SED, vorher KPD), * 1912, † 1957
Minister für Maschinenbau November 1950 – Januar 1953
Minister für Schwermaschinenbau Januar 1953 – November 1953
Minister ohne Geschäftsbereich November 1953 – Januar 1954
 139. Zimmermann Gerhard (SED), * 1927
Minister für Schwermaschinen- und Anlagenbau seit Dezember 1965

Tabelle II

Zusammensetzung des Ministerrates zu verschiedenen Zeitpunkten

Die Provisorische Regierung im November 1949, 18 Mitglieder

Ministerpräsident:

Otto Grotewohl (SED)

Stellvertreter des Ministerpräsidenten:

Hermann Kastner (LDPD)

Otto Nuschke (CDU)
 Walter Ulbricht (SED)
 Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen:
 Luitpold Steidle (CDU)
 Ministerium für Aufbau:
 Lothar Bolz (NDPD)
 Ministerium für Außenhandel und Materialversorgung:
 Georg Handke (SED)
 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
 Georg Dertinger (CDU)
 Ministerium der Finanzen:
 Hans Loch (LDPD)
 Ministerium für Handel und Versorgung:
 Karl Hamann (LDPD)
 Ministerium für Industrie:
 Fritz Selbmann (SED)
 Ministerium des Innern:
 Karl Steinhoff (SED)
 Ministerium der Justiz:
 Max Fechner (SED)
 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft:
 Ernst Goldenbaum (DBD)
 Ministerium für Planung:
 Heinrich Rau (SED)
 Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
 Friedrich Burmeister (CDU)
 Ministerium für Verkehr:
 Hans Reingruber (ptl.)
 Ministerium für Volksbildung:
 Paul Wandel (SED)

Der Ministerrat im November 1950, 26 Mitglieder

Ministerpräsident:
 Otto Grotewohl (SED)
 Stellvertreter des Ministerpräsidenten:
 Lothar Bolz (NDPD), zugleich Minister für Aufbau
 Hans Loch (LDPD), zugleich Minister der Finanzen
 Otto Nuschke (CDU)
 Heinrich Rau, (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
 Walter Ulbricht (SED)
 Ministerium für Arbeit:
 Roman Chwalek (SED)
 Ministerium für Aufbau:
 Lothar Bolz (NDPD)
 Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:
 Georg Handke (SED)
 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
 Georg Dertinger (CDU)
 Ministerium der Finanzen:
 Hans Loch (LDPD)
 Ministerium für Gesundheitswesen:
 Luitpold Steidle (CDU)
 Ministerium für Handel und Versorgung:
 Karl Hamann (LDPD)
 Ministerium des Innern:
 Karl Steinhoff (SED)
 Ministerium der Justiz:
 Max Fechner (SED)

Ministerium für Land- und Forstwirtschaft:

Paul Scholz (DBD)

Ministerium für Leichtindustrie:

Wilhelm Feldmann (NDPD)

Ministerium für Maschinenbau:

Gerhart Ziller (SED)

Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:

Friedrich Burmeister (CDU)

Ministerium für Schwerindustrie:

Fritz Selbmann (SED)

Ministerium für Staatssicherheit

Wilhelm Zaisser (SED)

Ministerium für Verkehr:

Hans Reingruber (ptl.)

Ministerium für Volksbildung:

Paul Wandel (SED)

Staatliche Plankommission:

Vorsitzender Heinrich Rau (SED)

Staatssekretariat für Berufsausbildung:

Rudolf Wiesner (SED)

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse:

Hermann Streit (SED)

Staatssekretariat für die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft

Willy Rumpf (SED)

Staatssekretariat für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie:

Rudolf Albrecht (DBD)

Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle:

Fritz Lange (SED)

Der Ministerrat im Juni 1953, 40 Mitglieder

Ministerpräsident:

Otto Grotewohl (SED)

Stellvertreter des Ministerpräsidenten:

Lothar Bolz (NDPD), zugleich Minister für Aufbau

Hans Loch (LDPD), zugleich Minister der Finanzen

Otto Nuschke (CDU)

Heinrich Rau (SED), zugleich Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr

Paul Scholz (DBD), zugleich Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Walter Ulbricht (SED)

Präsidium des Ministerrates:

Ministerpräsident

Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Werner Eggerath (SED), zugleich Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsgewalt

Fritz Lange (SED), zugleich Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle

Bruno Leuschner (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission

Herbert Strampfer (SED), zugleich Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Binnenhandel

Paul Wandel (SED), zugleich Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst

Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsgewalt:

Werner Eggerath (SED)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Binnenhandel:

Herbert Strampfer (SED)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr:
Heinrich Rau (SED)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft:
Paul Scholz (DBD)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst:
Paul Wandel (SED)

Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau:
Helmut Wunderlich (SED)

Ministerium für Arbeit:
nicht besetzt seit April 1953

Ministerium für Aufbau:
Lothar Bolz (NDPD)

Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:
Kurt Gregor (SED)

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
nicht besetzt seit Januar 1953

Ministerium für Eisenbahnwesen:
Roman Chwalek (SED)

Ministerium der Finanzen:
Hans Loch (LDPD)

Ministerium für Gesundheitswesen:
Luitpold Steidle (CDU)

Ministerium für Handel und Versorgung:
Curt Wach (SED)

Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau:
Fritz Selbmann (SED)

Ministerium des Innern:
Willi Stoph (SED)

Ministerium der Justiz:
Max Fechner (SED)

Ministerium für Land- und Forstwirtschaft:
Hans Reichelt (DBD)

Ministerium für Lebensmittelindustrie:
Kurt Westphal (SED)

Ministerium für Leichtindustrie:
Wilhelm Feldmann (NDPD)

Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
Friedrich Burmeister (CDU)

Ministerium für Schwermaschinenbau:
Gerhart Ziller (SED)

Ministerium für Staatssicherheit:
Wilhelm Zaisser (SED)

Ministerium für Transportmittel- und Landmaschinenbau:
Bernd Weinberger (SED)

Ministerium für Volksbildung:
Else Zaisser (SED)

Staatliche Kommission für Handel und Versorgung:
Elli Schmidt (SED) im Ministerrang

Staatliche Plankommission:
Bruno Leuschner (SED)

Staatliches Komitee für Körperkultur und Sport:
Manfred Ewald (SED)

Staatliches Komitee für Materialversorgung:
Erwin Kerber (SED)

Staatliche Stellenplankommission:
Vorsitzender nicht ernannt

Staatssekretariat für Berufsausbildung:
Rudolf Wiesner (SED)

Staatssekretariat für Chemie:
Werner Winkler (SED)
Staatssekretariat für Energie:
Rudolf Jeczmonka (SED)
Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse:
Hermann Streit (SED)
Staatssekretariat für Hochschulwesen:
Gerhard Harig (SED)
Staatssekretariat für Kohle:
Max Fritsch (SED)
Staatssekretariat für die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft:
Willy Rumpf (SED)
Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen:
Erich Wächter (CDU)
Staatssekretariat für Schifffahrt:
Ernst Wollweber (SED)
Staatssekretariat für die Verwaltung der Staatsreserven:
nicht ernannt
Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle:
Fritz Lange (SED)

Der Ministerrat Ende November 1954, 28 Mitglieder

Vorsitzender des Ministerrates:
Otto Grotewohl (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden:
Lothar Bolz (NDPD), zugleich Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Hans Loch (LDPD), zugleich Minister der Finanzen
Otto Nuschke (CDU)
Heinrich Rau (SED), zugleich Minister für Maschinenbau
Paul Scholz (DBD), zugleich Minister für Land- und Forstwirtschaft
Willi Stoph (SED), zugleich Minister des Innern
Walter Ulbricht (SED)
Präsidium:
Vorsitzender
Stellvertreter des Vorsitzenden
Fritz Lange (SED), zugleich Minister für Volksbildung
Bruno Leuschner (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
Willy Rumpf (SED), zugleich Staatssekretär für die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft
Fritz Selbmann (SED), zugleich Minister für Schwerindustrie
Curt Wach (SED), zugleich Minister für Handel und Versorgung
Deutsche Notenbank:
Präsident Greta Kuckhoff (SED)
Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung:
Friedrich Macher (SED)
Ministerium für Aufbau:
Heinz Winkler (CDU)
Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:
nicht ernannt
Minister für Auswärtige Angelegenheiten:
Lothar Bolz (NDPD)
Ministerium der Finanzen:
Hans Loch (LDPD)
Ministerium für Gesundheitswesen:
Luitpold Steidle (CDU)
Ministerium für Handel und Versorgung:
Curt Wach (SED)

Ministerium des Innern:
 Willi Stoph (SED)
 Ministerium der Justiz:
 Hilde Benjamin (SED)
 Ministerium für Kultur:
 Johannes R. Becher (SED)
 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft:
 Paul Scholz (DBD)
 Ministerium für Lebensmittelindustrie:
 Kurt Westphal (SED)
 Ministerium für Leichtindustrie:
 Wilhelm Feldmann (NDPD)
 Ministerium für Maschinenbau:
 Heinrich Rau (SED)
 Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
 Friedrich Burmeister (CDU)
 Ministerium für Schwerindustrie:
 Fritz Selbmann (SED)
 Ministerium für Verkehrswesen:
 Erwin Kramer (SED)
 Ministerium für Volksbildung:
 Fritz Lange (SED)
 Staatliche Plankommission:
 Bruno Leuschner (SED)
 Staatliches Komitee für Körperkultur und Sport:
 Manfred Ewald (SED)
 Staatliche Stellenplankommission:
 nicht ernannt
 Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse:
 Hermann Streit (SED)
 Staatssekretariat für Hochschulwesen:
 Gerhard Harig (SED)
 Staatssekretariat für die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft:
 Willy Rumpf (SED)
 Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft:
 Karl Kasten (SED)
 Staatssekretariat für die Verwaltung der Staatsreserven:
 Kurt Stoph (SED)
 Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle:
 nicht ernannt

Der Ministerrat im Dezember 1956, 37 Mitglieder

Vorsitzender des Ministerrates:
 Otto Grotewohl (SED)
 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden:
 Walter Ulbricht (SED)
 Stellvertreter des Vorsitzenden:
 Lothar Bolz (NDPD), zugleich Minister für Auswärtige Angelegenheiten
 Bruno Leuschner (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
 Hans Loch (LDPD)
 Otto Nuschke (CDU)
 Fred Oelßner (SED), zugleich Vorsitzender der Kommission für Fragen der
 Konsumgüterproduktion und der Versorgung der Bevölkerung
 Heinrich Rau (SED), zugleich Minister für Außenhandel und Innerdeutschen
 Handel
 Paul Scholz (DBD), zugleich Vorsitzender der Kommission für Fragen der
 Landwirtschaft

Fritz Selbmann (SED), zugleich Vorsitzender der Kommission für Industrie und Verkehr
 Willi Stoph (SED), zugleich Minister für Nationale Verteidigung
 Präsidium:
 Vorsitzender
 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden
 Stellvertreter des Vorsitzenden
 Fritz Lange (SED), zugleich Minister für Volksbildung
 Willy Rumpf (SED), zugleich Minister der Finanzen
 Curt Wach (SED), zugleich Minister für Handel und Versorgung
 Deutsche Notenbank:
 Greta Kuckhoff (SED)
 Kommission für Fragen der Konsumgüterproduktion und der Versorgung der Bevölkerung:
 Fred Oelßner (SED)
 Kommission für Fragen der Landwirtschaft:
 Paul Scholz (DBD)
 Kommission für Industrie und Verkehr:
 Fritz Selbmann (SED)
 Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau:
 Helmut Wunderlich (SED)
 Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung:
 Friedrich Macher (SED)
 Ministerium für Aufbau:
 Heinz Winkler (CDU)
 Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:
 Heinrich Rau (SED)
 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
 Lothar Bolz (NDPD)
 Ministerium für Berg- und Hüttenwesen:
 Rudolf Steinwand (SED)
 Ministerium für Chemische Industrie:
 Werner Winkler (SED)
 Ministerium der Finanzen:
 Willy Rumpf (SED)
 Ministerium für Gesundheitswesen:
 Luitpold Steidle (CDU)
 Ministerium für Handel und Versorgung:
 Curt Wach (SED)
 Ministerium des Innern:
 Karl Maron (SED)
 Ministerium der Justiz:
 Hilde Benjamin (SED)
 Ministerium für Kohle und Energie:
 Richard Goschütz (SED)
 Ministerium für Kultur:
 Johannes R. Becher (SED)
 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft:
 Hans Reichelt (DBD)
 Ministerium für Lebensmittelindustrie:
 Kurt Westphal (SED)
 Ministerium für Leichtindustrie:
 Wilhelm Feldmann (NDPD)
 Ministerium für Nationale Verteidigung:
 Willi Stoph (SED)
 Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
 Friedrich Burmeister (CDU)

Ministerium für Schwermaschinenbau:

Erich Apel (ptl.)

Ministerium für Staatssicherheit:

Ernst Wollweber (SED)

Ministerium für Verkehrswesen:

Erwin Kramer (SED)

Ministerium für Volksbildung:

Fritz Lange (SED)

Staatliche Plankommission:

Bruno Leuschner (SED)

Staatliches Komitee für Körperkultur und Sport:

Manfred Ewald (SED)

Staatssekretariat für Angelegenheiten der örtlichen Räte:

Franz Peplinski (SED)

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse:

Hermann Streit (SED)

Staatssekretariat für Hochschulwesen:

Gerhard Harig (SED)

Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft:

Karl Kasten (SED)

Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle:

nicht ernannt

Der Ministerrat im Dezember 1958, 23 Mitglieder

Vorsitzender des Ministerrates:

Otto Grotewohl (SED)

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden:

Walter Ulbricht (SED)

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Lothar Bolz (NDPD), zugleich Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Bruno Leuschner (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission

Hans Loch (LDPD)

Heinrich Rau (SED), zugleich Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel

Paul Scholz (DBD)

Max Sefrin (CDU), zugleich Minister für Gesundheitswesen

Willi Stoph (SED), zugleich Minister für Nationale Verteidigung

Präsidium:

Vorsitzender

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden

Stellvertreter des Vorsitzenden

Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:

Heinrich Rau (SED)

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:

Lothar Bolz (NDPD)

Ministerium für Bauwesen:

Ernst Scholz (SED)

Ministerium der Finanzen:

Willy Rumpf (SED)

Ministerium für Gesundheitswesen:

Max Sefrin (CDU)

Ministerium für Handel und Versorgung:

Curt Wach (SED)

Ministerium des Innern:

Karl Maron (SED)

Ministerium der Justiz:

Hilde Benjamin (SED)

Ministerium für Kultur:
Alexander Abusch (SED)
Ministerium für Land- und Forstwirtschaft:
Hans Reichelt (DBD)
Ministerium für Nationale Verteidigung:
Willi Stoph (SED)
Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
Friedrich Burmeister (CDU)
Ministerium für Staatssicherheit:
Erich Mielke (SED)
Ministerium für Verkehrswesen:
Erich Kramer (SED)
Ministerium für Volksbildung:
Alfred Lemnitz (SED)
Staatliche Plankommission:
Vorsitzender: Bruno Leuschner (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden: Kurt Gregor (SED)
Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen:
Wilhelm Girnus (SED)
Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle:
Ernst Wabra (SED)

Der Ministerrat im Februar 1961, 26 Mitglieder

Vorsitzender des Ministerrates:
Otto Grotewohl (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden:
Alexander Abusch (SED)
Lothar Bolz (NDPD), zugleich Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Bruno Leuschner (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
Heinrich Rau (SED), zugleich Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
Paul Scholz (DBD)
Max Sefrin (CDU), zugleich Minister für Gesundheit
Willi Stoph (SED)
Max Suhrbier (LDPD)
Margarete Wittkowski (SED)
Präsidium:
Vorsitzender
Stellvertreter des Vorsitzenden
Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:
Heinrich Rau (SED)
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
Lothar Bolz (NDPD)
Ministerium für Bauwesen:
Ernst Scholz (SED)
Ministerium der Finanzen:
Willy Rumpf (SED)
Ministerium für Gesundheitswesen:
Max Sefrin (CDU)
Ministerium für Handel und Versorgung:
Curt-Heinz Merkel (SED)
Ministerium des Innern:
Karl Maron (SED)
Ministerium der Justiz:
Hilde Benjamin (SED)
Ministerium für Kultur:
Hans Bentzien (SED)

Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft:
Hans Reichelt (DBD)
Ministerium für Nationale Verteidigung:
Heinz Hoffmann (SED)
Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
Friedrich Burmeister (CDU)
Ministerium für Staatssicherheit:
Erich Mielke (SED)
Ministerium für Verkehrswesen:
Erwin Kramer (SED)
Ministerium für Volksbildung:
Alfred Lemnitz (SED)
Staatliche Plankommission:
Vorsitzender: Bruno Leuschner (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden für die Koordinierung der Perspektivpläne und
der Jahresvolkswirtschaftspläne:
Hugo Meiser (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden für die Fragen der Wirtschaftsräte:
Walter Hieke (SED)
Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen:
Wilhelm Girnus (SED)
Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle:
Ernst Wabra (SED)

Der Ministerrat im Juli 1962, 33 Mitglieder

Vorsitzender des Ministerrates:
Otto Grotewohl (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden:
Willi Stoph (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden:
Alexander Abusch (SED)
Lothar Bolz (NDPD), zugleich Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Bruno Leuschner (SED)
Paul Scholz (DBD)
Max Sefrin (CDU), zugleich Minister für Gesundheitswesen
Max Suhrbier (LDPD)
Margarete Wittkowski (SED)
Präsidium:
Vorsitzender
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden
Stellvertreter des Vorsitzenden
Erich Apel (SED), Minister ohne Geschäftsbereich
Gerhard Grüneberg (SED), Minister ohne Geschäftsbereich
Karl Mewis (SED), Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
Alfred Neumann (SED), Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates
Deutsche Notenbank:
Rudolf Wetzlar (SED)
Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:
Julius Balkow (SED)
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
Lothar Bolz (NDPD)
Ministerium für Bauwesen:
Ernst Scholz (SED)
Ministerium der Finanzen:
Willy Rumpf (SED)
Ministerium für Gesundheitswesen:
Max Sefrin (CDU)

Ministerium für Handel und Versorgung:

Curt-Heinz Merkel (SED)

Ministerium des Innern:

Karl Maron (SED)

Ministerium der Justiz:

Hilde Benjamin (SED)

Ministerium der Kultur:

Hans Bentzien (SED)

Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft:

Hans Reichelt (DBD)

Ministerium für Nationale Verteidigung:

Heinz Hoffmann (SED)

Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:

Friedrich Burmeister (CDU)

Ministerium für Staatssicherheit:

Erich Mielke (SED)

Ministerium für Verkehrswesen:

Erwin Kramer (SED)

Ministerium für Volksbildung:

Alfred Lemnitz (SED)

Staatliche Plankommission:

Vorsitzender: Karl Mewis (SED)

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden: Rudolf Müller (SED)

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik:

Heinz Rauch (SED)

Staatssekretariat für Forschung und Technik:

Herbert Weiz (SED)

Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen:

Ernst-Joachim Gießmann (SED)

Volkswirtschaftsrat:

Vorsitzender: Alfred Neumann (SED)

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden: Erich Markowitsch (SED)

Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle:

Hans Jendretzky (SED)

Der Ministerrat im November 1963, 36 Mitglieder

Vorsitzender des Ministerrates:

Otto Grotewohl (SED)

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden:

Willi Stoph (SED)

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Alexander Abusch (SED)

Erich Apel (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission

Lothar Bolz (NDPD), zugleich Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Bruno Leuschner (SED)

Paul Scholz (DBD)

Max Sefrin (CDU), zugleich Minister für Gesundheitswesen

Max Suhrbier (LDPD)

Margarete Wittkowski (SED)

Präsidium:

Vorsitzender

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden

Stellvertreter des Vorsitzenden

Friedrich Dickel (SED), Minister des Innern

Georg Ewald (SED), Vorsitzender des Landwirtschaftsrates

Alfred Neumann (SED), Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates

Willy Rumpf (SED), Minister der Finanzen

Deutsche Notenbank:
Rudolf Werzel (SED)
Komitee der Arbeiter- und Bauern-Inspektion:
Heinz Matthes (SED)
Landwirtschaftsrat:
Vorsitzender: Georg Ewald (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden: Heinz Kuhrig (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden: Hans Reichelt (DBD)
Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:
Julius Balkow (SED)
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
Lothar Bolz (NDPD)
Ministerium für Bauwesen:
Wolfgang Junker (SED)
Ministerium der Finanzen:
Willy Rumpf (SED)
Ministerium für Gesundheitswesen:
Max Sefrin (CDU)
Ministerium für Handel und Versorgung:
Gerhard Lucht (SED)
Ministerium des Innern:
Friedrich Dickel (SED)
Ministerium der Justiz:
Hilde Benjamin (SED)
Ministerium für Kultur:
Hans Bentzien (SED)
Ministerium für Nationale Verteidigung:
Heinz Hoffmann (SED)
Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
Rudolph Schulze (CDU)
Ministerium für Staatssicherheit:
Erich Mielke (SED)
Ministerium für Verkehrswesen:
Erwin Kramer (SED)
Ministerium für Volksbildung:
Margot Honecker (SED)
Staatliche Plankommission:
Vorsitzender: Erich Apel (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden für Perspektivplanung:
Gerhard Schürer (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden für Jahresplanung:
Karl Grünheid (SED)
Staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse:
Helmut Koch (SED)
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik:
Arno Donda (SED)
Staatssekretariat für Forschung und Technik:
Herbert Weiz (SED)
Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen:
Ernst-Joachim Gießmann (SED)
Volkswirtschaftsrat:
Vorsitzender: Alfred Neumann (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden: Erich Markowitsch (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden: Johann Wittik (SED)

Der Ministerrat im Dezember 1965, 49 Mitglieder

Vorsitzender des Ministerrates:
Willi Stoph (SED)

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Alexander Abusch (SED)

Julius Balkow (SED)

Lothar Bolz (NDPD)

Alfred Neumann (SED), zugleich Minister für Materialwirtschaft

Wolfgang Rauchfuß (SED)

Paul Scholz (DBD)

Max Sefrin (CDU), zugleich Minister für Gesundheitswesen

Gerhard Weiss (SED)

Margarete Wittkowski (SED)

Kurt Wünsche (LDPD)

Präsidium:

Vorsitzender

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Georg Ewald (SED), Vorsitzender des Landwirtschaftsrates

Siegbert Löschau (SED), Minister für chemische Industrie

Willy Rumpf (SED), Minister der Finanzen

Gerhard Schürer (SED), Vorsitzender der Staatlichen Plankommission

Gerhard Zimmermann (SED), Minister für Schwermaschinen- und Anlagenbau

Amt für Preise beim Ministerrat:

Walter Halbritter (SED)

Deutsche Notenbank:

Helmut Dietrich (SED)

Komitee der Arbeiter- und Bauern-Inspektion:

Heinz Matthes (SED)

Landwirtschaftsrat:

Vorsitzender: Georg Ewald (SED)

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden: Heinz Kuhrig (SED)

Stellvertreter des Vorsitzenden: Hans Reichelt (DBD)

Ministerium für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte:

Fritz Scharfenstein (SED)

Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:

Horst Sölle (SED)

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:

Otto Winzer (SED)

Ministerium für Bauwesen:

Wolfgang Junker (SED)

Ministerium für bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie:

Erhard Krack (SED)

Ministerium für chemische Industrie:

Siegbert Löschau (SED)

Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik:

Otfried Steger (SED)

Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali:

Kurt Fichtner (SED)

Ministerium der Finanzen:

Willy Rumpf (SED)

Ministerium für Gesundheitswesen:

Max Sefrin (CDU)

Ministerium für Grundstoffindustrie:

Klaus Siebold (SED)

Ministerium für Handel und Versorgung:

Günter Sieber (SED)

Ministerium des Innern:

Friedrich Dickel (SED)

Ministerium der Justiz:

Hilde Benjamin (SED)

Ministerium für Kultur:
Hans Bentzien (SED)
Ministerium für Leichtindustrie:
Johann Wirtik (SED)
Ministerium für Materialwirtschaft:
Alfred Neumann (SED)
Ministerium für Nationale Verteidigung:
Heinz Hoffmann (SED)
Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
Rudolph Schulze (CDU)
Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau:
Gerhard Zimmermann
Ministerium für Staatssicherheit:
Erich Mielke (SED)
Ministerium für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau:
Rudi Georgi (SED)
Ministerium für Verkehrswesen:
Erwin Kramer (SED)
Ministerium für Volksbildung:
Margot Honecker (SED)
Staatliche Plankommission:
Vorsitzender: Gerhard Schürer (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden für Perspektivplanung:
Karl Grünheid (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden für Jahresplanung:
Helmut Lilie (SED)
Staatliches Amt für Arbeit und Löhne:
Helmut Geyer (SED)
Staatliches Amt für Berufsausbildung:
Erich Markowitsch (SED)
Staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse:
Helmut Koch (SED)
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik:
Arno Donda (SED)
Staatssekretariat für Forschung und Technik:
Herbert Weiz (SED)
Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen:
Ernst-Joachim Gießmann (SED)
Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen:
Joachim Herrmann (SED)

Der Ministerrat im Juli 1967, 39 Mitglieder

Vorsitzender des Ministerrates:
Willi Stoph (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden:
Alexander Abusch (SED)
Julius Balkow (SED), bis November 1967
Kurt Fichtner (SED)
Manfred Flegel (NDPD)
Alfred Neumann (SED), zugleich Minister für Materialwirtschaft, seit Juli 1968
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden
Wolfgang Rauchfuß (SED)
Gerhard Schürer (SED), zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
Max Sefrin (CDU), zugleich Minister für Gesundheitswesen
Werner Titel (DBD)
Gerhard Weiss (SED)
Herbert Weiz (SED)
Kurt Wünsche (LDPD), zugleich Minister der Justiz

Präsidium:
Vorsitzender
Stellvertreter
Siegfried Böhm (SED), Minister der Finanzen
Georg Ewald (SED), Vorsitzender des Landwirtschaftsrates
Walter Halbritter (SED), Leiter des Amtes für Preise
Amt für Preise beim Ministerrat:
Walter Halbritter (SED)
Komitee der Arbeiter- und Bauern-Inspektion:
Heinz Matthes (SED)
Landwirtschaftsrat:
Georg Ewald (SED)
Ministerium für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte:
Fritz Scharfenstein (SED)
Ministerium für Außenwirtschaft:
Horst Sölle (SED)
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:
Otto Winzer (SED)
Ministerium für Bauwesen:
Wolfgang Junker (SED)
Ministerium für bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie:
Erhard Krack (SED)
Ministerium für chemische Industrie:
Günter Wyschofsky (SED)
Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik:
Otfried Steger (SED)
Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali:
Kurt Singhuber (SED)
Ministerium der Finanzen:
Siegfried Böhm (SED)
Ministerium für Gesundheitswesen:
Max Sefrin (CDU)
Ministerium für Grundstoffindustrie:
Klaus Siebold (SED)
Ministerium für Handel und Versorgung:
Günter Sieber (SED)
Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen:
Ernst-Joachim Gießmann (SED)
Ministerium des Innern:
Friedrich Dickel (SED)
Ministerium der Justiz:
Kurt Wünsche (LDPD)
Ministerium für Kultur:
Klaus Gysi (SED)
Ministerium für Leichtindustrie:
Johann Wittik (SED)
Ministerium für Materialwirtschaft:
Alfred Neumann (SED), seit August 1968 Erich Haase (SED)
Ministerium für Nationale Verteidigung:
Heinz Hoffmann (SED)
Ministerium für Post- und Fernmeldewesen:
Rudolph Schulze (CDU)
Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau:
Gerhard Zimmermann (SED)
Ministerium für Staatssicherheit:
Erich Mielke (SED)
Ministerium für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau:
Rudi Georgi (SED)

Ministerium für Verkehrswesen:
Erwin Kramer (SED)
Ministerium für Volksbildung:
Margot Honecker (SED)
Ministerium für Wissenschaft und Technik:
Günter Prey (SED)
Staatliche Plankommission:
Gerhard Schürer (SED)

Tabelle III

Ministerien und Organe des Ministerrates, die durch ihren Leiter dauernd oder vorübergehend im Ministerrat vertreten waren, und ihre personelle Besetzung in der Zeit von Oktober 1949 bis Dezember 1969

Die personelle Besetzung bezieht sich nur auf die Zeit, in der die entsprechenden Personen Mitglieder des Ministerrates waren. Ein F in Klammern hinter dem Namen eines Ressorts kennzeichnet seine Einstufung als Fachressort, d. h. sagt aus, daß seine Leitung einen Experten im oben definierten Sinne erfordert.

Ministerpräsident und/oder Vorsitzender des Ministerrates:
Oktober 1949 bis September 1964 Otto Grotewohl (SED)
seit September 1964 Willi Stoph (SED)

Stellvertreter des Ministerpräsidenten bzw. des Vorsitzenden des Ministerrates:

Provisorische Regierung Oktober 1949 bis November 1950

Hermann Kastner (LDPD) bis Juli 1950
Otto Nuschke (CDU)
Walter Ulbricht (SED)

Ministerrat in der Ersten Wahlperiode November 1950 bis November 1954

Lothar Bolz (NDPD) seit November 1950
Hans Loch (LDPD) seit November 1950
Otto Nuschke (CDU)
Heinrich Rau (SED) seit November 1950
Paul Scholz seit Mai 1952
Walter Ulbricht (SED)

Ministerrat in der Zweiten Wahlperiode November 1954 bis Dezember 1958

Lothar Bolz (NDPD)
Bruno Leuschner (SED) seit November 1955
Hans Loch (LDPD)
Otto Nuschke (CDU) bis Dezember 1957
Fred Oelßner (SED) vom November 1955 bis Februar 1958
Heinrich Rau (SED)
Paul Scholz (DBD)
Max Sefrin (CDU) seit Februar 1958
Fritz Selbmann (SED) November 1955 bis September 1958
Willi Stoph (SED), seit November 1954
Walter Ulbricht (SED), seit November 1955 Erster Stellvertreter

Ministerrat in der Dritten Wahlperiode Dezember 1958 bis November 1963

Alexander Abusch (SED), seit Februar 1961 Stellvertreter für Kultur und Erziehung
Erich Apel (SED) seit Januar 1963
Lothar Bolz (NDPD)

Bruno Leuschner (SED)
Hans Loch (LDPD) bis Juli 1960
Heinrich Rau (SED) bis März 1961
Paul Scholz (DBD)
Max Sefrin (CDU)
Max Suhrbier (LDPD), seit Dezember 1960
Willi Stoph (SED), seit Juli 1960 mit der allseitigen Koordinierung und Kontrolle der Beschlüsse des ZK, der SED und des Ministerrates im Staatsapparat beauftragt, seit Juli 1962 Erster Stellvertreter
Walter Ulbricht (SED), Erster Stellvertreter bis September 1960
Margarete Wittkowski (SED), seit Februar 1961 Stellvertreter für Handel, Versorgung und Landwirtschaft

Ministerrat in der Vierten Wahlperiode November 1963 bis Juli 1967

Alexander Abusch (SED)
Erich Apel (SED) bis Dezember 1965
Julius Balkow (SED) seit März 1965
Lothar Bolz (NDPD) bis Juli 1967
Bruno Leuschner (SED) bis Februar 1965
Alfred Neumann (SED) seit März 1965
Wolfgang Rauchfuß (SED) seit Dezember 1965
Paul Scholz (DBD) bis Juli 1967
Max Sefrin (CDU)
Max Suhrbier (LDPD) bis Dezember 1965
Willi Stoph (SED), Erster Stellvertreter bis September 1964
Gerhard Weiss (SED) seit März 1965
Margarete Wittkowski (SED) bis Juli 1967
Kurt Wünsche (LDPD) seit Dezember 1965

Ministerrat in der Fünften Wahlperiode seit Juli 1967

Alexander Abusch (SED)
Julius Balkow (SED) bis November 1967
Kurt Fichtner (SED) seit Juli 1967
Manfred Flegel (NDPD) seit Juli 1967
Alfred Neumann, seit Juni 1968 Erster Stellvertreter
Wolfgang Rauchfuß (SED)
Max Sefrin (CDU)
Gerhard Schürer (SED) seit Juli 1967
Werner Titel (DBD) seit Juli 1967
Gerhard Weiss (SED)
Herbert Weiz (SED) seit Juli 1967
Kurt Wünsche (LDPD)

Präsidium des Ministerrates

Das Präsidium wurde im Juli 1952 gegründet. Von Anfang an gehörten ihm immer der Vorsitzende des Ministerrates und seine Stellvertreter an, die hier nicht mehr aufgeführt werden. Dagegen wird der Aufstieg vom einfachen Präsidiumsmitglied zum Stellvertreter des Vorsitzenden jeweils angemerkt.

Ministerrat in der 1. Wahlperiode November 1950 bis November 1954

Werner Eggerath (SED) von Juli 1952 bis Februar 1954
Fritz Lange (SED) seit Juli 1952
Bruno Leuschner (SED) seit Juli 1952
Herbert Strampfer (SED) von Juli 1952 bis November 1953
Paul Wandel (SED) von Juli 1952 bis Januar 1954

Ministerrat in der 2. Wahlperiode November 1954 bis Dezember 1958

Fritz Lange (SED) bis Dezember 1958
Willy Rumpf (SED) von November 1954 bis Dezember 1958
Bruno Leuschner (SED) bis November 1955, dann

Stellvertreter des Vorsitzenden
Fritz Selbmann (SED) von November 1954 bis November 1955, dann
Stellvertreter des Vorsitzenden
Curt Wach (SED) von November 1954 bis Dezember 1958

Ministerrat in der 3. Wahlperiode Dezember 1958 bis November 1963

Erich Apel (SED) von Juli 1962 bis Januar 1963, dann Stellvertreter des Vorsitzenden

Harl-Heinz Bartsch (SED) vom 7. bis 9. Februar 1963

Georg Ewald (SED) seit 9. Februar 1963

Gerhard Grüneberg (SED) von Juli 1962 bis Februar 1963

Karl Mewis (SED) von Juli 1962 bis Januar 1963

Alfred Neumann (SED) seit Juli 1962

Ministerrat in der 4. Wahlperiode November 1963 bis Juli 1967

Siegfried Böhm (SED) seit Dezember 1966

Friedrich Dickel (SED) von November 1963 bis Dezember 1965

Georg Ewald (SED)

Siegbert Löschau (SED) von Dezember 1965 bis Mai 1966

Alfred Neumann (SED) bis März 1965, dann Stellvertreter des Vorsitzenden

Willy Rumpf (SED) von November 1963 bis Dezember 1966

Gerhard Schürer (SED) von Dezember 1965 bis Juli 1967, dann Stellvertreter des Vorsitzenden

Kurt Seibt (SED) von Juni 1964 bis Dezember 1965

Gerhard Zimmermann (SED) von Dezember 1965 bis Juli 1967

Ministerrat in der 5. Wahlperiode seit Juli 1967

Siegfried Böhm (SED)

Georg Ewald (SED)

Walter Halbritter (SED) seit Juli 1967

Amt für Preise beim Ministerrat (F)

gegründet Dezember 1965. Leiter seit Dezember 1965: Walter Halbritter

Deutsche Notenbank (F)

Präsident ist Mitglied des Ministerrates von November 1954 bis Dezember 1958 und von Juli 1962 bis Juli 1967.

November 1954 bis April 1958: Greta Kuckhoff (SED)

April 1958 bis Dezember 1958: Martin Schmidt (SED)

Juli 1962 bis Juni 1964: Rudolf Wetzels (SED)

Juni 1964 bis Juli 1967: Helmut Dietrich (SED)

Komitee der Arbeiter- und Bauern-Inspektion

gegründet Mai 1963 als Nachfolgeorganisation der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle.

Vorsitzender seit Mai 1963: Heinz Matthes (SED)

Komitee für Arbeit und Löhne

gegründet Juli 1958. Seit Dezember 1958 gehört der Vorsitzende nicht mehr dem Ministerrat an.

Vorsitzender von Juli 1958 bis Dezember 1958: Friedrich Macher (SED)

Kommission für Fragen der Konsumgüterproduktion und der Versorgung der Bevölkerung (F)

gegründet November 1955, aufgelöst April 1957.

Vorsitzender von November 1955 bis April 1957: Fred Oelßner (SED)

Kommission für Fragen der Landwirtschaft (F)

gegründet November 1955, aufgelöst April 1957

Vorsitzender Paul Scholz (DBD)

Kommission für Industrie und Verkehr (F)
gegründet November 1955, aufgelöst April 1957
Vorsitzender Fritz Selbmann (SED)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane
gegründet Mai 1952, im April 1953 umbenannt in

Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsgewalt
aufgelöst Februar 1954
Leiter im Range eines Staatssekretärs Werner Eggerath (SED)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Binnenhandel (F)
gegründet Mai 1952, aufgelöst November 1953
Leiter im Range eines Staatssekretärs Herbert Strampfer (SED)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr (F)
gegründet Mai 1952, aufgelöst November 1953
Leiter und zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau (SED)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (F)
gegründet Mai 1952, aufgelöst November 1953
Leiter und zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Paul Scholz (DBD)

Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst
gegründet Mai 1952, aufgelöst Februar 1954
Leiter im Range eines Ministers bis Januar 1954: Paul Wandel (SED)

Landwirtschaftsrat (F)
gegründet Februar 1963, zugleich Auflösung des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft. Juni 1968 umbenannt in Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft.
Vorsitzender:

vom 7. bis 9. Februar 1963 Karl-Heinz Bartsch (SED)
seit 9. Februar 1963 Georg Ewald (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden:
November 1963 bis Juli 1967 Heinz Kuhrig (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden:
November 1963 bis Juli 1967 Hans Reichelt (DBD)

Minister beim Ministerrat für Zwecke der Koordinierung und Kontrolle
amtierte von Mai bis September 1952: Georg Handke (SED)

Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau (F)
entstand im Januar 1953 durch Aufgliederung des Ministeriums für Maschinenbau und wurde im November 1953 wieder in dieses überführt. Nach nochmaliger Aufgliederung des Ministeriums für Maschinenbau wieder aus diesem hervorgegangen im April 1955, aufgelöst im Juli 1958.
Minister: Helmut Wunderlich (SED)

Ministerium für die Anleitung und Kontrolle der Bezirke- und Kreisräte
gegründet Juni 1964.
Minister: Juni 1964 bis Dezember 1965 Kurt Seibt (SED)
seit Dezember 1965 Fritz Scharfenstein (SED)

Ministerium für Arbeit
entstand im November 1950 durch Aufgliederung des Ministeriums für Arbeit und Gesundheitswesen.
Minister: November 1950 bis April 1953: Roman Chwalek (SED)
Dezember 1953 bis November 1954: Friedrich Macher (SED).
November 1954 erweitert zum

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung

aufgelöst Juli 1958.

Minister: Friedrich Macher (SED).

Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen

gegründet Oktober 1949, November 1950 aufgegliedert in das Ministerium für Arbeit und das Ministerium für Gesundheitswesen.

Minister: Luitpold Steidle (CDU)

Minister für Aufbau (F)

gegründet Oktober 1949

Minister: Oktober 1949 bis Oktober 1953 Lothar Bolz (NDPD)

November 1953 bis Juni 1958 Heinz Winkler (CDU)

zwischen Februar und August 1958 umbenannt in Ministerium für Bauwesen.

Ministerium für Außenhandel und Materialversorgung (F)

gegründet 7. 10. 1949, 20. 10. 1949 umbenannt in Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung

Minister: Georg Handke (SED)

Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (F)

November 1950 hervorgegangen aus dem Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung

Minister: November 1950 bis September 1952 Georg Handke (SED)

September 1952 bis November 1954 Kurt Gregor (SED)

April 1955 bis März 1961 Heinrich Rau (SED)

Juli 1961 bis März 1965 Julius Balkow (SED)

März 1965 bis Juli 1967 Horst Sölle (SED)

Juli 1967 umbenannt in:

Ministerium für Außenwirtschaft (F)

Minister: Horst Sölle (SED)

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

gegründet Oktober 1949

Minister: Oktober 1949 bis Januar 1953: Georg Dertinger (CDU)

Oktober 1953 bis Juni 1965: Lothar Bolz (NDPD)

seit Juni 1965 Otto Winzer (SED)

Ministerium für Bauwesen (F)

entstand zwischen Februar und August 1958 aus dem Ministerium für Aufbau

Minister: August 1958 bis Februar 1963 Ernst Scholz (SED)

seit Februar 1963 Wolfgang Junker (SED)

Ministerium für Berg- und Hüttenwesen (F)

entstand im November 1955 durch Aufgliederung des Ministeriums für Schwerindustrie

Minister: Rudolf Steinwand (SED)

Juli 1958 aufgelöst

Ministerium für bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie (F)

gegründet Dezember 1965

Minister: Erhard Krack (SED)

Ministerium für Chemische Industrie (F)

entstand im November 1955 durch Aufgliederung des Ministeriums für Schwerindustrie

Minister: Juni 1956 bis Juli 1958 Werner Winkler (SED)

Juli 1958 aufgelöst, Dezember 1965 erneut gegründet:

Ministerium für chemische Industrie

Minister: Dezember 1965 bis Mai 1966 Siegbert Löschau (SED)

seit Mai 1966 Günther Wyschowsky (SED)

Ministerium für Eisenbahnwesen (F)
entstand im April 1953 durch Aufgliederung des Ministeriums für Verkehr
Minister: Roman Chwalek (SED)
November 1954 in das Ministerium für Verkehrswesen eingegliedert

Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik (F)
gegründet: Dezember 1965
Minister: Otfried Steger (SED)

Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kaliindustrie (F)
gegründet: Dezember 1965
Minister: bis Juli 1967 Kurt Fichtner (SED)
seit Juli 1967 Kurt Singhuber (SED)

Ministerium der Finanzen (F)
gegründet Oktober 1949
Minister: bis November 1955 Hans Loch (LDPD)
November 1955 bis Dezember 1966 Willy Rumpf (SED)
seit Dezember 1966 Siegfried Böhm (SED)

Ministerium für Gesundheitswesen
entstand im November 1950 durch Aufgliederung des Ministeriums für Arbeit
und Gesundheitswesen
Minister: bis Dezember 1958 Luitpold Steidle (CDU)
seit Dezember 1958 Max Sefrin (CDU)

Ministerium für Grundstoffindustrie (F)
gegründet Dezember 1965
Minister: Klaus Siebold (SED)

Ministerium für Handel und Versorgung (F)
gegründet Oktober 1949
Minister: bis Dezember 1952 Karl Hamann (LDPD)
Februar 1953 bis Juli 1959 Curt Wach (SED)
Juli 1959 bis Oktober 1963 Curt-Heinz Merkel (SED)
Oktober 1963 bis März 1965 Gerhard Lucht (SED)
seit März 1965 Günter Sieber (SED)

Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
entstand im Juli 1967 aus dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschul-
wesen
Minister: Ernst-Joachim Gießmann (SED)

Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau (F)
entstand November 1951 durch Aufgliederung des Ministeriums für Schwer-
industrie
Minister: Fritz Selbmann (SED)
November 1953 wieder eingegliedert in das Ministerium für Schwerindustrie

Ministerium für Industrie (F)
Oktober 1949 gegründet
Minister: Fritz Selbmann (SED)
November 1950 aufgegliedert in die Ministerien für Leichtindustrie, für Ma-
schinenbau und Schwerindustrie

Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung (F)
entstand am 20. 10. 1949 aus dem Ministerium für Außenhandel und Material-
versorgung.
Minister: Georg Handke (SED)
November 1950 umbenannt in Ministerium für Außenhandel und Innerdeut-
schen Handel

Ministerium des Innern

gegründet Oktober 1949

Minister: Oktober 1949 bis Mai 1952 Karl Steinhoff (SED)
Mai 1952 bis Juni 1955 Willi Stoph (SED)
Juni 1955 bis November 1963 Karl Maron (SED)
seit November 1963 Friedrich Dickel (SED)

Ministerium der Justiz

gegründet Oktober 1949

Minister: Oktober 1949 bis Juli 1953 Max Fechner (SED)
Juli 1953 bis Juli 1967 Hilde Benjamin (SED)
seit Juli 1967 Kurt Wünsche (LDPD)

Ministerium für Kohle und Energie (F)

entstand im November 1955 durch Aufgliederung des Ministeriums für Schwerindustrie

Minister: Richard Goschütz (SED)
Juli 1958 aufgelöst

Ministerium für Kultur

gegründet Januar 1954

Minister: Januar 1954 bis Oktober 1958 Johannes R. Becher (SED)
Dezember 1958 bis Februar 1961 Alexander Abusch (SED)
Februar 1961 bis Januar 1966 Hans Bentzien (SED)
seit Januar 1966 Klaus Gysi (SED)

Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (F)

Oktober 1949 gegründet

Minister: Oktober 1949 bis November 1950 Ernst Goldbaum (DBD)
November 1950 bis Mai 1952 Paul Scholz (DBD)
Juni 1952 bis Mai 1953 Wilhelm Schröder (DBD)
Mai 1953 bis November 1953 Hans Reichelt (DBD)
November 1953 bis März 1955 Paul Scholz (DBD)
seit März 1955 Hans Reichelt (DBD)

März 1960 Erweiterung seines Aufgabenbereiches und Umbenennung in

Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft (F)

Minister: Hans Reichelt (DBD)
Februar 1963 aufgelöst, dafür Landwirtschaftsrat gegründet

Ministerium für Lebensmittelindustrie (F)

entstand im Juni 1953 aus dem Staatssekretariat für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Minister: Kurt Westphal (SED)
Juli 1958 aufgelöst

Ministerium für Leichtindustrie (F)

entstand im November 1950 durch Aufgliederung des Ministeriums für Industrie

Minister: Wilhelm Feldmann (NDPD)
Juli 1958 aufgelöst

Dezember 1965 erneut gegründet

Minister: Johann Wittik (SED)

Ministerium für Maschinenbau (F)

entstand im November 1950 durch Aufgliederung des Ministeriums für Industrie

Minister: Gerhart Ziller (SED)

Januar 1953 weiter aufgliedert in die Ministerien für Allgemeinen Maschinenbau, für Schwermaschinenbau und für Transportmittel- und Landmaschinenbau

November 1953 wieder zusammengefaßt

Minister: Heinrich Rau (SED)

April 1955 wieder aufgegliedert in Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau und Ministerium für Schwermaschinenbau

Ministerium für Materialwirtschaft (F)

gegründet Dezember 1965

Minister: Dezember 1965 bis Juni 1968 Alfred Neumann (SED)
seit August 1968 Erich Haase (SED)

Ministerium für Nationale Verteidigung

gegründet Januar 1956

Minister: Januar 1956 bis Juli 1960 Willi Stoph (SED)
seit Juli 1960 Heinz Hoffmann (SED)

Ministerium für Planung (F)

gegründet Oktober 1949

Minister: Heinrich Rau (SED)
November 1950 aufgelöst, dafür die Staatliche Plankommission gebildet

Ministerium für Post- und Fernmeldewesen (F)

gegründet Oktober 1949

Minister: Oktober 1949 bis November 1963 Friedrich Burmeister (CDU)
seit November 1963 Rudolph Schulze (CDU)

Ministerium für Schwerindustrie (F)

entstand im November 1950 durch Aufgliederung des Ministeriums für Industrie

Minister: Fritz Selbmann (SED)
November 1951 aufgegliedert in das Ministerium für Hüttenwesen und Erzbau sowie die Staatssekretariate für Chemie, Steine und Erden und für Kohle und Energie

November 1953 wieder neu gegründet

Minister: Fritz Selbmann (SED)
November 1955 erneut aufgegliedert in die Ministerien für Berg- und Hüttenwesen, für Chemische Industrie und für Kohle und Energie

Ministerium für Schwermaschinenbau (F)

entstand im Januar 1953 durch Aufgliederung des Ministeriums für Maschinenbau

Minister: Januar 1953 bis November 1953 Gerhart Ziller
November 1953 wieder in das Ministerium für Maschinenbau eingegliedert
April 1955 neu gegründet durch Aufgliederung des Ministeriums für Maschinenbau

Minister: April 1955 bis März 1958 Erich Apel (erst p.tl., dann SED)
Juli 1958 aufgelöst

Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau (F)

gegründet Dezember 1965

Minister: seit Dezember 1965 Gerhard Zimmermann (SED)

Ministerium für Staatssicherheit

gegründet Februar 1950, Juli 1953 umgewandelt in ein Staatssekretariat für Staatssicherheit im Ministerium des Innern, November 1955 wieder zum Ministerium erhoben

Minister: Februar 1950 bis Juli 1953 Wilhelm Zaisser (SED)
November 1955 bis November 1957 Ernst Wollweber (SED)
seit November 1957 Erich Mielke (SED)

Ministerium für Transportmittel- und Landmaschinenbau (F)

entstand im Januar 1953 durch Aufgliederung des Ministeriums für Maschinenbau, im November 1953 diesem wieder eingegliedert.

Minister: Januar 1953 bis Juli 1953 Bernd Weinberger (SED)

Ministerium für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau (F)

gegründet Dezember 1965

Minister: seit Dezember 1965 Rudi Georgi (SED)

Ministerium für Verkehr (F)

gegründet Oktober 1949, April 1953 aufgegliedert in das Ministerium für Eisenbahnwesen und die Staatssekretariate für Kraftverkehr und Straßenwesen und für die Schifffahrt

Minister: Oktober 1949 bis April 1953 Hans Reingruber (ptl.)

November 1954 wieder zusammengefaßt zum

Ministerium für Verkehrswesen (F)

Minister: seit November 1954 Erwin Kramer (SED)

Ministerium für Volksbildung

gegründet Oktober 1949

Minister: Oktober 1949 bis August 1952 Paul Wandel (SED)

August 1952 bis Oktober 1953 Else Zaisser (SED)

März 1954 bis November 1954 Hans-Joachim Laabs (SED)

November 1954 bis Dezember 1958 Fritz Lange (SED)

Dezember 1958 bis November 1963 Alfred Lemnitz (SED)

seit November 1963 Margot Honecker (SED)

Ministerium für Wissenschaft und Technik (F)

entstand im Juli 1967 aus dem Staatssekretariat für Forschung und Technik

Minister: seit Juli 1967 Günter Prey (SED)

Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft (F)

entstand im Juni 1968 durch Umbenennung des Landwirtschaftsrates

Vorsitzender: seit Juni 1968 Georg Ewald (SED)

Staatliche Kommission für Handel und Versorgung (F)

gegründet Dezember 1952, Herbst 1953 aufgelöst

Leiter im Range eines Ministers: Elli Schmidt (SED)

Staatliche Plankommission (F)

entstand im November 1950 durch Umbenennung des Ministeriums für Planung.

Vorsitzender: November 1950 bis Mai 1952 Heinrich Rau (SED)

Mai 1952 bis Juli 1961 Bruno Leuschner (SED)

Juli 1961 bis Januar 1963 Karl Mewis (SED)

Januar 1963 bis Dezember 1965 Erich Apel (SED)

seit Dezember 1965 Gerhard Schürer (SED)

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden:

Dezember 1958 bis Juli 1960 Kurt Gregor (SED)

Juli 1962 bis März 1963 Rudolf Müller (SED)

Stellvertreter des Vorsitzenden für die Koordinierung der Perspektivpläne und Jahresvolkswirtschaftspläne:

Juli 1960 bis Juli 1961 Hugo Meiser (SED)

Stellvertreter des Vorsitzenden für die Fragen der Wirtschaftsrate:

Juli 1960 bis Juli 1961 Walter Hieke (SED)

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden für Perspektivplanung:

März 1963 bis Dezember 1965 Gerhard Schürer (SED)

Dezember 1965 bis Juli 1967 Karl Grünheid (SED)

Erster Stellvertreter des Vorsitzenden für Jahresplanung:

März 1963 bis Dezember 1965 Karl Grünheid (SED)

Dezember 1965 bis Juli 1967 Helmut Lilie (SED)

Staatliches Amt für Arbeit und Löhne

gegründet Dezember 1965

Leiter: Dezember 1965 bis Juli 1967 Helmut Geyer (SED)

seit Juli 1967 nicht mehr im Ministerrat vertreten.

Staatliches Amt für Berufsausbildung

gegründet Dezember 1965

Leiter: Dezember 1965 bis Juli 1967 Erich Markowitsch (SED),

seit Juli 1967 nicht mehr im Ministerrat vertreten.

Staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (F)

gegründet Februar 1963

Leiter: Februar 1963 bis Juli 1967 Helmut Koch (SED),
seit Juli 1967 nicht mehr im Ministerrat vertreten.

Staatliches Komitee für Körperkultur und Sport

gegründet Juli 1952 im Range eines Staatssekretariats mit eigenem Geschäftsbereich.

Vorsitzender: Juli 1952 bis Dezember 1958 Manfred Ewald (SED),
seit Dezember 1958 nicht mehr im Ministerrat vertreten.

Staatliches Komitee für Materialversorgung (F)

August 1952 in den Rang eines Staatssekretariats mit eigenem Geschäftsbereich erhoben.

Leiter: August 1952 bis November 1954 Erwin Kerber (SED),
im November 1954 in die Staatliche Plankommission eingegliedert.

Staatliche Stellenplankommission

gegründet Mai 1953

Vorsitzender und zugleich Mitglied des Ministerrates: nicht ernannt
November 1955 in das Ministerium der Finanzen eingegliedert

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (F)

Leiter im Juli 1962 in den Ministerrat berufen.

Leiter: Juli 1962 bis Dezember 1962 Heinz Rauch (SED)
August 1963 bis Juli 1967 Arno Donda (SED)
seit Juli 1967 nicht mehr im Ministerrat vertreten

Staatssekretariat für Angelegenheiten der örtlichen Räte

gegründet Oktober 1956

Staatssekretär: Oktober 1956 bis Februar 1958 Franz Peplinski (SED)
Februar 1958 bis Dezember 1958 Hans Jendretzky (SED)
seit Dezember 1958 nicht mehr im Ministerrat vertreten

Staatssekretariat für Bauwirtschaft (F)

gegründet November 1951

Staatssekretär: November 1951 bis Januar 1953 Willi Mayer (SED)
Januar 1953 aufgelöst

Staatssekretariat für Berufsausbildung

gegründet November 1950

Staatssekretär: Rudolf Wiesner (SED)

November 1954 in das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung eingegliedert

Staatssekretariat für Chemie (F)

entstand im April 1953 durch Umbenennung des Staatssekretariats für Chemie, Steine und Erden.

Staatssekretär: April 1953 bis November 1953 Werner Winkler (SED)
November 1953 ins Ministerium für Schwerindustrie eingegliedert

Staatssekretariat für Chemie, Steine und Erden (F)

entstand im November 1951 durch Aufgliederung des Ministeriums für Schwerindustrie.

Staatssekretär: November 1951 bis April 1953 Dirk van Rickelen (SED)
April 1953 umbenannt in Staatssekretariat für Chemie

Staatssekretariat für Energie (F)

entstand im April 1953 durch Aufgliederung des Staatssekretariats für Kohle und Energie

Staatssekretär: April 1953 bis November 1953 Rudolf Jeczmonka (SED)
November 1953 eingegliedert in das Ministerium für Schwerindustrie

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (F)
gegründet November 1950

Staatssekretär: November 1950 bis Februar 1958 Hermann Streit (SED)
Juli 1958 bis Dezember 1958 Helmut Koch (SED)
seit Dezember 1958 nicht mehr im Ministerrat vertreten

Staatssekretariat für Forschung und Technik (F)
gegründet Juni 1961

Staatssekretär: Juni 1961 bis Juli 1962 Hans Frühauf (SED)
Juli 1962 bis Juli 1967 Herbert Weiz (SED)
Juli 1967 zum Ministerium für Wissenschaft und Technik erhoben

Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen
gegründet Dezember 1965

Staatssekretär: Joachim Herrmann (SED)
Februar 1967 umbenannt in Staatssekretariat für westdeutsche Fragen

Staatssekretariat für Hochschulwesen
gegründet Februar 1951

Staatssekretär: Februar 1951 bis Februar 1957 Gerhard Harig (SED)
zwischen Februar und August 1958 umbenannt in

Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen

Staatssekretär: Februar 1957 bis Juli 1962 Wilhelm Girnus (SED)
Juli 1962 bis Juli 1967 Ernst-Joachim Gießmann (SED)
Juli 1967 zum Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen erhoben

Staatssekretariat für Kohle (F)

entstand im April 1953 durch Aufgliederung des Staatssekretariats für Kohle und Energie

Staatssekretär: April 1953 bis November 1953 Max Fritsch (SED)
November 1953 ins Ministerium für Schwerindustrie eingegliedert

Staatssekretariat für Kohle und Energie (F)

entstand im November 1951 durch Aufgliederung des Ministeriums für Schwerindustrie

Staatssekretär: von November 1951 bis April 1953 Max Fritsch (SED)
April 1953 aufgliedert in die Staatssekretariate für Kohle und für Energie

Staatssekretariat für die Koordinierung der gesamten Finanzwirtschaft (F)
gegründet November 1950

Staatssekretär: November 1950 bis November 1955 Willy Rumpf (SED)
November 1955 ins Ministerium der Finanzen eingegliedert

Staatssekretariat für die Koordinierung der Leitung, des Einsatzes und der Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung (F)

gegründet Dezember 1966
Staatssekretär: Dezember 1966 bis Juli 1967 Günther Kleiber (SED)
seit Juli 1967 nicht mehr im Ministerrat vertreten

Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen (F)

entstand im April 1953 durch Aufgliederung des Ministeriums für Verkehr

Staatssekretär: April 1953 bis Oktober 1953 Erich Wächter (CDU)
Oktober 1953 bis November 1954 Ernst-Heinrich Weiprecht (SED)

im November 1954 in das Ministerium für Verkehrswesen eingegliedert

Staatssekretariat für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (F)
gegründet November 1950
Staatssekretär: November 1950 bis Dezember 1952 Rudolf Albrecht (DBD)
Juni 1953 zum Ministerium für Lebensmittelindustrie erhoben

Staatssekretariat für örtliche Wirtschaft (F)
gegründet November 1953
Staatssekretär: November 1953 bis Juli 1958 Karl Kasten (SED)
Juli 1958 aufgelöst

Staatssekretariat für Schifffahrt (F)
entstand im April 1953 durch Aufgliederung des Ministeriums für Verkehr
Staatssekretär: April 1953 bis Juli 1953 Ernst Wollweber (SED)
November 1954 in das Ministerium für Verkehrswesen eingegliedert

Staatssekretariat für die Verwaltung der Staatsreserven (F)
gegründet September 1952
Staatssekretär: September 1952 bis Mai 1953 Heinz Overbeck (SED)
Dezember 1953 bis April 1956 Kurt Stoph (SED)
spätestens seit Dezember 1958 nicht mehr im Ministerrat vertreten

Staatssekretariat für westdeutsche Fragen
entstand im Februar 1967 durch Umbenennung des Staatssekretariats für gesamtdeutsche Fragen
Staatssekretär: Februar 1967 bis Juli 1967 Joachim Herrmann (SED)
seit Juli 1967 nicht mehr im Ministerrat vertreten

Volkswirtschaftsrat (F)
entstand im Juli 1961 durch Aufgliederung der Aufgaben der Staatlichen Plankommission
Vorsitzender: Juli 1961 bis Dezember 1965 Alfred Neumann (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden:
Juli 1962 bis Dezember 1965 Erich Markowitsch (SED)
November 1963 bis Dezember 1965 Johann Wittik (SED)
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden für Schwermaschinenbau und
Vorsitzender des Komitees für Chemieanlagenbau:
Februar 1964 bis Dezember 1965 Erich Pasold (SED)
Stellvertreter des Vorsitzenden für Metallurgie und Kaliindustrie:
November 1964 bis Dezember 1965 Kurt Fichtner (SED)
Dezember 1965 aufgelöst

Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle
entstand im November 1950 aus der Zentralen Kontrollkommission der Deutschen Wirtschaftskommission
Vorsitzender: November 1950 bis November 1954 Fritz Lange (SED)
Dezember 1958 bis November 1961 Ernst Wabra (SED)
November 1961 bis Mai 1963 Hans Jendretzky (SED)
Mai 1963 mit Gründung der Arbeiter- und Bauern-Inspektion aufgelöst

Tabelle IV

Vergleich der Anzahl der SED-, ZK- und Politbüro-Mitglieder, der Altkommunisten sowie der Mitglieder mit einer Fachausbildung jeweils im Gesamtministerrat, im Präsidium des Ministerrates und bei den Leitern der mit wirtschaftlichen und technischen Aufgaben betrauten Ressorts

Unter Fachausbildung wird hier jede über eine einfache Lehre hinausgehende systematische Ausbildung naturwissenschaftlich-technisch-wirtschaftlicher Art (einschließlich Militärwissenschaft) verstanden, z. B. Fachschulausbildung zum Techniker oder Ingenieur oder Studium eines entsprechenden Faches. Ausbildungen in anderen Fächern werden nicht berücksichtigt, nicht einmal z. B. abgeschlossenes juristisches Studium.

	Ministerrat insgesamt	Präsidium des Ministerrates bzw. Vorsitzender und Stellvertreter	Fachressorts
<i>Oktober 1949</i>			
Mitgliederzahl	18	4	9
davon SED	8	2	3
gleichzeitig im ZK	—	—	—
gleichzeitig im PB	4	2	1
Altkommunisten	7	1	5
Fachausbildung	2	—	2
<i>November 1950</i>			
Mitgliederzahl	26	6	14
davon SED	15	2	6
gleichzeitig im ZK	10	2	3
gleichzeitig im PB	4	2	1
Altkommunisten	13	3	8
Fachausbildung	3	—	2
<i>Juni 1953</i>			
Mitgliederzahl	40	12	26
davon SED	31	8	19
gleichzeitig im ZK	12	6	5
gleichzeitig im PB	7	4	3
Altkommunisten	24	8	16
Fachausbildung	8	1	5
<i>November 1954</i>			
Mitgliederzahl	28	13	16
davon SED	20	9	11
gleichzeitig im ZK	11	8	5
gleichzeitig im PB	5	5	2
Altkommunisten	16	10	9
Fachausbildung	5	1	3
<i>Dezember 1956</i>			
Mitgliederzahl	37	14	21
davon SED	27	10	15
gleichzeitig im ZK	14	9	6
gleichzeitig im PB	6	6	3
Altkommunisten	20	11	11
Fachausbildung	11	2	8

	Ministerrat insgesamt	Präsidium des Ministerrates bzw. Vorsitzender und Stellvertreter	Fachressorts
<i>Dezember 1958</i>			
Mitgliederzahl	23	9	9
davon SED	17	5	7
gleichzeitig im ZK	11	5	4
gleichzeitig im PB	5	5	2
Altkommunisten	18	6	7
Fachausbildung	7	1	4
<i>Februar 1961</i>			
Mitgliederzahl	26	10	10
davon SED	20	6	8
gleichzeitig im ZK	12	6	4
gleichzeitig im PB	4	4	2
Altkommunisten	16	7	5
Fachausbildung	8	2	3
<i>Juli 1962</i>			
Mitgliederzahl	33	13	14
davon SED	27	9	12
gleichzeitig im ZK	17	9	5
gleichzeitig im PB	7	7	2
Altkommunisten	19	7	7
Fachausbildung	17	3	9
<i>November 1963</i>			
Mitgliederzahl	36	14	19
davon SED	30	10	17
gleichzeitig im ZK	19	9	9
gleichzeitig im PB	6	6	3
Altkommunisten	14	9	4
Fachausbildung	20	4	13
<i>Dezember 1965</i>			
Mitgliederzahl	49	16	26
davon SED	43	12	24
gleichzeitig im ZK	19	9	9
gleichzeitig im PB	3	3	2
Altkommunisten	14	7	3
Fachausbildung	31	7	19
<i>Juli 1967</i>			
Mitgliederzahl	39	16 (15) ¹	19
davon SED	34	12 (11) ¹	18
gleichzeitig im ZK	26 (25) ¹	11 (10) ¹	14 (13) ¹
gleichzeitig im PB	4	4	3 (2) ¹
Altkommunisten	9	3	2 (1) ¹
Fachausbildung	29	10 (9) ¹	14 (15) ¹

¹ Stand vom Dezember 1969. Veränderungen: Balkow, ZK-Mitglied mit Fachausbildung wurde im November 1967 aus dem Präsidium abberufen. Neumann, ZK- und PB-Mitglied und Altkommunist ohne Fachausbildung wurde als Minister für Materialwirtschaft abgelöst, blieb aber Mitglied des Präsidiums als Erster Stellvertreter des Ministerrates. Erich Haase, ein Fachmann, wurde neuer Minister für Materialwirtschaft.

Tabelle V

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Ministerrates zu verschiedenen Zeitpunkten:

	Zahl der Mitglieder	Durchschnittsalter
<i>Oktober 1949</i>	18	54,7
<i>November 1950</i>		
inzwischen abberufen	2	58,0
inzwischen berufen	9	43,2
weiterhin Mitglied	16	54,5
Mitglieder insgesamt	26	50,5
<i>Juni 1953</i>		
inzwischen abberufen	6	56,1
inzwischen berufen	20	44,2
weiterhin Mitglied	20	52,8
Mitglieder insgesamt	40	48,5
<i>November 1954</i>		
inzwischen abberufen	22 (2) ¹	46,4
inzwischen berufen	8	47,6
weiterhin Mitglied	20	51,6
Mitglieder insgesamt	28	50,5
<i>Dezember 1956</i>		
inzwischen abberufen	1	44,0
inzwischen berufen	10	46,1
weiterhin Mitglied	27	52,8
Mitglieder insgesamt	37	51,0
<i>Dezember 1958</i>		
inzwischen abberufen	25 (3) ¹	51,4
inzwischen berufen	8	50,5
weiterhin Mitglied	15	51,9
Mitglieder insgesamt	23	51,3
<i>Februar 1961</i>		
inzwischen abberufen	4	60,0
inzwischen berufen	7	46,1
weiterhin Mitglied	19	55,8
Mitglieder insgesamt	26	53,2
<i>Juli 1962</i>		
inzwischen abberufen	6 (1) ¹	53,3
inzwischen berufen	12	48,5
weiterhin Mitglied	21	54,7
Mitglieder insgesamt	33	51,8
<i>November 1963</i>		
inzwischen abberufen	10	53,8
inzwischen berufen	13	39,2
weiterhin Mitglied	23	53,2
Mitglieder insgesamt	36	48,2
<i>Dezember 1965</i>		
inzwischen abberufen	8 (2) ¹	47,5
inzwischen berufen	19	40,5
weiterhin Mitglied	30	48,7
Mitglieder insgesamt	49	45,5

	Zahl der Mitglieder	Durchschnittsalter
<i>Juli 1967</i>		
inzwischen abberufen	18 (1) ¹	47,5
inzwischen berufen	7	40,8
weiterhin Mitglied	32	47,1
Mitglieder insgesamt	39	44,9
<i>Dezember 1969</i>	39	46,4

(inzwischen wurde einer abberufen [Balkow] und einer berufen [Haase]).

¹ Anzahl derer, die in der Zwischenzeit sowohl berufen als auch abberufen wurden.

Tabelle VI

Statistische Überprüfung der Unterschiede in den Karrieremustern der Mitglieder des Ministerrates

Es wurden χ^2 -Tests durchgeführt, die zeigen sollen, ob die Unterschiede systematisch sind oder auf Zufall beruhen. Ein systematischer Unterschied wurde als gegeben angenommen, wenn der berechnete Wert von χ^2 so groß war, daß die ihm entsprechende Zufallswahrscheinlichkeit 5% oder geringer ist ($p \leq 0,05$), d. h. eine 95%-ige Sicherheit besteht, daß der Unterschied nicht auf Zufall beruht.

Zusammenhang zwischen Anteil von Personen mit Fachausbildung im Ministerrat und Zeitpunkt der Berufung in den Ministerrat

		vor Juli 1962 berufen		ab Juli 1962 berufen	
Fachausbildung (ohne Militärwissenschaft)	ja	21	39	60	
	nein	57	12	69	
		78	51	129	

Es ergab sich ein χ^2 von 29,3 ($p < 0,001$), d. h. nach Juli 1962 war der Anteil der Experten im Ministerrat wesentlich größer als vorher.

Zusammenhang zwischen Zeitpunkt der Berufung in den Ministerrat und Alter der berufenen Ministerratsmitglieder

	vor Juli 1962 berufen		ab Juli 1962 berufen	
unter 40 Jahre	16	25	41	
40-49 Jahre	29	18	47	
über 50 Jahre	43	6	49	
	88	49	137	

Er ergab sich ein χ^2 von 21,47 ($p < 0,001$), d. h., die vor Juli 1962 berufenen Ministerratsmitglieder waren bei ihrer Berufung wesentlich älter als die später berufenen.

Zusammenhang zwischen dem Sektor, in dem die Karriere nach 1945 überwiegend stattfand, und Zeitpunkt der Berufung in den Ministerrat

	vor Juli 1962 berufen	ab Juli 1962 berufen	
Karriere überwiegend im Staatsapparat	44	7	51
Karriere überwiegend in anderen Sektoren oder Wechsel oder unbekannt	45	43	88
	89	50	139

Es ergab sich ein χ^2 von 19,32 ($p < 0,001$), d. h., die vor Juli 1962 berufenen Ministerratsmitglieder hatten wesentlich häufiger ihre Karriere überwiegend im Staatsapparat gemacht als die später berufenen.

Zusammenhang zwischen dem Sektor, aus dem die Ministerratsmitglieder berufen wurden, und dem Zeitpunkt der Berufung

	vor Juli 1962 berufen	ab Juli 1962 berufen	
Berufung aus dem Staatsapparat	58	28	86
Berufung aus anderen Sektoren und unbekannt	31	22	53
	89	50	139

Es ergab sich ein χ^2 von 0,52 ($p < 0,5$), d. h., es zeigt sich kein systematischer Zusammenhang. Der Anteil der aus Positionen des Staatsapparates berufenen Ministerratsmitglieder hat sich nicht wesentlich verringert.

Zusammenhang zwischen dem Sektor, in dem die Karriere nach 1945 überwiegend stattfand, und Geburtsjahr

	bis 1920 geboren	ab 1921 geboren	
Karriere überwiegend im Staatsapparat	45	6	51
Karriere überwiegend in anderen Sektoren oder Wechsel oder unbekannt	48	40	88
	93	46	139

Es ergab sich ein χ^2 von 16,88 ($p < 0,001$), d. h., die ab 1921 geborenen Minister-ratsmitglieder hatten wesentlich seltener eine Karriere überwiegend im Staatsapparat hinter sich.

Zusammenhang zwischen dem Sektor, aus dem die Ministerratsmitglieder berufen wurden, und Geburtsjahr

	bis 1920 geboren	ab 1921 geboren	
Berufung aus dem Staatsapparat	62	24	86
Berufung aus anderen Sektoren oder unbekannt	31	22	53
	93	46	139

Es ergab sich ein χ^2 von 2,18 ($p < 0,25$), d. h., es besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen den vor und nach 1921 geborenen Ministerratsmitgliedern hinsichtlich des Anteils der aus Positionen des Staatsapparates Berufenen.

Zusammenhang zwischen Zeitpunkt der Berufung in den Ministerrat und Zeitpunkt der Aufnahme in das ZK

	vor Juli 1962 berufen		ab Juli 1962 berufen	
Zugehörigkeit zum ZK bereits vor Aufnahme in den Ministerrat	20	9	29	
Aufnahme in das ZK gleichzeitig oder nach Berufung in den Ministerrat	9	13	22	
	29	22	51	

Es ergab sich ein χ^2 von 3,98 ($p < 0,05$), d. h., es besteht seit Juli 1962 eine Tendenz, Ministerratsmitglieder erst gleichzeitig mit oder nach ihrer Berufung in den Ministerrat in das ZK aufzunehmen.

Literaturverzeichnis

- Blau, Peter M.*, Exchange and Power in Social Life, New York 1964
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft, Frankfurt/Main 1969
Deutsch, Karl W., The Nerves of Government, New York – London 1966
Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Herausgegeben und kommentiert von Hermann Weber, Köln-Berlin 1963
Doernberg, Stefan, Kurze Geschichte der DDR, Berlin (Ost) 1965
Galbraith, John Kenneth, Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968
Gleitze, Bruno, Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin (West) 1964
Granick, David, The Red Executive. A Study of the Organization Man in Russian Industry, Garden City – New York 1961
Hanhardt, Arthur M., Jr. The German Democratic Republic, Baltimore 1968
Haupt, Lucie, Volksherrschaft und Staatsaufbau, Berlin (Ost) 1967
Lenski, Gerhard E., Power and Privilege. A Theory of Social Stratification, New York 1966
Ludz, Peter Christian, Parteilite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, Köln und Opladen 1968
Mampel, Siegfried, Die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Text und Kommentar, Frankfurt am Main – Berlin 1962
Mayntz, Renate (Hrsg.) Bürokratische Organisation, Köln-Berlin 1968 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 27)
Müller-Römer, Dietrich (Hrsg.), Ulbrichts Grundgesetz. Die sozialistische Verfassung der DDR. Mit einem einleitenden Kommentar von Dietrich Müller-Römer, Köln 1968
Naschold, Frieder, Organisation und Demokratie, Stuttgart 1969
Nawrocki, Joachim, Das geplante Wunder. Leben und Wirtschaften im anderen Deutschland, Hamburg 1967
Richert, Ernst, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln und Opladen, 2. Auflage 1963
Richert, Ernst, Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf, Frankfurt am Main-Hamburg 1966 (Fischer-Bücherei Nr. 722)
Richert, Ernst, Die DDR-Elite oder Unsere Partner von morgen? Reinbeck 1968 (rororo aktuell Nr. 1038).
Schenk, Fritz, Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik, Stuttgart 1969
Stern, Carola, Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957
Stern, Carola, Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln-Berlin 1963
Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin (West) 1965
Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente. Kommentar, hrsg. von Klaus Sorgenicht, Wolfgang Weichelt, Tord Riedmann, Hans-Joachim Semler, Berlin (Ost) 1969, 2 Bände
Weber Hermann, Von der SBZ zur DDR, 1945–1968, Hannover 1968
Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe in 2 Bänden, Köln-Berlin 1964
Zapf, Wolfgang, Wandlungen der deutschen Elite, München, 2. Auflage 1966

- Albrecht, Erhard*, Die Notstandsregierung, in: SBZ-Archiv 14/1962, S. 209/210
Leptin, Gert, Das »Neue ökonomische System« Mitteldeutschlands, in: Wirtschaftsreform in Osteuropa, hrsg. von Karl C. Thalheim und Hans-Hermann Höhmann, Köln 1968
Lubmann, Niklas, Komplexität und Demokratie, in: PVS 3/1969, S. 314–324
Nawrocki, Joachim, Auferstanden aus Ruinen. Zwanzig Jahre DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv 9/1969, S. 941–952
Prahl, Hans Werner, Intelligenz- und Elitegruppen in der DDR-Gesellschaft, in: Deutschland Archiv 2/1970 S. 128–134
Richert, Ernst, Der Staatsapparat der »DDR« im Umbau. Ökonomischer Pragmatismus im Vordergrund, in: SBZ-Archiv 2/1956, S. 25–27
Rose, Günther, Einige prinzipielle Bemerkungen zur Konvergenztheorie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1969, S. 926–950
Stern, Carola, Wirtschaftskabinet in der Sowjetzone, in: SBZ-Archiv 9/1957, S. 129/130

Nachschlagwerke

- A bis Z*. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1969
Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost), o. J.
Handbuch der Sowjetzonen-Volkskammer, 2. Legislaturperiode (1954–1958) hrsg. vom Informationsbüro West, Berlin o. J.
Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1957
Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 3. Wahlperiode, Berlin (Ost) 1959
SBZ von A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 3. Auflage, Bonn 1956, Neudruck 1957
SBZ von A bis Z, 4. Auflage, Bonn 1958
SBZ von A bis Z, 5. Auflage, Bonn 1959
SBZ von A bis Z, 6. Auflage, Bonn 1960
SBZ von A bis Z, 8. Auflage, Bonn 1963
SBZ von A bis Z, 10. Auflage, Bonn 1966
SBZ von 1945 bis 1954. Eine chronologische Übersicht, Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956
SBZ von 1955 bis 1956, Bonn 1958
SBZ von 1957 bis 1958, Bonn 1960
SBZ von 1959 bis 1960, Bonn 1964
Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 4. Wahlperiode, Berlin (Ost) 1964
Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 5. Wahlperiode, Berlin (Ost) 1967

Außerdem wurden als *Quellen* herangezogen:

- SBZ-Archiv*, Jahrgänge 1953 bis 1968
Deutschland Archiv seit April 1968
Personalkartei und andere Materialien des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn

Abkürzungen

CDU	Christlich Demokratische Union
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
NSDAP	National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PB	Politbüro der SED
ptl.	parteilos
SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StPK	Staatliche Plankommission
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VEB	Volkseigener Betrieb
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZK	Zentralkomitee der SED